

Humboldt-Universität zu Berlin
Philosophische Fakultät I
Institut für Geschichtswissenschaften
Lehrstuhl für Deutsche Geschichte im 20. Jahrhundert
Erstgutachter: Prof. Dr. Michael Wildt
Zweitgutachterin: Dr. Astrid Mignon Kirchhof



MASTERARBEIT

zur Erlangung des akademischen Grades eines Masters of Arts

Militanz und Gewalt in Bewegung

-

Der Kommunistische Bund Westdeutschland (KBW) in den Anti-AKW-Protesten in Brokdorf 1976-1977

Vorgelegt von Charlotte Janus
Geboren am 14. Juli 1988 in Hamburg
Matrikelnummer: 534116
Eingereicht am 10. März 2017
Studiengang: M.A. Moderne Europäische Geschichte
E-Mail: charlotte.janus@gmx.de

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	1
1.1 Hinführung zum Thema und Fragestellung.....	1
1.2 Aufbau, Methodik und Theorie.....	4
1.3 Forschungsstand und Quellenlage.....	8
2. Die Neue Linke und der KBW	11
2.1 Die Neue Linke in den 1970er Jahren und ihr Anschluss an die Anti-AKW-Bewegung.....	11
2.2 Der KBW – Gründung, ideologisches Selbstverständnis, Organisationsprinzip	16
2.3 Das ideologische Verständnis von Gewalt im KBW.....	20
3. Von Wyhl nach Brokdorf – Der KBW tritt in den Protest ein.....	24
3.1 Erste Erfahrung mit der Bewegung - Der KBW in Wyhl	24
3.2 Vorgeschichte und Ablauf der drei Brokdorfer Demonstrationen 1976-1977.....	28
4. Der KBW in Brokdorf – Vorgehen und Interaktion mit der Bewegung	31
4.1 Umsetzung und Ausweitung strategischer Militanz	31
4.2 Motive für den Protest und die Legitimation der Gewaltanwendung in Brokdorf.....	40
4.3 Gewaltfreie gegen gewaltbereite Demonstranten? – Der KBW als Teil der Bewegung	47
4.4 Die Führung übernehmen - Konkurrenz zwischen den militanten Akteuren.....	53
5. Polizei, Medien und Politik – Der Einfluss bewegungsexterner Akteure	58
5.1 Die Polizeistrategie – Demonstrationsordner oder Verteidiger des Staates	58
5.2 Die Polizei auf die revolutionäre Linie bringen – Die Einschätzung des KBW	63
5.3 Polarisierung und Spaltung der Bewegung – Die Rolle von Medien und Politik	67
6. Die individuelle Ebene der Gewalt	71
6.1 Gruppensolidarität und „Legitimitätsglaube“	71
6.2 Revolutionäre Helden und die Männlichkeit der Gewalt.....	75
7. Von Brokdorf nach Grohnde - Gefühlte „Niederlage“ und noch radikalerer Protest	78
8. Abschließende Betrachtung.....	83
9. Abkürzungsverzeichnis	89
10. Quellenverzeichnis	92
11. Literaturverzeichnis	95

1. Einleitung

1.1 Hinführung zum Thema und Fragestellung

„Wir müssen die Festung schleifen.“¹ – Mit dieser Parole ging der Kommunistische Bund Westdeutschland (KBW) in die Anti-AKW-Proteste in Brokdorf. Bewaffnet mit Bolzenschneidern, Wurfhaken und anderen Waffen marschierten Mitglieder des KBW an vorderster Front der Demonstrationen. Verfolgt von Hubschraubern und eingehüllt in Tränengasnebel, machten sich die gewaltbereiten Demonstranten an die Arbeit, den von Polizei und NATO-Stacheldraht geschützten Bauplatz zu erobern. Am Bauzaun des geplanten Kernkraftwerks in der schleswig-holsteinischen Wilstermarsch spielten sich bürgerkriegsartige Szenen ab.

Genau vierzig Jahre sind diese Ereignisse her. In der Geschichtswissenschaft haben sie bisher kaum einen Niederschlag gefunden. Dabei bildeten die Proteste gegen das Kernkraftwerk in Brokdorf 1976/1977 einen Wendepunkt in der noch jungen Anti-AKW-Bewegung.² Die ersten bedeutenden Anti-AKW-Proteste der Bundesrepublik ein Jahr zuvor im baden-württembergischen Wyhl waren noch stark regional geprägt und zielten vorrangig auf den Schutz der Heimat und die Wahrung des eigenen Lebensraums ab.³ In Brokdorf hingegen wurde die Auseinandersetzung um die friedliche Nutzung der Kernkraft auf eine viel grundsätzlichere Ebene gehoben. Sie entwickelte sich zunehmend zu einer Rebellion gegen den technokratischen Obrigkeitsstaat - den „Atomstaat“⁴. Seit Mitte der fünfziger Jahre war die nukleare Energiegewinnung als zukunftsweisende Schlüsseltechnologie, die unerschöpflichen, billigen Strom liefern sollte, staatlich gefördert worden.⁵ Während in den 1970er Jahren in Teilen der Bevölkerung aufgrund der zunehmend bekanntwerdenden schwer kalkulierbaren Risiken und eines mangelnden Bürgerdialogs der Widerstand gegen die Technologie wuchs, hielt der Staat an einem Ausbau der Atomenergie fest. Die wie Pettenkofer formuliert „symbolische Verbindung zwischen dem technischen Artefakt

¹ „Irgendwann mal Riesen-Putz mit Toten“. Ein KBW Funktionär berichtet, in: Der Spiegel 48 vom 21.11.1977, S. 118.

² Vgl. *Andreas Pettenkofer*: Die Entstehung der grünen Politik. Kultursoziologie der westdeutschen Umweltbewegung, Frankfurt am Main 2014, S. 175.

³ Vgl. *Bernd A. Rusinek*: Wyhl, in: Hagen Schulze, Etienne François (Hrsg.), Deutsche Erinnerungsorte (Erinnerungsorte, Bd. 2), München 2003, S. 652-666, S. 659; *Jens Ivo Engels*: Geschichte und Heimat. Der Widerstand gegen das Kernkraftwerk Wyhl, in: Kerstin Kretschmer (Hrsg.), Wahrnehmung, Bewusstsein, Identifikation. Umweltprobleme und Umweltschutz als Triebfedern regionaler Entwicklung, Freiberg 2003, S. 103-130, S. 111.

⁴ Der Begriff wurde von Robert Jungk auf der Brokdorfer Demonstration am 19.2.1977 geprägt und verbreitete sich durch sein im selben Jahr erschienen Buch. Vgl. *Robert Jungk*: Der Atom-Staat. Vom Fortschritt in die Unmenschlichkeit, München 1977. Der Begriff beschreibt die Verzahnung der Staatsorgane und der Atomindustrie. Vgl. dazu auch: *Ella Seidock*: Die Träume der Technokraten. Fortschrittseuphorie im Atomzeitalter, in: Tresantis (Hrsg.), Die anti-Atom-Bewegung. Geschichte und Perspektiven, Berlin/Hamburg 2015, S. 15-24, S. 22.

⁵ Vgl. *Jens Ivo Engels*: Naturpolitik in der Bundesrepublik. Ideenwelt und politische Verhaltensstile in Naturschutz und Umweltbewegung 1950-1980, Paderborn 2006, S. 344; *Dieter Rucht*: Von Wyhl nach Gorleben. Bürger gegen Atomprogramm und nukleare Entsorgung, München 1980, S. 13.

Atomkraftwerk und dem gewaltbereiten Staat⁶ war in Wyhl bereits angeklungen. Hier kam es allerdings kaum zu gewalttätigen Ausschreitungen und auch die staatlichen Reaktionen fielen im Verhältnis zu dem, was in Brokdorf noch kommen sollte, harmlos aus.⁷ In Brokdorf hingegen machte der Staat aktiv und sichtbar von seinem Gewaltmonopol Gebrauch.⁸

Die Gewalt, die insbesondere bei den Versuchen, den Bauplatz zu besetzen ausbrach, war der qualitativ neue und entscheidende Faktor für die Relevanz der Brokdorfer Demonstrationen in der Entwicklung des Anti-AKW-Protests.⁹ Hier waren einige Bewegungsakteure in einem bis dahin nicht erlebten Maße bereit, Gewalt als Mittel der Auseinandersetzung einzusetzen, den Rahmen gesetzlich erlaubten Demonstrierens zu verlassen und strafrechtlich relevant in Erscheinung zu treten, was langfristige Auswirkungen sowohl auf die Zusammensetzung, als auch auf die öffentliche Wahrnehmung der Anti-AKW-Bewegung haben sollte.

In Brokdorf schlossen sich neue Protestgruppen der Bewegung an. Es eröffnete sich ein idealer Anknüpfungspunkt für das Engagement diverser linksorientierter Gruppen, besonders solcher, die das staatliche Gewaltmonopol in Frage stellten, dabei aber selbst Gewalt als legitimes Mittel zur Durchsetzung der eigenen politischen Ziele anerkannten. Damit wurde Brokdorf für den militanten Flügel der Neuen Linken¹⁰ zu einem zentralen Ort des Protests.¹¹ Heute gilt Brokdorf als Moment der Eskalation der Anti-AKW-Bewegung.¹² Besonders die maoistisch orientierten ML-Organisationen¹³, die sich in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre auf dem Höhepunkt ihrer politischen Wahrnehmung befanden, entdeckten und nutzten die Anti-AKW-Bewegung als „Aktions- und Rekrutierungsfeld.“¹⁴ Den Bürgerinitiativen und unorganisierten Atomkraftgegnern zahlenmäßig deutlich unterlegen, versuchten sie gerade durch ihre klaren Strukturen und organisatorischen Möglichkeiten, einen bedeutenden Einfluss in der Bewegung zu erlangen. Mit

⁶ Pettenkofer, S. 175.

⁷ Vgl. ebd., S. 175.

⁸ Der Begriff der ‚Repression‘, der im Sprachgebrauch der Anti-AKW-Bewegung gängig war und auch in der Forschung oft in Bezug auf das harte Eingreifen der Polizei in den Demonstrationen übernommen wurde, hat eine der Polizei gegenüber eindeutig abwertende Konnotation. Er wird in dieser Arbeit daher vermieden, außer er taucht in direkten Zitaten auf.

⁹ Vgl. *Roger Karapin*: Protest Politics in Germany. Movements on the Left and Right since the 1960s, University Park 2007, S. 118.

¹⁰ Unter dem Begriff ‚Neue Linke‘ werden verschiedene linksradikale politisch-ideologische Strömungen gefasst, die ihren Höhepunkt in der Studentenbewegung der späten 1960er Jahre und den aus ihr hervorgegangenen Protestbewegungen der 1970er Jahre hatten. Ihnen gemeinsam ist, dass sie sich ausdrücklich von der „orthodoxen“, „traditionellen“ bzw. „alten“ Linken, wie sie durch die DKP repräsentiert wurde, abgrenzten. Die Neue Linke übte Kritik am Diskurs der traditionellen Linken und wollte den Marxismus an die neue postindustrielle Gesellschaft anpassen. Vgl. *Uwe Backes, Eckhard Jesse*: Neue Linke und Neue Rechte – Ein Vergleich, in: *Extremismus und Demokratie* 5 (1993), S. 7-28, S. 11 f.

¹¹ Vgl. Pettenkofer, S. 175.

¹² Vgl. *Kai F. Hünemörder*: Zwischen Bewegungsforschung und Historisierungsversuch. Anmerkungen zum Anti-Atomkraft-Protest aus umwelthistorischer Perspektive, in: Robert Kretschmar, Clemens Rehm, Andreas Pilger (Hrsg.), 1968 und die Anti-Atomkraftbewegung der 1970er-Jahre. Überlieferungsbildung und Forschung im Dialog, Stuttgart 2008, S. 151-168, S. 154.

¹³ Die umgangssprachlich als ‚K-Gruppen‘ bekannten Organisationen werden in dieser Arbeit als ML-Organisationen bezeichnet. Dies entspricht der Selbstbezeichnung der Gruppen. Der Begriff ‚K-Gruppen‘ hingegen wurde vorrangig von den politischen Gegnern verwendet. Der Begriff ‚ML-Organisationen‘ soll eine wertneutrale Herangehensweise an den Analysegegenstand ermöglichen.

¹⁴ *Paul Reimar*: Die Anti-AKW-Bewegung. Wie sie wurde was sie ist, in: Redaktion des Atom Express (Hrsg.), ... und auch nicht anderswo! Die Geschichte der Anti-AKW-Bewegung, Göttingen 1997, S. 11-32, S. 23.

dem KBW mobilisierte auch die größte, zu diesem Zeitpunkt etwa 2.500 Mitglieder¹⁵ starke ML-Organisation, ihre Anhänger zu den Demonstrationen in Brokdorf.

Unter den beteiligten ML-Organisationen polarisierte der KBW in besonderem Maße. Er präsentierte sich nach außen politisch homogen, verfügte über ein festes Programm und bekannte sich explizit zur revolutionären Gewalt.¹⁶ Damit trat der KBW in Brokdorf deutlich aggressiver auf als beispielsweise sein größter Konkurrent, der Kommunistische Bund (KB). Der KB war zwar besonders aktiv an den Protesten beteiligt, er positionierte sich aber offener und war in der Inklusion politischer Strömungen sehr heterogen. Auf diese Weise betrieb er eine breite Bündnispolitik, koordinierte sich mit anderen Gruppen und war intensiv an der die Proteste vorrangig tragenden Bürgerinitiative Umweltschutz Unterelbe (BUU) beteiligt.¹⁷

Michael Steffen schreibt in seiner Dissertation über den KB im Zusammenhang mit den Anti-AKW-Protesten in Brokdorf, der KBW habe den Anschluss an die Neuen Sozialen Bewegungen verpasst.¹⁸ Dies widerspricht jedoch der Selbstaussage des KBW, seit Beginn der Auseinandersetzungen um Brokdorf in den Bürgerinitiativen aktiv gewesen zu sein.¹⁹ Zudem ist fraglich, inwieweit einer Gruppe, die mit an vorderster Front der Demonstrationen lief und für sich selbst beanspruchte, in Brokdorf eine wichtige Rolle zu spielen, vorzuwerfen ist, den Anschluss an die Bewegung verpasst zu haben. Diese Aspekte weisen ganz im Gegenteil stark darauf hin, dass die Anti-AKW-Bewegung für den KBW von großem Interesse war. Auch war der KBW in Brokdorf an direkten gewaltsamen Auseinandersetzungen mit der Polizei beteiligt und wurde in der Öffentlichkeit als besonders gewaltbereit auftretende Organisation wahrgenommen.²⁰

Es stellt sich die Frage, warum und in welchem Ausmaß der KBW an der gewaltsamen Eskalation in Brokdorf beteiligt war. Nahm er tatsächlich eine führende Rolle unter den gewaltbereiten Akteuren wahr? Wie konnte er sein militantes Vorgehen ideologisch begründen und seine Anhänger motivieren, sich an gewaltsamen Auseinandersetzungen aktiv zu beteiligen? Welches Interesse hatte der KBW an der Bewegung und welche Rolle spielte er für ihre Entwicklung militanter Strukturen?

¹⁵ Vgl. *Andreas Schulze*: Kleinparteien in Deutschland. Aufstieg und Fall nicht-etablierter politischer Vereinigungen, Wiesbaden 2004, S. 125.

¹⁶ Vgl. Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland: Programm und Statut des Kommunistischen Bundes Westdeutschland, 4. Aufl. Mannheim 1974 (im Folgenden: Programm und Statut des KBW), S. 10.

¹⁷ Vgl. *Christian Joppke*: Mobilizing Against Nuclear Energy. A Comparison of Germany and the United States, Berkeley/Los Angeles/Oxford 1993, S. 104.

¹⁸ Vgl. *Michael Steffen*: Geschichten vom Trüffelschwein – Politik und Organisation des Kommunistischen Bundes 1971 bis 1991, Diss. phil. Marburg 2002, unter: <http://archiv.ub.unimarburg.de/diss/z2002/0060/pdf/dsm.pdf> (Zugriff: 08.12.2016), S. 175.

¹⁹ Vgl. *Andreas Kühn*: Stalins Enkel, Maos Söhne. Die Lebenswelt der K-Gruppen in der Bundesrepublik der 70er Jahre, Frankfurt am Main 2005, S. 275.

²⁰ Vgl. beispielsweise: K und K, in: Der Spiegel 46 vom 08.11.1976, S. 48 f.

Der Untersuchungszeitraum ist begrenzt auf Herbst 1976 bis Frühjahr 1977. Zu dieser Zeit fanden die drei großen Demonstrationen in Brokdorf statt, die zu einem vierjährigen fast gänzlichen Moratorium für den Bau von Kernkraftwerken in der Bundesrepublik führten.²¹ Der Schwerpunkt wird dabei auf der zweiten Demonstration am 13. November 1976 liegen. Die erste Demonstration am 30. Oktober 1976 ist vorrangig als Ausgangspunkt für das militante Auftreten des KBW in den folgenden Demonstrationen von Interesse. Die zweite Demonstration war geprägt von starken militanten Ausschreitungen, während sich die Bewegung in der dritten Demonstration am 19. Februar 1977 an der Frage, ob legal im nahegelegenen Itzehoe oder illegal am Brokdorfer Bauplatz demonstriert werden sollte, explizit auch räumlich in ein gewaltfreies und ein gewaltbereites Lager spaltete. Die Demonstration mit der größten Teilnehmerzahl im Jahr 1981 fällt nicht mehr in den Untersuchungszeitraum. Die ML-Organisationen hatten zu diesem Zeitpunkt stark an Bedeutung verloren. Auch der KBW hatte zu der Zeit mit einsetzenden Auflösungstendenzen und seiner Spaltung zu kämpfen.

1.2 Aufbau, Methodik und Theorie

Aus dem Forschungsinteresse der Arbeit hinsichtlich der Untersuchung der militanten Ausschreitungen in Brokdorf fokussiert auf den KBW als größte bundesdeutscher ML-Organisation, ergibt sich der folgende Aufbau: In einem ersten Teil wird der KBW als Analysegegenstand eingeführt. Dabei wird er in den sozio-politischen Kontext der Bundesrepublik Deutschland der 1970er Jahre eingeordnet. Es wird erarbeitet, welche Entwicklungen dazu führten, dass sich die ML-Organisationen, besonders der KBW, den Protesten gegen das Kernkraftwerk anschlossen. Außerdem soll ein vertiefter Blick sowohl auf das ideologische Verständnis von Gewalt als auch auf die innerorganisatorischen Bedingungen für die Entwicklung einer Gewaltbereitschaft im KBW geworfen werden. Hierdurch wird herausgestellt, welche Voraussetzungen in Bezug auf Gewalt der KBW bereits in die Anti-AKW-Proteste mit einbrachte. Im Anschluss hieran soll auf die ersten Erfahrungen, die der KBW in der Anti-AKW-Bewegung in Wyhl sammelte und deren Bedeutung für sein weiteres Engagement in der Bewegung eingegangen werden. In einer folgenden kurzen chronologischen Darstellung der drei Brokdorfer Demonstrationen und der in diesen zum Ausdruck gekommenen Militanz, wird eine Basis für die vertiefte, thematisch gegliederte Analyse des KBW innerhalb dieser Auseinandersetzung bereitet.

²¹ Vgl. *Klaus Traube*: Brokdorf einst und jetzt, in: Stefan Aust (Hrsg.), Brokdorf. Symbol einer politischen Wende, Hamburg 1981, S. 9-18, S. 9.

Die folgende Untersuchung des KBW in den Brokdorfer Demonstrationen gliedert sich in zwei Abschnitte. Der erste Abschnitt widmet sich dem KBW selbst sowie seiner Interaktion mit den anderen Akteuren innerhalb der Anti-AKW-Bewegung. Es werden zunächst die Aktionen des KBW und die Legitimation für sein militantes Auftreten betrachtet. Da der KBW immer im Verbund mit oder in Abgrenzung von anderen Akteuren der Anti-AKW-Bewegung agiert hat, ist auch sein Bündnisverhalten und seine Interaktion mit anderen Akteuren in die Analyse einzubeziehen, um zu untersuchen, ob Dynamiken und Konflikte zwischen den Gruppen zu einer Steigerung der Gewalt geführt haben.

Im zweiten Abschnitt wird die Rolle der Gegner, die außerhalb der Anti-AKW-Bewegung standen, – Polizei, Medien und Politik – untersucht. Die Polizei als Repräsentant des Staates stand den Demonstranten als direkter Gegenspieler im ‚Feld‘ gegenüber. Hier gilt es zu hinterfragen, welche Auswirkung die Polizeitaktik und die spezifische Einstellung des KBW gegenüber der Polizei auf die Entwicklung seiner Gewaltbereitschaft hatten. Der Konflikt um Brokdorf war zudem sehr präsent in der Öffentlichkeit. Gerade die bürgerlichen Medien kreierten eine Stimmung, die möglicherweise das Handeln der Akteure beeinflusste.

Nachdem in diesen Kapiteln der KBW als Organisation betrachtet wurde, soll analysiert werden, warum das jeweilige Individuum bereit gewesen ist, bei der Demonstration für den KBW aktiv Gewalt anzuwenden. Abschließend wird untersucht, wie der KBW die Brokdorfer Demonstrationen beurteilte und wie sich sein Vorgehen auf die Bewegung und sein weiteres Engagement in ihr auswirkte.

Methodisch basiert die Arbeit vorrangig auf einem sozialgeschichtlichen Ansatz. Dieser ermöglicht es, Gewalt nicht, wie es in der historischen Gewaltforschung bis in die 1960er Jahre üblich war, auf ihre staatspolitischen Aspekte zu begrenzen, sondern als Gewalt von sozialen Gruppen oder auch Organisationen auf einer gesellschaftlichen Ebene zu betrachten.²² Es stehen dabei nicht einzelne individuelle Akteure und deren Einflüsse im Zentrum der Analyse. Stattdessen soll die Frage nach der Gewaltbereitschaft des KBW in Brokdorf vorrangig vor dem Hintergrund struktureller Gegebenheiten und Veränderungen in der Bundesrepublik der 1970er Jahre, sowie der Organisationszusammenhänge des KBW sowohl intern als auch in Wechselwirkung mit anderen Akteuren erklärt werden. Der historischen Gewaltforschung liegt, wie Baberowski betont, eine essentielle Annahme zugrunde: Gewalt wird von Historikern als „abweichendes Verhalten“²³ klassifiziert und stellt einen erklärungsbedürftigen Ausnahmezustand dar.²⁴ Sie muss als

²² Vgl. *Friedrich Jaeger*: Der Mensch und die Gewalt. Perspektiven der historischen Forschung, in: ders., Jürgen Straub (Hrsg.), Was ist der Mensch, was Geschichte? Annäherungen an eine kulturwissenschaftliche Anthropologie. Jörn Rüsen zum 65. Geburtstag, Bielefeld 2005, S. 301-323, S. 305.

²³ *Jörg Baberowski*: Gewalt verstehen, in: Zeithistorische Forschungen 1 (2008), S. 5-17, S. 5.

²⁴ Vgl. ebd., S. 7.

Abweichung von der Norm eines friedlichen Handelns als außerhalb des Selbstverständlichen gesehen werden, um erklärungsbedürftig zu sein. Sie stellt etwas Bedrohliches dar, das sich durch logische Erklärung wieder in den Zusammenhang des Selbstverständlichen einfügen soll.²⁵ Rucht kritisiert, dass der Gewaltbegriff oft zu weit gefasst und dadurch als Analysekategorie unbrauchbar wird.²⁶ Entsprechend bietet es sich gerade bei der Untersuchung von Gewalt im Kontext von Demonstrationen an, einen engefassten Gewaltbegriff zu verwenden, der die Gewalt auf ihre physische Dimension beschränkt. Die vom KBW ausgehende Gewalt wird im Folgenden als politische Gewalt begriffen. Dabei liegt der politischen Gewalt die Definition der Sozialwissenschaftlerin Donatella della Porta zugrunde. Della Porta hat ihre Definition der politischen Gewalt explizit in Bezug auf die Gewaltanwendung durch Gruppen der Neuen Linken in den 1970er Jahren entwickelt und versteht sie als „Anwendung von physischer Kraft mit dem Ziel, dem politischen Widersacher zu schaden.“²⁷ Dabei kann diese Form der Gewalt beabsichtigt zur Erreichung politischer Ziele oder zufällig im Rahmen politischer Auseinandersetzungen entstehen.²⁸ Von besonderer Relevanz für die Arbeit erweist sich der von della Porta entwickelte komplexe Erklärungsansatz für die Entstehung von Gewaltbereitschaft in Gruppen der Neuen Linken, der sich auf drei Ebenen bezieht: Die systemische Makroebene, die organisatorische Mesoebene sowie die individuelle Motivation, die sich in der Mikroebene darstellt.²⁹ Bei der Entwicklung von gewaltbereitem Verhalten spielen diese drei Ebenen ineinander verschränkt eine bedeutende Rolle. Auf die Erkenntnisse von della Porta soll im Laufe der Arbeit wiederholt zurückgegriffen werden, um Handlungsmuster des KBW zu erklären.

Da Gewalt als Phänomen in sozialen Bewegungen bislang vorrangig in der soziologischen Forschung untersucht wurde, erscheint es sinnvoll, an die Untersuchung mit einer sozialgeschichtlichen Ansätzen inhärenten Interdisziplinarität und einem Methodenpluralismus heranzugehen.³⁰ Zur Unterstützung der Auswertung der Quellenbefunde wird in der Arbeit an einigen Stellen auf das Theorieangebot der Sozialwissenschaften, speziell auf die soziologische Gewalt- und Bewegungsforschung, zurückzugreifen sein. Die bisherige Bewegungsforschung weist in diesem Hinblick noch ein Defizit auf. Auf der einen Seite steht die stark theorielastige soziologische Bewegungsforschung, auf der anderen die historische Forschung, die sich nahezu

²⁵ Vgl. ebd., S. 5.

²⁶ Vgl. Dieter Rucht: Gewalt und neue soziale Bewegungen, in: Wilhelm Heitmeyer, John Hagan (Hrsg.), Internationales Handbuch der Gewaltforschung, Wiesbaden 2002, S. 461-478, S. 461.

²⁷ Donatella della Porta: Gewalt und die Neue Linke, in: Wilhelm Heitmeyer, John Hagan (Hrsg.), Internationales Handbuch der Gewaltforschung, Wiesbaden 2002, S. 479-500, S. 478.

²⁸ Vgl. ebd., S. 478.

²⁹ Vgl. Donatella della Porta: Politische Gewalt und Terrorismus. Eine vergleichende und soziologische Perspektive, in: Klaus Weinhauer, Jörg Requate, Heinz-Gerhard Haupt (Hrsg.), Terrorismus in der Bundesrepublik. Medien, Staat und Subkulturen in den 1970er Jahren, Frankfurt am Main 2006, S. 33-58, S. 38.

³⁰ Vgl. Jürgen Kocka: Sozialgeschichte. Begriff – Entwicklung – Probleme, 2. Aufl. Göttingen 1986, S. 83.

ausschließlich auf die hermeneutische Quellenanalyse stützt.³¹ An interdisziplinären Berührungspunkten mangelt es noch, obwohl dieses Defizit in jüngster Vergangenheit zunehmend thematisiert und zu beheben versucht wird, um eine Anschlussfähigkeit herzustellen.³² Während auch in dieser historischen Arbeit die hermeneutische Quellenarbeit im Vordergrund stehen soll, können sozialwissenschaftliche Theorien helfen, die Befunde der Quellenanalyse zu stützen und sinnvoll zu erweitern.

Da in der Arbeit mit dem KBW ein spezifischer Akteur, dessen Strategie und gewaltsamen Aktionen innerhalb der Bewegungsstrukturen in Brokdorf analysiert werden, wird die soziale Bewegung dem Definitionsansatz von Dieter Rucht folgend als „auf gewisse Dauer gestelltes und durch kollektive Identität abgestütztes Handlungssystem mobilisierender Netzwerke von Gruppen und Organisationen, welche sozialen Wandel mit Mitteln des Protests bis hin zur Gewaltanwendung – herbeiführen, verhindern oder rückgängig machen wollen“³³, verstanden. Joachim Raschke sah die Bewegung in seiner klassischen Definition als einen gemeinsam „mobilisierenden kollektiven Akteur“³⁴ und betonte besonders die Homogenität der Bewegung. Ruchts Definition führt, auf Raschkes Definition aufbauend und diese erweiternd, nicht nur den Netzwerkcharakter, sondern ebenfalls die mögliche gewaltsame Eskalation als essenzielle Faktoren in den Analysezusammenhang ein. Für die Untersuchung des KBW als Akteur, der sich aufgrund seiner stark individuellen Interessen kaum als Teil einer auf dem Prinzip der kollektiven Identität, das nicht nur ein gemeinsam angestrebtes Ziel, sondern auch einen gemeinsamen Bezugsrahmen voraussetzt, basierenden Bewegung analysieren lässt, bietet diese Definition einen passenderen Rahmen, da sie auch die Heterogenität der Bewegung anerkennt.

Wenn man die Bewegung entsprechend als ein Netzwerk begreift, zeigt sich, dass eine Arbeit über eine Organisation als Akteur in diesem Netzwerk auch starke diskursgeschichtliche Elemente beinhalten muss. Jedenfalls, wenn man wie Bösch vorschlägt, davon ausgeht, dass dieses Netzwerk grundlegend auf Kommunikation basiert.³⁵ Kommunikative Handlungen und verbale wie

³¹ Vgl. Jürgen Mittag, Helke Stadtland: Soziale Bewegungsforschung im Spannungsfeld von Theorie und Empirie, in: dies. (Hrsg.), Theoretische Ansätze und Konzepte der Forschung über soziale Bewegungen in der Geschichtswissenschaft, Essen 2014, S. 13-60, S. 15.

³² Einen wichtigen Beitrag zur Verbindung der beiden Disziplinen haben Jürgen Mittag und Helke Stadtland mit dem 2014 von ihnen herausgegebenen Band „Theoretische Ansätze und Konzepte der Forschung über soziale Bewegungen in der Geschichtswissenschaft“ geleistet. Vertieft zum Anliegen dieses Bandes vgl. Mittag/Stadtland, S. 16 f.

³³ Dieter Rucht: Modernisierung und neue soziale Bewegungen. Deutschland, Frankreich und USA im Vergleich (Theorie und Gesellschaft, Bd. 32), Frankfurt am Main 1994, S. 76 f.

³⁴ Joachim Raschke: Zum Begriff der sozialen Bewegung, in: Roland Roth, Dieter Rucht (Hrsg.), Neue soziale Bewegungen in der Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt am Main 1987, S. 19-29, S. 21. Nach Raschkes Definition ist die soziale Bewegung „[...] ein mobilisierender kollektiver Akteur, der mit einer gewissen Kontinuität auf der Grundlage hoher symbolischer Integration und geringer Rollenspezifikation mittels variabler Organisations- und Aktionsformen das Ziel verfolgt, grundlegenden Wandel herbeizuführen, zu verhindern oder rückgängig zu machen.“

³⁵ Vgl. Frank Bösch: Kommunikative Netzwerke. Zur globalen Formierung sozialer Bewegungen am Beispiel der Anti-Atomkraftproteste, in: Jürgen Mittag, Helke Stadtland (Hrsg.), Theoretische Ansätze und Konzepte der Forschung über soziale Bewegungen in der Geschichtswissenschaft, Essen 2014, S. 149-166, S. 150.

schriftliche Auseinandersetzungen zwischen den Akteursgruppen innerhalb der Bewegungsstrukturen wie auch mit politischen Gegnern, Medien und Öffentlichkeit, prägen die Bewegung. Denn entgegen der vorherrschenden öffentlichen Wahrnehmung sind soziale Bewegungen keineswegs lediglich spontan und unorganisiert, sondern sie benötigen, wie Roth und Rucht unterstreichen: „[...] Organisationen, um sich zu bewegen. Ohne das ständige Wirken von mehr oder weniger dauerhaften Bewegungsorganisationen aller Art sind erfolgreiche Mobilisierungen eher unwahrscheinlich.“³⁶

1.3 Forschungsstand und Quellenlage

Joachim Radkau schrieb 2011 die Anti-AKW-Bewegung sei „längst nicht so gut erforscht, wie man in Anbetracht ihrer historischen Tragweite und faszinierenden Neuartigkeit erwarten könnte.“³⁷ Obwohl sowohl die Umweltgeschichte als auch die Geschichte der Neuen Sozialen Bewegungen zunehmend in den Fokus der geschichtswissenschaftlichen Forschung rücken, existieren bisher nur wenige wissenschaftliche Publikationen zur Anti-AKW-Bewegung. Diese wenigen Publikationen befassen sich vorrangig mit dem Beginn der Bewegung in den Protesten in Wyhl. Zu Brokdorf existiert bisher abgesehen von einigen Erwähnungen in Überblicksdarstellungen nahezu keine wissenschaftliche Literatur. Dies ist besonders erstaunlich, da gerade das Jahr 1977 als die Hochphase der deutschen Anti-AKW-Bewegung gilt. Lediglich Andreas Pettenkofer hat sich in einem Kapitel seiner 2014 erschienenen Monographie „Die Entstehung der grünen Politik. Kultursoziologie der westdeutschen Umweltbewegung“³⁸ mit der Entstehung des militanten Flügels der Anti-AKW-Bewegung in Brokdorf befasst. Er nähert sich dem Thema allerdings aus einer rein soziologischen Perspektive. Dabei erklärt er die Radikalisierung durch Émile Durkheims religionssoziologischen Ansatz. Weder geht er auf historische Erklärungsansätze ein, noch betreibt er eine intensive Quellenanalyse.

Den ML-Organisationen ist von der historischen Forschung bisher nur sehr wenig Beachtung zuteilgeworden. Oft wurden die Organisationen lediglich als bedeutungsloses „Zerfallsprodukt“³⁹ der Studentenbewegung gesehen und in der historischen Forschung zu den 1970er Jahren zudem

³⁶ Roland Roth, Dieter Rucht: Einleitung, in: dies. (Hrsg.), Die sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945. Ein Handbuch, Frankfurt am Main 2008, S. 9-36, S. 25.

³⁷ Joachim Radkau: Eine kurze Geschichte der deutschen Antiatomkraftbewegung, in: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.), Ende des Atomzeitalters? Von Fukushima in die Energiewende, Bonn 2012, S. 109-126, S.109.

³⁸ Andreas Pettenkofer: Die Entstehung der grünen Politik. Kultursoziologie der westdeutschen Umweltbewegung, Frankfurt am Main 2014.

³⁹ Thomas Dannenbaum: Rezension zu: Kühn, Andreas: Stalins Enkel, Maos Söhne. Die Lebenswelt der K-Gruppen in der Bundesrepublik der 70er Jahre, Frankfurt am Main 2005, in: H-Soz-Kult, 04.01.2006, unter: www.hsozkult.de/publicationreview/id/rezbuecher-6750 (Zugriff: 19.02.2017).

von der vorherrschenden Stellung der Roten Armee Fraktion (RAF) überlagert. Es gibt lediglich zwei Dissertationen, die sich gezielt mit ihnen auseinandersetzen. Michael Steffen hat in seiner 2002 erschienen Dissertation „Geschichten vom Trüffelschwein. Politik und Organisation des Kommunistischen Bundes 1971-1991“⁴⁰ die Organisationsstrukturen des KB akribisch aufgearbeitet. Andreas Kühn untersucht in „Stalins Enkel, Maos Söhne. Die Lebenswelten der K-Gruppen in der Bundesrepublik der 70er Jahre“⁴¹ die drei größten ML-Organisationen - die KPD/ML, die KPD und den KBW. Sein Fokus liegt auf kulturgeschichtlichen Aspekten dieser Gruppen.⁴² Gerd Koenen, selbst ehemaliges KBW Mitglied, befasst sich in „Das rote Jahrzehnt. Unsere kleine deutsche Kulturrevolution 1976-1977“⁴³ unter anderem mit der Organisation. Er verzichtet in seiner Darstellung jedoch auf einen größeren wissenschaftlichen Anspruch und steht dem KBW höchst kritisch gegenüber. Mohr attestiert Koenen sogar, eine „geschickt gewählte Opferperspektive“⁴⁴ einzunehmen. Eine eigenständige Arbeit zur Geschichte des KBW fehlt bislang.

Diese Publikationen erwähnen auch das Engagement der ML-Organisationen in den Neuen Sozialen Bewegungen. In Bezug auf die Anti-AKW-Bewegung bleiben sie allerdings oberflächlich. Steffen befasst sich intensiver mit den Aktivitäten des KB in der Anti-AKW-Bewegung. Er geht dabei kaum auf den KBW ein. Kühn vergleicht das Engagement der von ihm untersuchten ML-Organisationen in der Anti-AKW-Bewegung in einem Unterkapitel. Auch er bleibt hierbei nur oberflächlich. Zudem konzentriert er sich stark auf die Proteste in Wyhl, obwohl die ML-Organisationen in Brokdorf und den weiteren Atomkonflikten 1977 eine viel größere Rolle spielten.⁴⁵

An Quellenmaterial zum KBW mangelt es grundsätzlich nicht. Wie Koenen beschreibt, setzten die ML-Organisationen der „mündlichen Kultur“ der undogmatischen Linken eine „schriftliche Kultur“ entgegen.⁴⁶ Dennoch erweist sich die Quellenlage als problematisch. Die wichtigste Quelle für die Analyse des KBW stellt dessen Zentralorgan, die Kommunistische Volkszeitung (KVZ) dar, die ab November 1974 wöchentlich erschien.⁴⁷ Die Zeitung diente explizit dem Zweck der Agitation und

⁴⁰ *Michael Steffen*: Geschichten vom Trüffelschwein – Politik und Organisation des Kommunistischen Bundes 1971 bis 1991, Diss. phil. Marburg 2002, unter: <http://archiv.ub.unimarburg.de/diss/z2002/0060/pdf/dsm.pdf> (Zugriff: 08.12.2016).

⁴¹ *Andreas Kühn*: Stalins Enkel, Maos Söhne. Die Lebenswelt der K-Gruppen in der Bundesrepublik der 70er Jahre, Frankfurt am Main 2005.

⁴² Vgl. Dannenbaum, Rezension zu Kühn.

⁴³ *Gerd Koenen*: Das rote Jahrzehnt. Unsere kleine deutsche Kulturrevolution 1967-1977, 5. Aufl. Frankfurt am Main 2011.

⁴⁴ *Markus Mohr*: Rezension zu: Steffen, Michael: Geschichten vom Trüffelschwein. Politik und Organisation des Kommunistischen Bundes 1971-1991, Berlin 2002, in: H-Soz-Kult, 24.04.2003, unter: www.hsozkult.de/publicationreview/id/rezbuecher-2628 (Zugriff: 10.02.2017).

⁴⁵ Vgl. Dannenbaum, Rezension zu Kühn.

⁴⁶ Vgl. Koenen, S. 356; dazu auch: Kühn, S. 9.

⁴⁷ Vgl. *Helmut Bilstein* u.a.: Organisierte Kommunismus in der Bundesrepublik Deutschland. DKP – SDAJ - MSB Spartakus. KPD/KPD (ML)/KBW/KB (Analysen, Bd. 15), 4. überarb. u. erw. Aufl. Opladen 1977, S. 99.

Propaganda. Sie muss daher mit kritischer Distanz betrachtet und permanent hinterfragt werden. Dennoch liefert die KVZ Aufschluss über die programmatische Linie der Organisation, welche Themen von Bedeutung waren und welche Positionen vertreten wurden sowie darüber, wie die Organisation sich selbst sah und darstellen wollte. Debatten ließ die KVZ hingegen kaum zu. Das monatlich erschienene Theorieorgan Kommunismus und Klassenkampf (KuK) ist hingegen für die Analyse kaum von Bedeutung, da es sich inhaltlich nahezu ausschließlich mit der Exegese der Klassiker des Sozialismus befasste.⁴⁸ Es erweist sich daher als notwendig, sowohl Zeitungen anderer an den Protesten beteiligter Gruppen, als auch sonstige Presseerzeugnisse für eine differenziertere Analyse hinzuzuziehen. Der Rückgriff auf Medienberichte zur Rekonstruktion von Ereignissen ist ein übliches Vorgehen in der Protest- und Bewegungsforschung. Er birgt allerdings die Gefahr, dass die Forschungsergebnisse von der Selektivität der medialen Berichterstattung geprägt sind und die Masse an Informationen schwer einzuordnen ist.⁴⁹ Um eine derartige Abhängigkeit von medialen Erzeugnissen zu vermeiden, wird in der Arbeit intensiv auf Archivalien zurückgegriffen. Für die Untersuchung des KBW in Brokdorf erweist sich besonders das Landesarchiv Schleswig-Holstein (LASH) als eine große Fundgrube. Das Archiv verfügt über die gesammelten Dokumente der schleswig-holsteinischen Landespolizei zu den Demonstrationen. Weiterhin werden hier die Akten verwahrt, die im Zuge staatsanwaltschaftlicher Ermittlungen sowohl gegen Demonstranten als auch gegen Polizisten in Folge der Brokdorfer Demonstrationen angelegt wurden. Die Akten konnten aufgrund einer speziell für diese Arbeit erwirkten Schutzfristverkürzung eingesehen werden. Das Archiv „APO und Soziale Bewegungen“ der Freien Universität Berlin sammelt den Nachlass des KBW. Es verfügt über eine große Sammlung von Interna, Broschüren und Flugblättern. Zudem ist das Datenbankprojekt MAO „Materialien zur Analyse von Opposition“⁵⁰ an das Archiv angegliedert. Das Projekt verfolgt die Digitalisierung von Quellenmaterial zum politischen Protest in der Bundesrepublik Deutschland zwischen den 1960er und den 1980er Jahren. Im Projekt MAO ist inzwischen ein großer Teil der Publikationen des KBW online zu finden. Die Publikationen des KBW wurden zudem im Archiv des Hamburger Instituts für Sozialforschung (HIS) eingesehen. Auch das Berliner „Papiertiger Archiv“ bot einige interessante zusätzliche Fundstücke.

⁴⁸ Vgl. Kühn, S. 34.

⁴⁹ Vgl. *Sebastian Haumann*: Hausbesetzungen 1980-1982 in Hilden: Möglichkeiten der Mikroforschung für die Protestgeschichte, in: *Mitteilungsblatt des Instituts für soziale Bewegungen* 34 (2005), S. 155-171, S. 155.

⁵⁰ <http://www.mao-projekt.de>

2. Die Neue Linke und der KBW

2.1 Die Neue Linke in den 1970er Jahren und ihr Anschluss an die Anti-AKW-Bewegung

Die antiautoritäre Studentenbewegung der 1960er Jahre wird heute überwiegend positiv konnotiert. Ihr Ergebnis: „Liberalisierung‘, ‚Emanzipation‘ und ‚Demokratisierung‘“⁵¹. Umso erstaunlicher scheint, dass in den 1970er Jahren Tausende junger Menschen an die kommunistische Weltrevolution glaubten. Sie lehnten die freiheitlich-demokratische Grundordnung ab und wollten das System stürzen, um eine Diktatur des Proletariats zu errichten.⁵²

In der Forschung stehen sich zwei konträre Interpretationen der Beschaffenheit des politischen Systems der Bundesrepublik in den 1970er Jahren, einem Jahrzehnt, das Kielmannsegg als das „unruhigste in der kurzen Geschichte der Bonner Republik“⁵³ bezeichnet, gegenüber.⁵⁴ Konservative Auslegungen preisen die inzwischen gefestigte Demokratie. Sie kritisieren, die Linksradiكالen hätten den Wert der neuen Freiheit verkannt und sehen in ihnen Utopisten und Revolutionsromantiker oder attestieren ihnen gar ein pathologisches Problem.⁵⁵ Dieser Interpretation entgegen steht die Deutung, die Bundesrepublik sei von autoritären Strukturen, einem Demokratiedefizit und einem Mangel an Partizipationsmöglichkeiten geprägt gewesen. Die Linksradiكالen hätten einen gesellschaftlichen Wandel gefördert und erst „durch notwendige Erfahrungen mit Opfern auf beiden Seiten“⁵⁶ habe sich die Bundesrepublik liberalisiert.⁵⁷

Der friedliche Protest, durch den sich die Studentenbewegung zunächst ausgezeichnet hatte, schlug in den späten 1960er Jahren um und es kam zu gewaltsamen Konfrontationen zwischen Studenten und der Polizei. Die gewaltsamen Begegnungen fanden ihren Ausgangspunkt am 2. Juni 1967 im Tod von Benno Ohnesorg, der als friedlicher Demonstrant vom Polizisten Karl-Heinz Kurras erschossen wurde. Wie Stefan Aust aufzeigt, stellte dieses Datum einen „Wendepunkt im

⁵¹ Kühn, S. 14.

⁵² Vgl. Gunnar Hinck: *Wir waren wie Maschinen. Die bundesdeutsche Linke der siebziger Jahre*, Berlin 2012, S. 8.

⁵³ Peter Graf Kielmannsegg: *Nach der Katastrophe. Eine Geschichte des geteilten Deutschland (Die Deutschen und ihre Nation, Bd. 7)*, Berlin 2000, S. 345.

⁵⁴ Vgl. Hinck, S. 4; Kielmannsegg, S. 351 f.

⁵⁵ Vgl. Hans-Ulrich Wehler: *Deutsche Gesellschaftsgeschichte*, Bd. 5: Bundesrepublik und DDR, 1949-1990, München 2008, S. 317 f.; Kielmannsegg, S. 338 f.

⁵⁶ Hinck, S. 45.

⁵⁷ Vgl. Holger Nehring: *The Era of Non-Violence. „Terrorism“ and the Emergence of Conceptions of Non-Violent Statehood in Western Europe, 1967-1983*, in: *European Review of History* 14 (2007), S. 343-371, S. 359; Klaus Weinhauer: *Staatsmacht ohne Grenzen? Innere Sicherheit, „Terrorismus“-Bekämpfung und die bundesdeutsche Gesellschaft der 1970er Jahre*, in: Susanne Krasmann, Jürgen Martschukat (Hrsg.), *Rationalitäten der Gewalt. Staatliche Neuordnungen vom 19. Bis zum 21. Jahrhundert*, Bielefeld 2007, S. 215-238, S. 230 f.; Nicolas Büchse: *Von Staatsbürgern und Protestbürgern. Der Deutsche Herbst und die Veränderung der politischen Kultur in der Bundesrepublik*, in: Habbo Knoch (Hrsg.), *Bürgersinn mit Weltgefühl. Politische Moral und solidarischer Protest in den sechziger und siebziger Jahren*, Göttingen 2007, S. 311-332, S. 331.

Denken und Fühlen“⁵⁸ unter den Studenten dar. Der Schütze wurde vor Gericht freigesprochen und weite Teile der Öffentlichkeit gaben den Studenten die Schuld für die Eskalation.⁵⁹

Bei vielen Studenten wirkte das Ereignis radikalierend.⁶⁰ Wie eine Erklärung des Bundesvorstands des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS), dem bedeutendsten Träger der Studentenbewegung, zum 2. Juni zeigt, wurde das Ereignis als exemplarisch für eine generelle Tendenz der politischen Entwicklung der Bundesrepublik gesehen.⁶¹ Hierin heißt es: „Das postfaschistische System der BRD ist zu einem präfaschistischen geworden.“⁶² Viele Studenten interpretierten die Vorgänge als Beweis dafür, dass man sich mit demokratischen Methoden wie Protest nicht gegen den Staat wehren konnte. Dem Staat wurden totalitäre Strukturen nachgesagt und die Frage nach gewaltsamem Widerstand begann die Studenten in der Bundesrepublik zunehmend zu beschäftigen. Der Tod eines Studenten hatte damit bei großen Teilen der Bewegung zu der Ansicht geführt, dass man dem „autoritären“ Staat nur mit radikalen Mitteln begegnen könne.⁶³

Auf die Euphorie der Studentenrevolte folgte unter den jungen Menschen Ernüchterung. Sie waren mit der Hoffnung aufgebrochen, aktive Mitgestaltungsmöglichkeiten zu erkämpfen, doch letztlich mussten die Studenten erkennen, dass sie ihre Ziele nicht im erhofften Maße erreicht hatten. Die Studentenbewegung zerfiel nach der offiziellen Auflösung des SDS am 21. März 1970 in Folge interner Richtungskämpfe. Hieraus entstanden eine Reihe heterogener „Entmischungsprodukte“⁶⁴, die davon zeugten, dass das Projekt der 1968er noch nicht abgeschlossen war. Die politische Linke startete entsprechend nicht etwa hoffnungsvoll, sondern bereits mit einem negativen Gefühl des Gescheitertseins in die 1970er Jahre.

Von den diversen aus der Außerparlamentarischen Opposition (APO) hervorgegangenen Entmischungsprodukten sind für diese Arbeit nicht die organisatorisch in SPD und DKP gebundenen Kräfte relevant, sondern die ungebundene Neue Linke. Die Neue Linke spaltete sich in zwei Flügel - den undogmatischen und den dogmatischen. Der undogmatische Teil stellte sich in die antiautoritäre Tradition der Studentenbewegung. Er blieb ideologisch und organisatorisch diffus, betrieb linke Theoriearbeit und erhoffte sich langfristig, marxistische Ideen politisch wie

⁵⁸ *Stefan Aust*: Der Baader-Meinhof-Komplex, 5. Aufl. München 2008, S. 59.

⁵⁹ Vertieft hierzu vgl. *Georgia Maya*: Die Gewalt der RAF. Motive für die Gewaltentstehung und -entwicklung eine Analyse, Bremen 2013, S. 41.

⁶⁰ Vgl. *Uwe Soukup*: Wie starb Benno Ohnesorg? Der 2. Juni 1967, Berlin 2007, S. 242.

⁶¹ Vgl. Pettenkofer, S. 62.

⁶² Erklärung des SDS-Bundesvorstands vom 6. Juni, in: Nevermann, Knut (Hrsg.), Der 2. Juni 1976. Studenten zwischen Notstand und Demokratie. Dokumente zu den Ereignissen anlässlich des Schah-Besuchs, hrsg. v. Verband Deutscher Studentenschaften (vds), Köln 1967, S. 97-100, S. 98.

⁶³ Vgl. Maya, S. 46.

⁶⁴ *Rudolf van Hüllen*: Ideologie und Machtkampf bei den Grünen. Untersuchung zur programmatischen und innerorganisatorischen Entwicklung einer deutschen „Bewegungspartei“, Bonn 1990, S. 70.

gesellschaftlich zu verankern.⁶⁵ Der dogmatische Flügel hatte die Hoffnung auf Reformierbarkeit der noch von der nationalsozialistisch sozialisierten Elterngeneration geprägten Bundesrepublik bereits aufgegeben. Zu diesem Flügel zählten die sich seit 1968 herausbildenden autoritären ML-Organisationen mit ihren wichtigsten Vertretern KBW, KPD/ML, KPD⁶⁶ und KB. Sie orientierten sich in klarer Ablehnung des als imperialistisch verurteilten und als „Altfunktionärskommunismus“⁶⁷ angesehenen Sowjetsozialismus am Maoismus und strebten die proletarische Revolution mit dem Kommunismus chinesischer Prägung als Ziel an.⁶⁸ Die von 1966 bis 1976 stattfindende chinesische Kulturrevolution übte gerade aufgrund ihrer jungen Protagonisten und wegen ihres Anspruchs, mit dem Alten, dem Revisionismus zu brechen und für eine Gesellschaft neuen Typs einzustehen, eine große Faszination auf die Nachfolger der Studentenbewegung aus.⁶⁹ Die ML-Organisationen sahen das Scheitern der APO in deren Charakter als reiner Intellektuellen- und Studentenbewegung und suchten das revolutionäre Subjekt wieder in der Arbeiterklasse.⁷⁰

Die Zeit der Neuen Linken sollte allerdings nicht von langer Dauer sein. Van Hüllen datiert den Beginn der Krise der Neuen Linken bereits auf die Mitte der 1970er Jahre. Beschleunigt wurde die Krise durch einen zunehmenden Verlust ideologischer Vorbilder. Fidel Castros Kuba entpuppte sich als sowjetischer Satellit und auch Vietnam verlor nach dem Ende des Vietnamkriegs 1975 an Identifikationspotential. Besonders im studentischen Rekrutierungsumfeld fand eine Rückbesinnung auf die antiautoritäre Phase statt und hatte eine Mitgliederabwanderung zur undogmatischen Linken zur Folge.⁷¹ Der Tod Mao Tse-tungs, dem großen Vorbild der maoistischen Gruppen, am 9. September 1976, nur wenige Wochen vor der ersten großen Demonstration in Brokdorf, verstärkte die Krise und gab ihr ein akutes Ausmaß. Zwischen 1976 und 1977 verloren die ML-Organisationen beinahe ihre gesamten studentischen Mitglieder.⁷² Dies machte sich ab 1977 auch deutlich in der Gesamtzahl der Mitglieder bemerkbar. Damit fielen die Proteste in Brokdorf zeitlich genau in die Phase verstärkter Krisenerscheinungen und eines beginnenden Verlusts der Mitgliederbasis in den ML-Organisationen.

Um den eigenen Verfall aufzuhalten, mussten neue Mobilisierungsstrategien erprobt und neue Klientelgruppen vorrangig im außerstudentischen Milieu angesprochen werden. Eine Möglichkeit

⁶⁵ Vgl. ebd.

⁶⁶ Die KPD nannte sich zunächst noch in Abgrenzung zur 1956 verbotenen Kommunistischen Partei Deutschlands KPD (AO), wobei das AO für Aufbauorganisation stand. Das AO legte sie aber 1971 ab und nannte sich von da an nur noch KPD.

⁶⁷ Kühn, S. 15.

⁶⁸ Vgl. *Steffen Kailitz: Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Einführung*, Wiesbaden 2004, S. 62.

⁶⁹ Vgl. *Jochen Staadt: Der Versuch, sich an der Glatze aus dem Sumpf zu ziehen. Die K-Gruppen*, in: Gabriele Dietz, Maruta Schmidt, Kristine von Soden (Hrsg.), *wild + zahm. Die siebziger Jahre*, Berlin 1997, S. 74-77, S. 76; Kühn, S. 15 f.

⁷⁰ Vgl. van Hüllen, S. 70 f.; *Heiner Karuscheit: Zur Geschichte der westdeutschen ml-Bewegung*, 2. gekürzte Aufl.

Frankfurt am Main 1983, S. 12.

⁷¹ Vgl. van Hüllen, S. 74.

⁷² Vgl. ebd., S. 80.

zur massenhaften Mobilisierung bot die Bürgerinitiativbewegung, die sich seit ihrer Herausbildung mit der Gründung des Bundesverbandes Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) 1972 zu einer regelrechten Massenbewegung entwickelt hatte. In den späten 1970er Jahren betrug die Mitgliederzahl der Bürgerinitiativen 1,8 Millionen Menschen, was etwa der Mitgliederzahl aller politischen Parteien in der Bundesrepublik entsprach.⁷³ Das Mobilisierungspotential der Bürgerinitiativbewegung überstieg damit das der ML-Organisationen um ein Vielfaches.⁷⁴ Die Bürgerinitiativen engagierten sich in diversen Bereichen der Ökologie- und Alternativbewegung. Viele dieser Bereiche waren sehr kleinteilig und wurden von den ML-Organisationen als „Rückzug ins Private“ verurteilt, der für sie und ihr revolutionäres Projekt als Aktionsfeld kein Potenzial trug.⁷⁵ Wollten sie neue Mitglieder in großem Stil an sich binden, kam nur eine hoch frequentierte Bewegung für ihr Engagement in Frage. Die Anti-AKW-Bewegung bot eine solche Möglichkeit der Massenmobilisierung.

Eine linke Anschlussfähigkeit an die Anti-AKW-Bewegung war allerdings keine Selbstverständlichkeit. Umwelt- und Naturschutzthemen hatten die Neue Linke zunächst nicht nur nicht interessiert, sondern sie stand diesen Themen aufgrund ihrer langfristig stark konservativen bis hin zu rechten Konnotation vielfach sehr ablehnend gegenüber. Dies lag nicht zuletzt an der historischen Nutzung des Themas von den Nationalsozialisten im Sinne des völkischen Heimatschutzes sowie der Blut-und-Boden-Ideologie.⁷⁶

Erst zu Beginn der 1970er Jahre entwickelte sich der Umweltschutz zu einem eigenen Politikfeld.⁷⁷ Aber nicht nur auf politischer Ebene wurde das Thema behandelt. Es fand auch ein Wandel der öffentlichen Wahrnehmung hinsichtlich des Umweltschutzes statt, der zu einer „Neudefinierung der Mensch-Umwelt-Beziehung“⁷⁸ führte. Kupper verlieh dieser Entwicklung das Schlagwort „1970er Diagnose“⁷⁹. Der Mensch lernte nicht nur, dass es sich bei der Umwelt um ein zu schützendes Gut handelte, sondern ebenso, dass er selbst für den Zustand der Umwelt verantwortlich war. Hünemörder führt diese Entwicklung auf diverse medial intensiv verbreitete

⁷³ Vgl. *Dietrich Thränhardt*: Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt am Main 1996, S. 213.

⁷⁴ Die ML-Organisationen vereinten insgesamt etwa 100.000 Personen auf sich. Vgl. Dannenbaum, Rezension zu Kühn.

⁷⁵ Vgl. *Silke Mende*: „Nicht rechts, nicht links, sondern vorn“. Eine Geschichte der Gründungsgrünen (Ordnungssysteme. Studien zur Ideengeschichte der Neuzeit, Bd. 33), München 2011, S. 226.

⁷⁶ Vgl. *Ursula K. Heise*: Ökokosmopolitismus, in: Gabriele Dürbeck, Urte Stobbe (Hrsg.), *Ecocriticism. Eine Einführung*, Köln/Weimar/Wien 2015, S. 21-31, S. 23.

⁷⁷ Vgl. *Michael Böcher, Annette Elisabeth Töller*: *Umweltpolitik in Deutschland. Eine politikfeldanalytische Einführung*, Wiesbaden 2012, S. 27.

⁷⁸ *Patrick Kupper*: Die „1970er Diagnose“. Grundsätzliche Überlegungen zu einem Wendepunkt der Umweltgeschichte, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 43 (2003), S. 325-348, S. 325.

⁷⁹ Ebd., S. 325 f. Kupper entwickelte diesen Begriff in Anlehnung an Pfisters, 1950er-Syndrom. Pfister benannte hiermit die Problematik des in den 1950er Jahren extrem steigenden Energieverbrauchs und der damit einhergehenden übermäßigen Belastung der Umwelt. Vgl. *Christian Pfister*: Das „1950er Syndrom“. Die umweltgeschichtliche Epochenschwelle zwischen Industriegesellschaft und Konsumgesellschaft, in: ders. (Hrsg.), *Das 1950er Syndrom. Der Weg in die Konsumgesellschaft*, Bern 1995, S. 51-96, S. 94.

„umweltapokalyptische Warnrufe“⁸⁰ zu Beginn der 1970er Jahre zurück. Spätestens mit der Studie des Massachusetts Institute of Technology (MIT), „The Limits to Growth“⁸¹, die der Club of Rome in diversen Sprachen in Buchform veröffentlichte und die sich in kürzester Zeit stark verbreitete und diskutiert wurde, war das Thema im öffentlichen Diskurs angekommen.

Die Linke tat sich dennoch weiterhin schwer mit dem neuen Thema. Sie empfand die Umweltbewegung, die mit den Aspekten Wachstum und Fortschritt zwei grundlegende linke Paradigmen kritisierte,⁸² als kleinbürgerlich. Einen bedeutenden Beitrag zu einer Veränderung des linken Denkens hinsichtlich der Umwelt leistete Hans Magnus Enzensberger 1973 in seinem vielzitierten Aufsatz „Zur Kritik der politischen Ökologie“⁸³ in der in der linken Szene weit rezipierten Zeitschrift Kursbuch. Enzensberger schaffte Anregungen für eine Verknüpfung linker Politik und Ökologie. Er fasste die linken Kritikpunkte an der Ökologie zusammen, brach sie jedoch nicht auf, sondern interpretierte aus einer marxistischen Perspektive die Ökologie als eine Erscheinungsform des Klassenkampfes. Es müsse anstelle der reinen Eigentumsverhältnisse die Produktionsweise im Mittelpunkt der ökologischen Frage stehen, da es in sozialistischen Ländern um die Umwelt nicht besser stehe als im Kapitalismus.⁸⁴ Dabei machte er vorrangig Industrialisierung und wirtschaftliches Fortschrittsdenken⁸⁵ für die Umweltprobleme verantwortlich. Enzensberger zeigte somit die Notwendigkeit, Überlegungen über die Umweltproblematik in die linke Theorie zu integrieren.⁸⁶ Während er weiterhin die „Borniertheit“ der Bürgerinitiativen kritisierte, gestand er diesen dennoch zu, sich zu einem „innenpolitischen Faktor ersten Ranges“⁸⁷ entwickeln zu können. In ihnen stecke „der Keim einer möglichen Massenbewegung“⁸⁸. Enzensberger leitete somit die Aufmerksamkeit der Neuen Linken erstmals in Richtung Umweltschutz und Bürgerinitiativen und fügte diese in einen ideologisch passenden Deutungsrahmen. Sein Aufsatz hat dazu beigetragen, ein Engagement der ML-Organisationen in der Anti-AKW-Bewegung denkbarer und wahrscheinlicher zu machen.

⁸⁰ Kai F. Hünemörder: 1972 – Epochenschwelle der Umweltgeschichte?, in: Franz-Josef Brüggemeier, Jens Ivo Engels (Hrsg.), Natur- und Umweltschutz nach 1945. Konzepte, Konflikte, Kompetenzen, Frankfurt am Main 2005, S. 124-144, S. 133. Wie hoch die öffentliche Wahrnehmung war, zeigt sich konkret am Begriff „Umweltschutz“. Während noch 1970 nur 41 Prozent der Bürger der Begriff etwas sagten, waren es 1971 bereits 92 Prozent. Vgl. ebd. S. 139. Vgl. dazu auch: Kai F. Hünemörder: Die Frühgeschichte der globalen Umweltkrise und die Formierung der deutschen Umweltpolitik (1950-1973) (Historische Mitteilungen, Beiheft 53), Stuttgart 2004, S. 154.

⁸¹ Dennis L. Meadows u.a.: The Limits to Growth. A Report for the Club of Rome's Project on the Predicament of Mankind, New York 1971.

⁸² Vgl. Kupper, S. 348.

⁸³ Hans Magnus Enzensberger: Zur Kritik der politischen Ökologie, in: Kursbuch 33 (1973), S. 1-42.

⁸⁴ Vgl. ebd., S. 24.

⁸⁵ Vgl. ebd., S. 3.

⁸⁶ Vgl. Mende, S. 307.

⁸⁷ Enzensberger, S. 7.

⁸⁸ Ebd., S. 3.

2.2 Der KBW – Gründung, ideologisches Selbstverständnis, Organisationsprinzip

Wie Langguth unterstreicht, gehörte der KBW „zu den bedeutendsten und einflussreichsten maoistischen Gruppen in der Bundesrepublik.“⁸⁹ Der KBW, gründete sich am 12. Juni 1973 in Bremen aus einer Vielzahl von bisher unabhängigen kommunistischen Zirkeln, die aus der Studentenbewegung hervorgegangen waren.⁹⁰ Maßgeblich war an der Gründung neben dem Kommunistischen Bund Bremen⁹¹ besonders die aus dem SDS entstandene kommunistische Gruppe Neues Rotes Forum (NRF) Mannheim/Heidelberg beteiligt, deren führender Ideologe Hans-Gerhart „Joscha“ Schmierer, der 1968 zum Vorstand des SDS gehört hatte, den Vorsitz im Zentralkomitee (ZK) des KBW übernahm und bis zu dessen Auflösung 1985 die prägende Persönlichkeit in der Organisation blieb. Schmierer bildete ein Element personeller Kontinuität zur Studentenbewegung an höchster Stelle.⁹² Aber auch insgesamt war der KBW von ehemaligen Mitgliedern des Heidelberger SDS dominiert.⁹³ Viele Mitglieder des KBW hatten sich in der Studentenbewegung politisiert,⁹⁴ hatten dort persönlich bereits Konfrontationen mit der Polizei erlebt und brachten gewaltsame Protesterfahrungen in den KBW ein. Dadurch, dass in großen Teilen der Studentenbewegung nach ihrer Radikalisierung die Anwendung von Gewalt gegen den Staat als richtig empfunden wurde, waren bei den Aktivisten Deutungsrahmen entstanden, „die Gewalt rechtfertigen.“⁹⁵ Somit war die potentielle Möglichkeit gewaltsamer Aktionen durch den KBW bereits in seiner Mitgliederzusammensetzung angelegt.

Der Gründung des KBW waren mehr als einjährige Debatten über ein Programm und Statut vorausgegangen. Dieses trat mit der Gründung in Kraft und blieb unverändert gültig.⁹⁶ Auch wenn der KBW seinen Sitz mit Mannheim, ab April 1977 Frankfurt, im Süden der Bundesrepublik hatte, führte die maßgebliche Beteiligung der Bremer Gruppe zu einem besonders auch im Hinblick auf den Brokdorfer Protest strategischen Vorteil anderen ML-Organisationen gegenüber, da der KBW auch im Norden einen wichtigen Stützpunkt hatte.⁹⁷ Schnell entwickelte sich der KBW zur bei weitem mitgliederstärksten ML-Organisation. Während der KBW selbst zu seinem Höhepunkt

⁸⁹ Gerd Langguth: *Protestbewegung. Entwicklung – Niedergang – Renaissance. Die Neue Linke seit 1968* (Bibliothek Wissenschaft und Politik, Bd. 30), Köln 1983, S. 91.

⁹⁰ Vgl. Andrei S. Markovits, Philip S. Gorski: *Grün schlägt Rot. Die deutsche Linke nach 1945*, Hamburg 1997, S. 103.

⁹¹ Nicht zu verwechseln mit dem Kommunistischen Bund (KB).

⁹² Vgl. Werner Lindner: *Jugendprotest seit den fünfziger Jahren. Dissens und kultureller Eigensinn*, Opladen 1996, S. 278; K und K, in: *Der Spiegel* 46 vom 08.11.1976, S. 49.

⁹³ Vgl. Pettenkofer, S. 113.

⁹⁴ Vgl. *Wir warn die stärkste der Parteien... Erfahrungsberichte aus der Welt der K-Gruppen*, hrsg. v. Autorenkollektiv, Berlin 1977, S. 50.

⁹⁵ Della Porta, *Politische Gewalt und Terrorismus*, S. 53; vgl. dazu auch: Della Porta, *Gewalt und die Neue Linke*, S. 492.

⁹⁶ Vgl. Jürgen Bacia: *Der Kommunistische Bund Westdeutschland*, in: Richard Stöss (Hrsg.), *Parteien-Handbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945-1980*, Bd. 2, Opladen 1983, S. 1648-1662, S. 1650.

⁹⁷ Vgl. Anton Stengl: *Zur Geschichte der K-Gruppen. Marxisten-Leninisten in der BRD der Siebziger Jahre*, Frankfurt am Main 2011, S. 67. Die KPD hatte ihren Sitz ab 1975 in Köln. Die KPD/ML ab 1973 in Dortmund. Nur der KB hatte seinen Sitz mit Hamburg im Norden. Er war allerdings ausschließlich im norddeutschen Raum präsent.

1976 etwa 2.500 Mitglieder zählte,⁹⁸ kamen noch diverse Hilfsorganisationen, wie die Kommunistischen Hochschulgruppe (KHG), die Kommunistische Schülergruppe (KSG) oder die Gesellschaft zur Unterstützung der Volkskämpfe (GUV) hinzu. Damit versammelten sich um den KBW insgesamt etwa 7.000 Mitglieder und Sympathisanten. Laut Verfassungsschutz, der alle ML-Organisationen aufgrund ihrer staatsfeindlichen Gesinnung intensiv beobachtete, konnte der KBW 1977 zu Demonstrationen sogar bis zu 8.000 Menschen mobilisieren.⁹⁹

Ideologisch verpflichtete sich der KBW dem Marxismus-Leninismus und dessen Weiterentwicklung durch Mao.¹⁰⁰ Neben einem besonderen Interesse an Albanien folgte er in erster Linie der Volksrepublik China.¹⁰¹ Die Chinagläubigkeit ging beim KBW weiter als bei anderen ML-Organisationen. Van Hüllen schreibt diesbezüglich: „Allein der KBW vollzog die unterschiedlichen Wandlungen der rotchinesischen Politik mit [...]“. ¹⁰² Auch nach Mao Tse-tungs Tod blieb der KBW China treu.

Von Beginn an verstand sich der KBW als straff durchorganisierte, auf dem von Lenin entwickelten und im Maoismus übernommenen Organisationsprinzip des demokratischen Zentralismus aufbauende Kaderorganisation.¹⁰³ Die Mitglieder hatten zehn Prozent ihres Bruttoeinkommens an den KBW abzugeben,¹⁰⁴ wodurch er eine große finanzielle Basis aufbauen konnte. Der KBW trat auch bei Wahlen an,¹⁰⁵ was allerdings nicht bedeutete, dass er sich als Partei im institutionellen Sinne begriffen hätte. Der KBW sah lediglich die Form einer Partei für notwendig an, um innerhalb der Bevölkerung Propaganda betreiben zu können.¹⁰⁶ Anders als KPD und KPD/ML, die das Wort Partei im Namen trugen, verzichtete der KBW explizit auf den Anspruch, einzige Partei der Arbeiterklasse zu sein,¹⁰⁷ sondern verstand sich als Parteiansatz. Seine Rolle sah der KBW besonders darin, als revolutionäre Vorhut die Arbeiterklasse auf dem Weg zur Revolution zu fördern. Er setzte sich zum Ziel, „der Arbeiterklasse den unversöhnlichen Gegensatz zwischen ihren Interessen und den Interessen der Kapitalistenklasse zu enthüllen“¹⁰⁸ und die „klassenbewußten Arbeiter und Revolutionäre aus anderen Teilen des Volkes

⁹⁸ Vgl. Bacia, S. 1658; Bundesminister des Inneren (Hrsg.): Betrifft: Verfassungsschutz 1976, Bonn 1977 (im Folgenden: Verfassungsschutzbericht BRD 1976), S. 99. Zur gleichen Zeit zählte die KPD nur etwa 700 Mitglieder, die KPD/ML 800 und der KB über 1.500 Mitglieder. Vgl. Verfassungsschutzbericht BRD 1976, S. 100 f.

⁹⁹ Vgl. Bundesminister des Inneren (Hrsg.): Betrifft: Verfassungsschutz 1977, Bonn 1978 (im Folgenden: Verfassungsschutzbericht BRD 1977), S. 98.

¹⁰⁰ Vgl. Markovits/Gorski, S. 104.

¹⁰¹ Vgl. ebd., S. 104.

¹⁰² van Hüllen, S. 73.

¹⁰³ Vgl. Verfassungsschutzbericht BRD 1977, S. 98.

¹⁰⁴ Vgl. *Wolfgang Glabus*: Karrieresprungbrett KBW, in: Cicero vom 30.03.2006, unter: <http://www.cicero.de/berliner-republik/karrieresprungbrett-kbw/36900> (Zugriff: 16.12.2016).

¹⁰⁵ Der KBW war nach 1968 die einzige kommunistische „Partei“, die in einem kommunalen Parlament vertreten war. Helga Rosenbaum wurde im Mai 1977 für den KBW in den Heidelberger Gemeinderat gewählt. Vgl. Markovits/Gorski, S. 103 f.

¹⁰⁶ Vgl. Langguth, S. 95.

¹⁰⁷ Vgl. Kühn, S. 37.

¹⁰⁸ Programm und Statut des KBW, S. 10 f.

zusammenzuschließen¹⁰⁹. Durch den Zusammenschluss der kommunistischen Kräfte wollte er das kleinteilige Zirkelwesen überwinden und die Voraussetzung zur Neugründung der „Kommunistischen Partei“ in Westdeutschland schaffen. In die „Kommunistische Partei“ könne sich der KBW, sobald die Einheit geschaffen sei, umwandeln.¹¹⁰

Letztlich fehlte dem KBW aber die angestrebte massenhafte Unterstützung der Arbeiterklasse.¹¹¹ Seine Mitgliederbasis rekrutierte sich zunächst vorwiegend aus dem studentisch-intellektuellen Milieu.¹¹² Gerade in Folge der wachsenden Konkurrenz durch Spontigruppen¹¹³ an den Universitäten und dem Tod Maos als ideologischem Einschnitt, hatte sich bereits in der zweiten Hälfte des Jahres 1976 eine Verunsicherung im KBW eingestellt. Zu Beginn der Brokdorfer Proteste im Oktober 1976 kam es Berichten des KBW zufolge zu einer erneuten Austrittswelle von studentischen Mitgliedern, die in der KHG des KBW organisiert waren.¹¹⁴ 1977 fand der KBW bei Studenten kaum noch Zuspruch.¹¹⁵ Ein faktischer Einbruch der Mitgliederzahlen ist für den KBW aber erst ab 1978 zu verzeichnen.¹¹⁶ Der KBW musste sich von seinem Charakter und Image als Studentenorganisation entfernen¹¹⁷ und wie auch die anderen ML-Organisationen in dieser Phase verstärkt auf die Mobilisierung nichtstudentischer Aktivisten fokussieren, wofür sich die Anti-AKW-Bewegung mit ihrer gesellschaftlich breiter gefächerten Basis anbot.

Im Hinblick auf das gewaltbereite Verhalten des KBW in den Protesten gegen das Brokdorfer Kernkraftwerk lässt besonders die Struktur der Organisation Rückschlüsse zu. Die dem demokratischen Zentralismus inhärente innerparteiliche Hierarchie entwickelte sich bald zu einer autoritären Hierarchie, die auf dem Prinzip von Befehl und Gehorsam basierte.¹¹⁸ Der KBW war eine politische Sekte, die ihren Mitgliedern kaum Freiräume gestattete.¹¹⁹ Der in der Forschung übliche Vergleich mit Sekten wird unterstützt durch ein Gutachten des Politikwissenschaftlers Hans-Gerd Jaschke über Scientology, in dem er den ML-Organisationen sehr ähnliche interne

¹⁰⁹ Gründungserklärung des KBW vom 12.06.1973, in: KVZ 1, Juli 1973, S. 9.

¹¹⁰ Vgl. ebd.

¹¹¹ Vgl. Markovits/Gorski, S. 104.

¹¹² Vgl. Langguth, S. 92.

¹¹³ Die Spontis waren ein Teil der undogmatischen Linken. Anders als die ML-Organisationen hielten sie die „Spontaneität der Massen“ für das revolutionäre Element. Damit grenzten sie sich von der in den ML-Organisationen vertretenen Vorstellung ab, dass für die Revolution eine Avantgarde-Partei notwendig sei.

¹¹⁴ Vgl. Austritte aus dem KBW, in: AK 90 vom 04.10.1976, S.43. Die Abwanderung studentischer Mitglieder wird zudem durch den Verfassungsschutz bestätigt. Vgl. Verfassungsschutzbericht BRD 1977, S. 61.

¹¹⁵ Vgl. Verfassungsschutzbericht BRD 1977, S. 61. In den Jahren 1976 und 1977 tauschte sich jeweils mehr als die Hälfte der Mitglieder des KBW aus. Allerdings blieb daneben auch eine starke Basis von Gründungsmitgliedern erhalten.

Vgl. Langguth, S. 99.

¹¹⁶ Vgl. Bacia, S. 1658. 1978 hatte der KBW nur noch 2.300 Mitglieder. Bis zur Spaltung 1980 ging die Zahl auf 1.500 zurück.

¹¹⁷ Das zeigt sich auch in der Verlegung seines Sitzes im Jahr 1977 von Mannheim nach Frankfurt. Auf diese Weise sollte endgültig mit dem Image der Studentenorganisation abgeschlossen werden. Vgl. Markovits/Gorski, S. 103 f.

¹¹⁸ Vgl. Kühn, S. 42.

¹¹⁹ Vgl. Bacia, S. 1649; Kühn, S. 14.

Strukturen attestiert.¹²⁰ Kühn hebt, basierend auf Jaschke, als sektenhafte Züge der ML-Organisationen besonders die „Zerstörung des Individualismus“, die erwartete „bedingungslose Gefolgschaft“, den „Isolationismus“ und die angestrebte Revolution als „diffusen Heilsgedanken“ hervor.¹²¹ Schmierer betrachtet die Wirkung des Organisationsprinzips nachträglich selbst sehr kritisch. Der demokratische Zentralismus habe nach unten repressiv gewirkt und eine Atmosphäre erzeugt, „in der die strittigen Themen gemieden“¹²² wurden, „bis die Einheit der Organisation auf dem Spiel“¹²³ stand. Die Problematik der stark hierarchisch-autoritären Struktur innerhalb des KBW stellt sich auch deutlich in retrospektiven Schilderungen ehemaliger Mitglieder heraus. Ein wichtiger Aspekt der Agitationsarbeit war der Verkauf der KVZ. Wöchentlich wurde der Erfolg des Verkaufs durch einen lokalen Leitungskader überprüft. Der Rechenschaftsbericht wird als ein entwürdigender Prozess geschildert. Aus Angst vor der Kritik des Kaders und der erwarteten nachfolgenden Selbstkritik sei es nicht unüblich gewesen, die restlichen Zeitungen aus eigener Tasche zu bezahlen.¹²⁴ Der organisationsinterne Druck war so groß, dass der KBW Menschen dazu angehalten hätte, unsinnige Aktivitäten mitzutragen, die sie sonst nicht gemacht hätten.¹²⁵ Die Berichte verschiedener Mitglieder zeigen, wie sehr die autoritären Organisationsstrukturen den Alltag und die Lebenswelt der Mitglieder bestimmten. Aggressionsgefühle und Verunsicherung als emotionale Basis von Gewaltbereitschaft¹²⁶ wurden durch die im KBW herrschenden Strukturen, den Druck und die erwartete Selbstaufgabe für den revolutionären Zweck und das propagierte Feindbild des „bürgerlichen Staates“ als Aggressor gefördert. Sogar Zukunftsperspektiven wurden Mitgliedern verbaut, indem von ihnen eine ausschließliche Konzentration auf die Arbeit im KBW verlangt wurde, anstatt beispielsweise eine akademische Ausbildung abzuschließen.¹²⁷

Während der KBW es schaffte, nach außen bis zur Abspaltung eines Drittels seiner Mitglieder 1980 unter Martin Fochler,¹²⁸ der seit Gründung des KBW dem ZK angehört hatte, Kontinuität und

¹²⁰ Vgl. *Hans-Gerd Jaschke*: Auswirkungen der Anwendung scientologischer Gedankengüter auf eine pluralistische Gesellschaft oder Teile von ihr in einem freiheitlich demokratisch verfaßten Rechtsstaat, in: Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen. Abteilung Verfassungsschutz (Hrsg.), *Scientology – eine Gefahr für die Demokratie. Eine Aufgabe für den Verfassungsschutz?*, Düsseldorf 1996, S. 5-66, S. 17.

¹²¹ Vgl. Kühn, S. 59.

¹²² *Joscha Schmierer*: „K-Gruppen“ oder: Die kurze Blüte des westdeutschen Maoismus, in: Christiane Landgrebe, Jörg Plath (Hrsg.), *'68 und die Folgen. Ein unvollständiges Lexikon*, Berlin 1998, S. 49-54, S. 52.

¹²³ Ebd., S. 52.

¹²⁴ Vgl. *Werner Olles*: Radikalisierung, Studentenprotest, K-Gruppen und „Deutscher Herbst“. Die siebziger Jahre der radikalen Linken in Deutschland, in: Hans-Helmuth Knütter, Stefan Winckler (Hrsg.), *Handbuch des Linksextremismus. Die unterschätzte Gefahr*, Graz 2002, S. 26-36, S. 29.

¹²⁵ Vgl. *Wir warn die stärkste der Parteien*, S. 51.

¹²⁶ Vgl. *Stefanie Pilzweiger*: Männlichkeit zwischen Gefühl und Revolution. Eine Emotionsgeschichte der bundesdeutschen 68er-Bewegung, Bielefeld 2015, S. 289 f.; *Wilhelm Heitmeyer* u.a.: *Gewalt. Schattenseiten der Individualisierung bei Jugendlichen aus unterschiedlichen Milieus*, München 1995, S. 163.

¹²⁷ Vgl. Kühn, S. 54 f.

¹²⁸ Vgl. *Hubert Kleinert*: Geschichte des linken Radikalismus 1945-1990, in: Ulrich Dovermann (Hrsg.), *Linksextremismus in der Bundesrepublik Deutschland*, Bonn 2011, S. 49-94, S. 79; Langguth, S. 90. Fochler und seine Gefolgschaft gründeten 1980 den Bund Westdeutscher Kommunisten (BWK). Von dieser Spaltung konnte sich der KBW langfristig nicht mehr erholen.

Geschlossenheit zu demonstrieren,¹²⁹ sah dies im Inneren der Organisation deutlich anders aus. Der Dogmatismus sowie die Rituale von Kritik und Selbstkritik erwiesen sich langfristig als hohe psychische Belastung für die Mitglieder. In der Folge hatte sich in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre bereits eine starke Resignation im KBW ausgebreitet.¹³⁰

Diese sehr negative Bewertung des KBW bildete die Basis für die Distanzierung ehemaliger Akteure. Viele von ihnen haben sich explizit von ihrer Vergangenheit losgesagt und gehören heute zum politischen Establishment.¹³¹

2.3 Das ideologische Verständnis von Gewalt im KBW

Neben den auf der autoritären Binnenorganisation des KBW basierenden Bedingungen, die einer Entwicklung von Gewaltbereitschaft einen guten Nährboden lieferten, spielte besonders auch die ideologische Ebene eine wichtige Rolle. Über den Einsatz von Gewalt als Mittel der Politik, deren Ausmaß und Zielrichtung, insbesondere die Frage, ob Gewalt gegen Dinge oder auch gegen Personen angewendet werden dürfe, gab es in der Neuen Linken der 1970er Jahre intensive Debatten und stark divergierende Meinungen.

Für den KBW stellte Gewalt ein zentrales Mittel der Politik dar. Dies zeigt sich bereits an der ideologischen Verankerung des Kampfes mit Waffengewalt zur Erringung der proletarischen Revolution im Programm und Statut des KBW.¹³² Dem Gewaltverständnis des KBW lag eine in den ML-Organisationen gängige Schriftgläubigkeit an die Klassiker des Sozialismus¹³³ zugrunde, die nach den Grundsätzen der Organisation ausgelegt wurden.¹³⁴ Dabei verabsolutierte der KBW allerdings den bewaffneten Kampf als einzige Form des Klassenkampfes, was besonders von den orthodoxen Kommunisten der DKP als stark „unmarxistisch“ kritisiert wurde.¹³⁵ Die DKP bemängelte, Marx, Engels und Lenin hätten stets betont, dass die Arbeiterklasse „alle Formen des Klassenkampfes beherrschen muß und sich nicht auf eine einzige festlegen darf.“¹³⁶

¹²⁹ Vgl. Bacia, S. 1648.

¹³⁰ Vgl. Wir warn die stärkste der Parteien, S. 5.

¹³¹ Vgl. *Joachim Radkau: Die Ära der Ökologie: Eine Weltgeschichte*, München 2011, S. 369. Zu den ehemaligen KBW Mitgliedern, die Karriere in der Politik gemacht haben, gehören u.a. Winfried Kretschmann (Bündnis 90/Die Grünen), seit 2011 Ministerpräsident von Baden-Württemberg, Ulla Schmidt (SPD), 2001-2009 Bundesministerin für Gesundheit, Reinhard Bütikofer, 2002-2008 Bundesvorsitzender von Bündnis 90/Die Grünen, Krista Sager, 2002-2005 Vorsitzende der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen, Ralf Fücks, seit 2001 Vorstand der Heinrich-Böll-Stiftung und Joscha Schmierer, der von 1999-2007 im Planungsstab des Auswärtigen Amtes saß.

¹³² Vgl. Programm und Statut des KBW, S. 20.

¹³³ Hierzu gehörten im KBW vorrangig Marx, Engels, Lenin, Mao und etwas seltener auch Stalin. Vgl. beispielsweise: Beschlüsse des Zentralen Komitees des KBW zu Veranstaltungsreihen, o. O. [Frankfurt am Main] 02.07.1977, Universitätsarchiv der Freien Universität Berlin, Archiv „APO und soziale Bewegungen“ (im Folgenden: FU Berlin, APO-Archiv), 1.69, 773.

¹³⁴ Vgl. Hinck, S. 209.

¹³⁵ Vgl. *Frank D. Karl: Die K-Gruppen. Entwicklung – Ideologie – Programme*, Bonn 1976, S. 44.

¹³⁶ DKP-Extra, S. 9, zitiert nach: Karl, S. 44.

Die ideologische Legitimation für den bewaffneten Kampf leitete der KBW aus einer marxistischen Erklärung der Theorie des Spätkapitalismus her.¹³⁷ Im Statut des KBW heißt es entsprechend: Der „internationale Charakter des kapitalistischen Systems“¹³⁸ sowie die sich herausbildende „Epoche des Imperialismus“¹³⁹ im 20. Jahrhundert rufe „in den imperialistischen Ländern“¹⁴⁰ den Widerstand des Proletariats hervor und führe damit zum „Befreiungskampf“¹⁴¹. In dieser Phase der „sozialen Revolution des Proletariats“¹⁴² gelte es, den bürgerlichen Staatsapparat zu zerschlagen. „Solange die Bourgeoisie über bewaffnete Formationen zur Verteidigung des kapitalistischen Eigentums verfügt, wird das Proletariat die politische Macht mit Waffengewalt erkämpfen müssen.“¹⁴³ Der bewaffnete Kampf war entsprechend zum revolutionären Zweck fest eingeplant, da mit einer Auflösung des staatlichen Gewaltmonopols beziehungsweise der Abschaffung von Bundeswehr und Polizei nicht zu rechnen war. Das Proletariat als vom KBW identifiziertes revolutionäres Subjekt nahm eine führende Rolle ein, denn es allein hatte ihm zufolge das Recht, Gewalt auszuüben. Während der KBW die als repressiv empfundene vom Staat ausgehende Gewalt ablehnte, nahm er für sich durchaus das Recht der Gewaltanwendung in Anspruch. Dabei kam der aus Zeiten der Studentenbewegung stammende ‚Mythos der Gegengewalt‘ zum Tragen.¹⁴⁴ Der eigenen Gewalt wurde ein emanzipatorisch-befreiender Charakter attestiert.¹⁴⁵ Damit befürwortete der KBW den Einsatz von Gewalt auch gegen Personen, sofern diese als Repräsentanten des Staates oder der Bourgeoisie auftraten. Programmatisch war der bewaffnete Kampf direkt auf die Revolution ausgerichtet. Dennoch wurde der Einsatz von Gewalt im KBW auch schon als prozessuales Hilfsmittel auf dem Weg zur Revolution befürwortet. Dies zeigt sich wenn es heißt: „Der ‚bürgerliche Staatsapparat‘ teile ‚Schläge aus, solange er existiert‘. Dies aber seien ‚die Schläge eines zum Untergang verurteilten

¹³⁷ Vgl. Bacia, S. 1651. Winfried Wolf von der Gruppe Internationaler Marxisten (GIM), die sich als trotzkistisch ausgerichtete Partei verstand und scharf von den maoistischen Gruppen abgrenzte, kritisiert den „zeitlosen“ Charakter der im KBW grundlegenden Theorie des Spätkapitalismus. Der KBW habe verkannt, sich mit den tatsächlichen aktuellen Entwicklungen und Erfordernissen der Zeit auseinanderzusetzen und dadurch letztlich keine Antwort auf die Anforderungen an eine kommunistische Partei liefern können. Vgl. *Winfried Wolf: Das Kommunistische Programm und das Programm des KBW*, in: Winfried Wolf, Kurt Beiersdorf, *Kritik des westdeutschen Maoismus (Rote Hefte, Bd. 7)*, Frankfurt am Main 1975, S. 42-77, S. 76 f.

¹³⁸ Programm und Statut des KBW, S. 5.

¹³⁹ Ebd., S. 6.

¹⁴⁰ Ebd., S. 9.

¹⁴¹ Ebd.

¹⁴² Ebd.

¹⁴³ Ebd., S. 20.

¹⁴⁴ Das Prinzip der Gegengewalt wurde von Herbert Marcuse unter dem Eindruck des Vietnamkriegs formuliert. Er sagte: „ich glaube, daß es für unterdrückte und überwältigte Minderheiten ein ‚Naturrecht‘ auf Widerstand gibt, außergesetzliche Mittel anzuwenden, sobald die gesetzlichen sich als unzulänglich herausgestellt haben. Gesetz und Ordnung sind überall und immer Gesetz und Ordnung derjenigen, welche die etablierte Hierarchie schützen; es ist unsinnig, an die absolute Autorität dieser Gesetze und dieser Ordnung denen gegenüber zu appellieren, die unter ihr leiden und gegen sie kämpfen – nicht für persönlichen Vorteil und aus persönlicher Rache, sondern weil sie Menschen sein wollen.“ Vgl. *Herbert Marcuse: Repressive Toleranz*, in: Robert Paul Wolff, Barrington Moore, Herbert Marcuse, *Kritik der reinen Toleranz*, Frankfurt am Main 1966, S. 91-128, S. 127.

¹⁴⁵ Vgl. Pilzweiger, S. 294.

tönernen Riesen'. Die Organisation werde ‚keine Opfer scheuen, um seinen Untergang zu beschleunigen‘.¹⁴⁶

Besonders deutlich trat die Einstellung des KBW hinsichtlich der Ausübung politischer Gewalt in seiner Auseinandersetzung mit den Morden der RAF zutage. Mit dem Konzept der kollektiven Gewalt der gesammelten proletarischen Massen setzt der KBW auf eine deutlich andere Form der Gewaltausübung als die RAF, deren terroristische Aktionen im Untersuchungszeitraum den Inbegriff linker Gewalt in der öffentlichen Wahrnehmung darstellten. Dennoch erweist sich Bacias Aussage, der KBW habe sich vom individuellen Terror der RAF ausdrücklich distanziert, als nicht haltbar. Zumindest nicht auf moralischer Ebene. Den Morden der RAF wird vom KBW sogar ausdrücklich Verständnis entgegengebracht. Zum Attentat auf Generalbundesanwalt Siegfried Buback hieß es beispielsweise in der KVZ: „Gründe, Kapitalisten abzuschießen, es gäbe genug und gute. Wird einer davon mal erschossen, man wundert sich nicht. Eher, warum nicht mehr und öfter welche geschossen werden.“¹⁴⁷

Entsprechend steht nicht die Tat selbst oder das angestrebte Ziel, sondern das strategische Vorgehen der RAF im Mittelpunkt der Kritik des KBW. Vom „Privatkrieg gegen den bürgerlichen Staat“, in dem die RAF auf individuellen Terror, der sich gezielt gegen einzelne Personen richtete und der durch Stadtguerillataktik und Bildung von Partisanengruppen¹⁴⁸ umgesetzt wurde,¹⁴⁹ grenzte sich der KBW explizit ab.¹⁵⁰ Das Problem bestehe darin, dass die RAF durch ihren Privatkrieg gegen den Staat den Kontakt zu den Massen verloren habe. Die Massen seien nicht in der Lage, einen Zusammenhang zwischen ihren eigenen Interessen und den Aktionen der RAF herzustellen. Auch würden Kapitalisten immer wieder nachwachsen. Entsprechend sei das Erschießen eines solchen wie „Pappscheibenschießen“. „Scheibenschießen auf einzelne Bourgeoispersonen ist verglichen mit dem bewaffneten Aufstand eine kraftlose Maßnahme.“¹⁵¹ Ein derartiger Einsatz von Gewalt sei letztlich sogar zum eigenen Nachteil, da man sich in Folge der Taten selbst auf der Flucht befände. Der eigene Handlungsspielraum werde so eingeschränkt. Stattdessen forderte der KBW, müsse man „Maßnahmen vorbereiten, die letzten Endes

¹⁴⁶ Mit Empörung haben wir . . . Entwurf einer Erklärung des KBW zum Tode Günter Routhiers vom 23.06.1974, Mannheim 1974, zitiert nach: Kühn, S. 165 f. Der Duisburger Frührentner Günter Routhier war im Juni 1974 bei einer Polizeiaktion ums Leben gekommen.

¹⁴⁷ Buback erschossen, Gründe gibts genug, aber was nützt es schon?, in: KVZ 15 vom 14.04.1977, S. 9.

¹⁴⁸ Vgl. Kühn, S. 166.

¹⁴⁹ Vgl. Bacias, S. 1653.

¹⁵⁰ Dies zeigt sich auch anhand der Beurteilung des Mordes an Dresdner Bank-Chef Jürgen Ponto. Vgl. Um Blutsauger trauert man nicht, in: KVZ 32 vom 08.08.1977, S. 6. Deutlich wird die Einstellung zur RAF auch im Artikel, Die Isolations- und Vernichtungshaft muss weg, in: KVZ vom 14.11.1974, S. 1. Hier heißt es: „Wir sind mit den Auffassungen, mit der Strategie und Taktik der RAF (Rote Armee Fraktion) in keiner Weise einverstanden. Ihrer Gegenwehr gegen den Versuch des bürgerlichen Staats- und Justizapparats, sie unterzukriegen, zollen wir jedoch Achtung [...].“

¹⁵¹ Buback erschossen, Gründe gibts genug, aber was nützt es schon?, in: KVZ 15 vom 14.04.1977, S. 9.

wirken“¹⁵². Der individuelle Terror wurde folglich vom KBW nicht etwa moralisch abgelehnt, sondern als taktisch ineffektive Vorgehensweise kritisiert, anstelle derer auf das revolutionäre Potenzial der Massen gesetzt werden müsse.

Das vom KBW angestrebte Ziel der Zerschlagung des bürgerlichen Staates und seiner Institutionen bildete auch das Kernstück der Programme der anderen ML-Organisationen.¹⁵³ Was den KBW von den Konzepten anderer ML-Organisationen abhob, war neben der Verabsolutierung des bewaffneten Kampfes seine Forderung nach der Volksbewaffnung sowie der Versuch, die Bundeswehr gezielt zu unterwandern, um im Falle der Revolution eine Armee zur Verfügung zu haben.¹⁵⁴ Hierdurch arbeitete die Organisation gezielter auf die praktische Umsetzung der Revolution hin.

Die Ideologie und der durch sie erzeugte und gelebte ganz eigene Erfahrungsraum waren für die Einstellung zu Gewalt innerhalb des KBW von zentraler Bedeutung. In der Forschung herrscht Einigkeit darüber, dass eine Ideologie, die Gewalt rechtfertigt, nicht als alleiniger Auslöser für die systematische, praktische Ausübung von politischer Gewalt ausreicht.¹⁵⁵ Bacia weist deutlich darauf hin, der KBW sei letztlich nur zwei Mal in einer führend militanten Weise bei Demonstrationen aufgetreten. Zum einen bei der Demonstration in Brokdorf im Februar 1977 und ein weiteres Mal bei Aktionen gegen die Rekrutenvereidigung im Bremer Weserstadion im Mai 1980.¹⁵⁶ Obwohl sich dieser Aufzählung mindestens auch die Brokdorfer Demonstration im November 1976 und die auf Brokdorf folgende militante Aktion im März 1977 gegen den Bau des Kernkraftwerks in Grohnde hinzufügen lassen, an denen der KBW ebenfalls stark beteiligt war, handelt es sich um nur wenige Fälle gewaltsamer Aktionen.

Wäre die Ideologie als alleiniger Auslöser von Gewalt ausreichend, hätte der KBW aufgrund seiner ideologisch verankerten Akzeptanz von Gewalt viel stärker zu militanten Aktionen neigen müssen. Doch letztlich propagierte die Organisation Gewalt und Militanz hauptsächlich „verbalradikal“¹⁵⁷, setzte sie aber kaum praktisch ein.

Della Porta zufolge kann eine radikale Ideologie, „wenn politische Möglichkeiten eine Eskalation

¹⁵² Buback erschossen, Gründe gibts genug, aber was nützt es schon?, in: KVZ 15 vom 14.04.1977, S. 9.

¹⁵³ Vgl. *Josef Horchem*: Die Predigt der Gewalt, in: DIE ZEIT 21 vom 13.05.1977. Josef Horchem war von 1969 bis 1981 Leiter des Hamburger Verfassungsschutzes.

¹⁵⁴ Der Musiker und Autor Sven Regener berichtet beispielsweise, er habe seinen Wehrdienst ausschließlich zum Zweck der Unterwanderung der Bundeswehr für den KBW angetreten. Vgl. *Michael Pilz*: Rekrut Regener – „Der Fluchtreflex war sofort da“, in: welt.de vom 09.01.2011, unter: <https://www.welt.de/politik/deutschland/article12057590/Rekrut-Regener-Der-Fluchtreflex-war-sofort-da.html> (Zugriff: 16.02.2017).

¹⁵⁵ Vgl. *Iring Fetscher, Herfried Münkler, Hannelore Ludwig*: Ideologien der Terroristen in der Bundesrepublik Deutschland, in: Iring Fetscher, Günter Rohrmoser, Ideologien und Strategien (Analysen zum Terrorismus, Bd. 1, hrsg. v. Bundesministerium des Inneren), Opladen 1981, S. 16-273, S. 16; della Porta, Politische Gewalt und Terrorismus, S. 46; Maya, S. 48.

¹⁵⁶ Vgl. Bacia, S. 1653.

¹⁵⁷ Kühn, S. 166.

auslösten“¹⁵⁸ verstärkend auf die Gewaltbereitschaft wirken. Entsprechend ist anzunehmen, dass die ideologisch fundierte und programmatisch verankerte Akzeptanz von Gewalt als Instrument des politischen Handelns zusammen mit dem Nährboden für Gewaltbereitschaft, den die autoritäre Ausrichtung der Organisation selbst bot, eine wichtige Funktion bezüglich der Steigerung der Gewaltbereitschaft in Brokdorf einnahm. Es mussten aber darüber hinaus in der akuten Brokdorfer Protestsituation weitere essenzielle Faktoren hinzugekommen sein, die letztlich zu der aktiven Ausübung politisch motivierter Gewalt durch den KBW geführt haben, damit die Ideologie als radikalisiertes Element wirken konnte.

3. Von Wyhl nach Brokdorf – Der KBW tritt in den Protest ein

3.1 Erste Erfahrung mit der Bewegung - Der KBW in Wyhl

Der Widerstand gegen das geplante Kernkraftwerk in Wyhl gilt als Triumph des gewaltfreien Bürgerprotests.¹⁵⁹ Der Protest war lokal geprägt. Die badisch-elsässischen Bürgerinitiativen, die den Protest trugen, stellten einen Querschnitt durch die ländliche Bevölkerung dar, die vorrangig das Ziel verfolgte, ihre ländliche Produktionsbasis - die Ressource Natur - zu bewahren. Diese ersten bedeutenden Anti-AKW-Proteste in der Geschichte der Bundesrepublik zeigten ein nur geringes Maß von konfrontativer Gewalt. Lediglich die Räumung des ersten Versuchs einer Bauplatzbesetzung führte zu einer direkten Konfrontation zwischen Protestteilnehmern und Polizei. Der zweite Besetzungsversuch glückte. Ab Februar 1975 kam es bis November 1975 in Wyhl zu einer neunmonatigen¹⁶⁰ Bauplatzbesetzung, die der Anti-AKW-Bewegung zu bundesweiter Aufmerksamkeit verhalf und die Aktionsform der Bauplatzbesetzung langfristig in der Bewegung verankerte.

Unterstützung bekamen die Wyhler Platzbesetzer besonders von Studenten aus dem nahegelegenen Freiburg. Die ML-Organisationen waren in Wyhl zahlenmäßig nur geringfügig vertreten. Steffen merkt diesbezüglich an, es „soll schon hier eine Hochschulgruppe des KBW aus Freiburg darum bemüht gewesen sein, dem Widerstand eine ‚antikapitalistische‘ Richtung zu geben.“¹⁶¹ Während Steffens Formulierung noch Zweifel seinerseits aufzeigt, lässt sich die Beteiligung des KBW in Wyhl eindeutig belegen. Aus den Protesten existieren mehrere Broschüren

¹⁵⁸ Della Porta, Politische Gewalt und Terrorismus, S. 46.

¹⁵⁹ Vgl. Jochen Roose: Der endlose Streit um die Atomenergie. Konfliktsoziologische Untersuchung einer dauerhaften Auseinandersetzung, in: Peter H. Feindt, Thomas Saretzki (Hrsg.), Umwelt- und Technikkonflikte, Wiesbaden 2010, S. 79-103, S. 81; Karin Hanshew: Terror and Democracy in West Germany, Cambridge 2012, S. 171. Hanshew weist darauf hin, dass die weitgehende Gewaltlosigkeit auch die grundlegende Annahme der Analysen von Rucht und Karapin zu Wyhl ist.

¹⁶⁰ Karapin geht fälschlicherweise von einer vierzehnmonatigen Besetzung aus. Vgl. Karapin, S. 119.

¹⁶¹ Steffen, S. 173.

von KBW Gruppen.¹⁶² In einer Broschüre von 1975 riefen die Ortsgruppe (OG) Freiburg und die Ortsaufbaugruppe (OAG) Emmendingen explizit zur Unterstützung der Platzbesetzung auf.¹⁶³ Zudem schreibt Pettenkofer, dass der KBW auf dem besetzten Bauplatz einige Male versuchte, Aktionen durchzuführen.¹⁶⁴ Damit war der KBW unter den ML-Organisationen, die sich - wenn auch nicht in großem Stil und nur regional - dem Kampf gegen die friedliche Nutzung der Kernkraft anschlossen, deutlich aktiver als andere. Die Mitglieder des KBW integrierten sich allerdings erst in das Protestgeschehen als der Bauplatz bereits besetzt war und waren entsprechend nicht an einer gewaltsamen Konfrontation mit der Polizei beteiligt. Auch war der KBW in den badisch-elsässischen Bürgerinitiativen nicht als Organisation vertreten. Einzelne Mitglieder nahmen aber an den Sitzungen der Bürgerinitiativen teil.¹⁶⁵

Das Verhältnis zwischen dem KBW und der konservativen ländlichen Bevölkerung war schwierig. Jutta Ditzfurth, späteres Gründungsmitglied der Grünen, berichtet von Ereignissen, in denen Mitglieder des KBW bürgerliche Atomkraftgegner als „maschinenstürmende Fortschrittsfeinde“¹⁶⁶ beschimpft hätten. Obwohl der KBW noch kein intensiv durchdachtes ideologisches Konzept bezüglich der Kernkraft vertrat, kritisierte er die Praxis der Verhandlungen zwischen Bürgerinitiativen und baden-württembergischer Landesregierung scharf.¹⁶⁷ Vereinbarungen mit der Regierung zu treffen, wie es im Konflikt um Wyhl geschah, kam für den KBW einer Aufgabe des Kampfes gegen das Kernkraftwerk gleich,¹⁶⁸ da er nicht an eine Reformfähigkeit des Staates glaubte. Die Leitung der Bürgerinitiativen, die die Verhandlungen geführt hatte, verurteilte der KBW entsprechend als „ausgemachte Intriganten“¹⁶⁹, die letztlich den Staat unterstützt hätten. Stattdessen zielte der KBW bereits in Wyhl auf eine Zusammenfassung des Widerstands der Bauern ab.¹⁷⁰ Bauern und Winzer wurden dabei vom KBW als Hauptbetroffene und maßgebliche Kraft des Protests identifiziert.¹⁷¹ Ansonsten enthielt sich der KBW in den Artikeln der KVZ über Wyhl allerdings noch klassenkämpferischer Parolen.¹⁷² Die KPD/ML, die sich in Wyhl bereits massiv

¹⁶² Vgl. Ortsgruppe Freiburg und Ortsaufbaugruppe Emmendingen des Kommunistischen Bundes Westdeutschland: Kein Kernkraftwerk in Wyhl, Freiburg o. J. [1975]; Ortsaufbaugruppe Emmendingen des Kommunistischen Bundes Westdeutschland: Kein Kernkraftwerk in besiedelten Gebieten. Kein Kernkraftwerk in Wyhl, Emmendingen o. J. [1974].

¹⁶³ Vgl. Ortsgruppe Freiburg und Ortsaufbaugruppe Emmendingen des Kommunistischen Bundes Westdeutschland: Kein Kernkraftwerk in Wyhl, Freiburg o. J. [1975], Rückseite.

¹⁶⁴ Vgl. Pettenkofer, S. 146.

¹⁶⁵ Vgl. *Ernst Schillinger*: Was mir alli wänn, des will ich gern sage, in: Bernd Nössler, Margret de Witt (Hrsg.), Wyhl. Kein Kernkraftwerk in Wyhl und auch sonst nirgends. Betroffene Bürger berichten, Freiburg 1976, S. 236-249, S. 238.

¹⁶⁶ *Jutta Ditzfurth*: Das waren die Grünen. Abschied von einer Hoffnung, München 2000, S. 56.

¹⁶⁷ Vgl. Kühn, S. 271.

¹⁶⁸ Vgl. Die Trennung von den Freunden der Landesregierung ist dringend, in: KVZ 15 vom 15.04.1976. S. 9; Filbinger am Kaiserstuhl. „Wir haben ihn, laßt ihn ja nicht gehen“, in: KVZ 41 vom 14.10.1976, S. 2.

¹⁶⁹ Die Trennung von den Freunden der Landesregierung ist dringend, in: KVZ 15 vom 15.04.1976. S. 9.

¹⁷⁰ Vgl. Kühn, S. 271.

¹⁷¹ Vgl. Ortsgruppe Freiburg und Ortsaufbaugruppe Emmendingen des Kommunistischen Bundes Westdeutschland: Kein Kernkraftwerk in Wyhl, Freiburg o. J. [1975], S. 12.

¹⁷² Vgl. Kühn, S. 272.

auf die Bauern als revolutionäres Subjekt fokussiert hatte und die revolutionäre Gewalt als einzigen möglichen Lösungsweg für den Konflikt anpries, kritisierte den KBW stark für seine bündnispolitische Linie. Der KBW habe die Rechtsstaatsillusionen der Bauern geschürt, und sie durch die Bildung „demokratischer Bündnisse“ bei Verzicht auf kommunistische Agitation und Propaganda „an den imperialistischen Staat und an den Weinbauernverband“ gekettet.¹⁷³ Während der Vorwurf, die Bauern an den imperialistischen Staat binden zu wollen, eine eindeutige Provokation darstellte und sicher nicht die Intention des KBW war, entsprach das Betreiben einer intensiven Bündnispolitik seinem üblichen Vorgehen.¹⁷⁴ Kühn zufolge soll sich der KBW in der Öffentlichkeit gegenüber den Positionen anderer ML-Organisationen, die für die Kernkraft im Sozialismus warben, abgegrenzt haben.¹⁷⁵ Zwar feierte der KBW die Errungenschaft der Kernkraft im Sozialismus weniger stark als andere Vertreter des ML-Spektrums, letztlich lehnte er sie aber auch nicht ab. Auch der KBW vertrat die Auffassung, Kernkraftwerke seien nicht an sich gefährlich, sondern lediglich in Händen der Kapitalisten.¹⁷⁶ Implizit sagte dies, wie auch Engels unterstreicht, aus, dass Kernkraftwerke in sozialistischen Gesellschaften unproblematisch seien. Auch aus theoretischen Überlegungen zur Kernkraft geht diese Sichtweise deutlich hervor, in denen der KBW formuliert: „Eine Weiterentwicklung der Produktion zum allseitigen Nutzen der Gesellschaft ist erst unter der Herrschaft der Arbeiterklasse, im Sozialismus, möglich.“¹⁷⁷ Ein ehemaliges Mitglied des KBW betont sogar bezüglich Wyhl, er „sollte den widerständigen Winzern erklären, dass Kernkraft in den Händen des Volkes eine gute Sache sei.“¹⁷⁸ Der KBW stellte sich entsprechend nicht prinzipiell gegen die Kernkraft, allerdings wusste er sich während seines Engagements in Wyhl, wie auch darauffolgend in Brokdorf, in seinen diesbezüglichen Publikationen von einer Verteidigung von Kernkraftwerken im Sozialismus zurückzuhalten, um sich nicht in Erklärungsnöte zu bringen. Stattdessen setzte er auf Fachwissen und beteiligte sich an einer „Terminologiespirale“¹⁷⁹ in der öffentlichen Debatte, um sich dem oft gegen ihn vorgebrachten Vorwurf, lediglich des Protestes Willen zu protestieren, entgegenzustellen.¹⁸⁰

¹⁷³ Vgl. Ebd.

¹⁷⁴ Vgl. ebd., S. 179.

¹⁷⁵ Vgl. ebd., S. 274.

¹⁷⁶ Vgl. Engels, Naturpolitik, S. 361. Engels bezieht sich hier auf die KVZ, Ortsbeilage Emmendingen vom 21.08.1974.

¹⁷⁷ Die Kernkraftwerkspläne des Westberliner Senats dienen dem Programm der imperialistischen Expansion, in: KuK 8 (1976), S. 359-363, S. 362.

¹⁷⁸ Bettina Schulte: Die Kommunisten im Wyhler Wald, in: Badische Zeitung vom 13.02.2015, unter: <http://www.badische-zeitung.de/kino-11/die-kommunisten-im-wyhler-wald--100413098.html> (Zugriff: 14.02.2017).

¹⁷⁹ Ausführlich zur „Terminologiespirale“ vgl. Matthias Jung: Öffentlichkeit und Sprachwandel. Zur Geschichte des Diskurses um die Atomenergie, Opladen 1994, S. 87-89. Jung versteht darunter einen Prozess, in dem sich Kritiker und Befürworter der Atomenergie gegenseitig dazu zwangen, ihre Argumente zunehmend zu spezifizieren und damit eine fachlich immer genauere Sprache anzunehmen.

¹⁸⁰ Vgl. Kühn, S. 275.

Vorrangig engagierten sich die Mitglieder des KBW in Wyhl als Dauerplatzbesetzer, die für das Ergebnis der Proteste eine durchaus wichtige Rolle spielten. Trotz geringer Personenzahl schafften sie es, sich gemeinsam mit der KPD als Wortführer auf dem Platz hervorzuheben.¹⁸¹ Sie prägten, wie der Aktionsforscher¹⁸² Wolfgang Sternstein, der die Wyhler Proteste von Anfang an begleitete, hervorhebt, auch das „Image der Platzbesetzer bei der Bevölkerung in der Region.“¹⁸³ Obwohl die Aktionen der Vertreter der ML-Organisationen von den lokalen Protestteilnehmern kaum positiv bewertet wurden, waren Wesel zufolge „Die Linken [...] diejenigen, die letztlich den Erfolg gebracht haben, weil sie die Kraft hatten, Tag und Nacht durchzuhalten.“¹⁸⁴

Die Beteiligung des KBW in Wyhl darf in ihrer Bedeutung für sein weiteres Engagement in der Anti-AKW-Bewegung nicht unterschätzt werden. Neben einer ersten Begegnung mit der Bewegung hatte Wyhl noch eine weitere wichtige Wirkung. Die „Revolutionsromantik“¹⁸⁵ des bäuerlichen Aufstands gegen das staatliche Energieprogramm setzte ein erstes Zeichen dafür, wie die Anti-AKW-Bewegung im klassenkämpferischen Sinne interpretiert werden konnte und bildete damit eine wichtige Grundlage für die ideologische Weiterentwicklung des KBW in Bezug auf den zukünftigen Protest gegen Kernkraftwerke. Zum Zeitpunkt der Brokdorfer Proteste war noch nicht abzusehen, dass das Kernkraftwerk in Wyhl nie gebaut werden würde. Dennoch wurde allein schon durch die geglückte langfristige Besetzung des Bauplatzes und das Aufhalten des Baus deutlich, dass es durch ein Engagement in der Anti-AKW-Bewegung handfeste Erfolge gegen das Kartell aus Bourgeoisie und dem technokratischen Unterdrückungsstaat zu erringen gab. Schon während der Wyhler Platzbesetzung kam der KBW zu dem Schluss: „Nach der Besetzung und dem erfolgreichen Zurückschlagen des Polizeieinsatzes in Wyhl wird in dieser Bewegung immer deutlicher, daß nur im Kampf gegen den bürgerlichen Staat die Interessen und der Wille des Volkes durchgesetzt werden kann.“¹⁸⁶

Durch die Erfahrungen in Wyhl brannte sich die Möglichkeit einer langfristigen Bauplatzbesetzung in das soziale Gedächtnis¹⁸⁷ der Bewegung ein. Da der KBW als Akteur in Wyhl vor Ort war und in

¹⁸¹ Vgl. Uwe Wesel: Die verspielte Revolution. 1968 und die Folgen, München 2002, S. 253.

¹⁸² Die Aktionsforschung speziell der 1970er Jahre ging davon aus, dass praktische Teilnahme am Forschungsgegenstand zu einer vertieften Erkenntnis über diesen führen müsse. Bei der Aktionsforschung handelt es sich um ein Konzept, das von Kurt Lewin, einem der Begründer der experimentellen Sozialpsychologie, unter dem Begriff *action research* geprägt wurde. Die Teilnahme am konkreten Forschungsgegenstand sollte sich gegen die Entfremdung von Theorie und Praxis in der Soziologie richten. Vgl. Kurt Lewin: Action Research and Minority Problems, in: Journal of Social Issues 2 (1946), S. 34-46.

¹⁸³ Wolfgang Sternstein: Der Alltag des Widerstands. Probleme einer langandauernden Platzbesetzung, in: Theodor Ebert, Wolfgang Sternstein, Roland Vogt (Hrsg.), Ökologiebewegung und ziviler Widerstand. Wyhler Erfahrungen. Aktionsforscher berichten, Stuttgart 1978, S. 34-50, S. 42.

¹⁸⁴ Wesel, S. 254.

¹⁸⁵ Johann Vollmer: Vom „Denkmal des mündigen Bürgers“ zur Besetzungsromantik. Die Grenzen symbolischer Politik in der frühen Anti-AKW-Bewegung, in: Habbo Knoch (Hrsg.), Bürgersinn mit Weltgefühl. Politische Moral und solidarischer Protest in den sechziger und siebziger Jahren, Göttingen 2007, S. 271-293, S. 279.

¹⁸⁶ 15.000 demonstrieren in Kaiseraugst, in: KVZ 14 vom 10.04.1975.

¹⁸⁷ Aleida Assmann zufolge bildet sich das Gedächtnis des Einzelnen im Austausch mit sogenannten „Wir-Gruppen“. Das Ich ist immer mit einem Wir verknüpft. Das soziale Gedächtnis bildet sich aus dem, was in einer Gruppe erinnert und erfahren

der KVZ bundesweit über den Protest berichtet wurde, nahm damit auch der KBW die Wyhler Bauplatzbesetzung über die regionale Ebene hinausgehend als positives Schlüsselereignis und erfolgsversprechende Aktionsform in den weiteren Protest gegen Kernkraftwerke mit. Dies spiegelte sich auch im positiven Bezug im Brokdorfer Protest auf Wyhl und die dortige Besetzung wider.¹⁸⁸

3.2 Vorgeschichte und Ablauf der drei Brokdorfer Demonstrationen 1976-1977

Ende 1973 begann die CDU-Landesregierung den Ausbau der Kernenergie in Schleswig-Holstein stark voranzutreiben. Die Standortentscheidung für Brokdorf wurde schnell gefällt. Im November 1973 gaben die Landesregierung und die zukünftige Betreibergesellschaft Nordwestdeutsche Kraftwerke AG (NWK) Brokdorf als Standort eines geplanten Atomkraftwerks bekannt.¹⁸⁹ Zu diesem Zeitpunkt waren die energiepolitischen Planungen in Schleswig-Holstein noch in ihren absoluten Anfängen und auch eine intensive Standortüberprüfung hatte nicht stattgefunden.¹⁹⁰ Bereits im Monat der Standortbekanntgabe gründete sich am 26. November 1973 auf regionaler Ebene die BUU, die die Proteste gegen das Brokdorfer Kernkraftwerk langfristig trug.¹⁹¹ Die BUU weitete sich schnell aus und spätestens im Mai 1975 existierten auch einige Initiativen in Hamburg, in denen sich langfristige viele Angehörige der linksradikalen Szene sammeln sollten.¹⁹² Versuche der BUU, in den Jahren 1974 und 1975, den Bau legal durch politische Einflussnahme auf die Gemeindevertretungen, Öffentlichkeitsarbeit und den rechtlichen Weg zu verhindern, blieben erfolglos.¹⁹³ Ab Mitte 1975 forderte die BUU nach Wyhler Vorbild, den Bauplatz zu besetzen, sobald mit dem Bau begonnen werde.¹⁹⁴

wird. Es entsteht vom und im „kommunikativen Austausch“. „Solange eine Gruppe mit einer gemeinsamen Erfahrungsbasis sich über diese Erfahrungen aus ihren verschiedenen Perspektiven heraus immer wieder austauscht, solange besteht ein soziales Gedächtnis.“ Vgl. *Aleida Assmann: Soziales und kollektives Gedächtnis vom 02.05.2006*, unter: <http://www.bpb.de/system/files/pdf/OFW1JZ.pdf> (Zugriff: 03.01.2017), S. 1 f.

¹⁸⁸ Siehe Kapitel 4.1.

¹⁸⁹ Vgl. Karapin, S. 119.

¹⁹⁰ Vgl. *Günter Trautmann: Defizitärer Planungsstaat und politische Legitimität. Der Fall Brokdorf*, in: Bernd Guggenberger, Udo Kempf (Hrsg.), *Bürgerinitiativen und repräsentatives System*, Opladen 1978, S. 309-336, S. 314 f.

¹⁹¹ Vgl. *Bürgerinitiative Umweltschutz Unterelbe: Brokdorf: Der Bauplatz muß wieder zur Wiese werden! Hamburg 1977* (im Folgenden: BUU, *Der Bauplatz muß wieder zur Wiese werden*), S. 50.

¹⁹² Vgl. Steffen, S. 179; Pettenkofer, S. 175.

¹⁹³ Vgl. Karapin, S. 120.

¹⁹⁴ Vgl. Zusammenfassender Bericht über den Ablauf der Demonstrationen gegen den beabsichtigten Bau eines Kernkraftwerkes in Brokdorf vom 10.12.1976, VS-NfD, Kiel 10.12.1976, S. 2, Landesarchiv Schleswig-Holstein (im Folgenden: LASH), Abt. 621 Nr. 556.

Am 26. Oktober 1976 wurde nach der geheimen Vergabe der ersten atomrechtlichen Teilerrichtungsgenehmigung¹⁹⁵ überraschend in einer, wie besonders die Kritiker formulierten, „Nacht-und-Nebel-Aktion“¹⁹⁶ mit dem Bau des Kraftwerks begonnen. Ministerpräsident Gerhard Stoltenberg (CDU) hatte nach Zustimmung der Bundesregierung den Sofortvollzug der Genehmigung noch am Abend zuvor unterschrieben, um der angedrohten Bauplatzbesetzung zuvorzukommen. Über Nacht wurden Baumaschinen auf das Gelände gefahren, der Bauplatz umzäunt und mit Stacheldraht und Wassergräben abgesichert. Erst als das Gelände bereits gesichert und polizeilich geschützt war, wurde die Öffentlichkeit über die Genehmigung informiert.¹⁹⁷ Am nächsten Morgen trafen sich BUU Gruppen, um über das weitere Vorgehen zu beraten.¹⁹⁸ Nur wenige Tage später, am 30. Oktober 1976, fand die erste Großdemonstration am Brokdorfer Bauplatz statt, an der sich etwa 5.000-8.000 Personen beteiligten. Nach einem anfangs friedlichen Demonstrationsverlauf zerstörten einige Demonstranten den Bauzaun. Etwa 2.000 Kernkraftgegner drangen auf den Bauplatz ein und erklärten ihn für besetzt. Linksradikale Gruppen waren bei dieser Demonstration nur in geringem Maße präsent. Nach Einbruch der Dunkelheit¹⁹⁹ löste die Polizei die Platzbesetzung Berichten Beteiligter zufolge entgegen vorheriger Zusicherungen an die Besetzer²⁰⁰ mit großer „Brutalität“²⁰¹ auf. Den, wie Kitschelt formuliert, „intransigenten Repressionsmaßnahmen“²⁰² der Polizei wird in der Forschung eine unmittelbar mobilisierende Wirkung nachgesagt.²⁰³ Steffen sieht das Vorgehen der Polizei explizit als ursächlich „zum Aufschwung und zur politischen Transformation des Protests“²⁰⁴. Nach dieser Aktion trat das „lokale Moment“, das in Wuhl noch vorherrschend war, in den Hintergrund. Es kam zu einer „Entregionalisierung und Politisierung“²⁰⁵ der Anti-AKW-Bewegung. Für die radikale Linke hatte sich durch die machtvoll demonstrierte ‚Staatsgewalt‘ die antistaatliche Auslegungsmöglichkeit des Protests bewiesen, was ihrerseits einen großen Zulauf zur Anti-AKW-Bewegung bewirkte. Am 13. November 1976 beteiligten sich bereits 30.000-45.000²⁰⁶

¹⁹⁵ Vgl. *Thomas Dannenbaum*: „Atom-Staat“ oder „Unregierbarkeit“? Wahrnehmungsmuster im westdeutschen Atomkonflikt der siebziger Jahre, in: Franz-Josef Brüggemeier, Jens Ivo Engels (Hrsg.), *Natur- und Umweltschutz nach 1945. Konzepte, Konflikte, Kompetenzen*, Frankfurt am Main 2005, S. 268-286, S. 282.

¹⁹⁶ Joppke, S. 47; Dannenbaum, „Atom-Staat“ oder „Unregierbarkeit“?, S. 282.

¹⁹⁷ Vgl. *Christian Hillengaß*: *Atomkraft und Protest. Die politische Wirkung der Anti-AKW-Bewegung in Deutschland, Frankreich und Schweden*, München 2011, S. 27.

¹⁹⁸ Vgl. BUU, *Der Bauplatz muß wieder zur Wiese werden*, S. 102.

¹⁹⁹ Vgl. Protokoll der Zeugenvernehmung zum Einsatz am 13.11.1976 durch Staatsanwalt Triskatis, Itzehoe 22.02.1977, 16 Js 15/77, Bl. 12, LASH, Abt. 352.2 Nr. 2255.

²⁰⁰ Vgl. Pettenkofer, S. 178; Brokdorf Chronik, in: *Atom Express* 23 (1981), S. 6; Trautmann, S. 327.

²⁰¹ BUU, *Der Bauplatz muß wieder zur Wiese werden*, S. 111. An einem brutalen Vorgehen der Polizei wird auch in der Forschung nicht gezweifelt.

²⁰² *Herbert Kitschelt*: *Kernenergiepolitik. Arena eines gesellschaftlichen Konflikts*, Frankfurt am Main 1980, S. 240.

²⁰³ Vgl. Pettenkofer, S. 178; Steffen; S. 173; Trautmann, S. 327.

²⁰⁴ Steffen, S. 173.

²⁰⁵ Ebd.

²⁰⁶ Vgl. BUU, *Der Bauplatz muß wieder zur Wiese werden*, S. 70. Die BUU geht von 30.000 aus, der Bundesgrenzschutz (BGS) vermeldete laut BUU sogar 45.000 Teilnehmer.

Kernkraftgegner an der zweiten Großdemonstration am Bauplatz. Es kam bei Präsenz von 3.000-5.000 Linksradiكالen²⁰⁷ - zu einem fünfstündigen Sturm auf den Bauplatz. Die „Schlacht um Brokdorf“, wie die Demonstration später genannt wurde, zeichnete sich durch gewaltsame Kämpfe zwischen Demonstranten und der Polizei mit zahlreichen Verletzten auf beiden Seiten aus.²⁰⁸ Wie bereits die hohen Schwankungen in den Schätzungen der Teilnehmerzahlen zeigen, ist es nicht möglich, verlässliche Zahlen zu benennen. In der Süddeutschen Zeitung ist die Sprache von der Teilnahme von insgesamt 3.000 Angehörigen von „K-Gruppen“.²⁰⁹ Trotz einer teilweisen Dramatisierung der Beteiligung von ML-Organisationen durch Landes- und Bundesregierung, lässt sich davon ausgehen, dass ein großer Teil der 3.000-5.000 Linksradiكالen den ML-Organisationen nahe standen, da sie den zu diesem Zeitpunkt aktivsten Teil des linksradikalen Spektrums in der Anti-AKW-Bewegung ausmachten.²¹⁰ Der Versuch einiger Demonstranten, den Bauzaun zu zerstören und zu überwinden, um den Bauplatz zu besetzen, wurde von der Polizei verhindert. Hierzu setzte sie unter anderem auf berittene Polizeieinheiten, Hubschrauber, die Tränengaskörper abwarfen, Wasserwerfer, Reizgas und Rauchbomben.²¹¹

Am 3. Dezember 1976 entschloss sich die BUU zu einer weiteren Demonstration am Bauplatz, die im Februar 1977 stattfinden sollte. Allerdings fand die Mobilisierung zu dieser Demonstration unter stark veränderten Voraussetzungen statt. Am 17. Dezember 1976 hatte das Verwaltungsgericht Schleswig einen vorläufigen Baustopp verfügt,²¹² der am 9. Februar 1977 verlängert wurde.²¹³ In der BUU führte diese Entscheidung zu großer Unsicherheit über das weitere Vorgehen.²¹⁴ Unter den geänderten Umständen und einem starken Gegenwind aus Politik und Medien spaltete sich die BUU Ende Januar 1977 in zwei Flügel. Der eine stärker lokal geprägte Teil rief zu einer friedlichen Demonstration in Itzehoe auf. Der andere Teil, der stark von militanten Gruppen beeinflusst war, hielt hingegen an einer Demonstration am Bauplatz fest. Die Demonstration am Bauplatz wurde kurzfristig aufgrund der erwarteten gewaltsamen Ausschreitungen verboten.²¹⁵ Dennoch fanden am 19. Februar 1977 zeitgleich zwei

²⁰⁷ Vgl. Die Extremisten sehen sich als Speerspitze der Anti-Kernkraftbewegung, in: FAZ vom 01.04.1977, S. 4. Die FAZ bezieht sich hier auf den Verfassungsschutzbericht SH 1976. Die Polizei schätzte die Anzahl der Linksradiكالen auf nur 3-4000. Vgl. Kriminalpolizeidirektion West (Soko Brokdorf) Betr.: Ermittlungsverfahren gegen Unbekannt wegen Verdachts des Hausfriedensbruchs, Itzehoe 10.03.1977, 16 Js 43/77, Bl. 18, LASH, Abt. 352.2 Nr. 2275.

²⁰⁸ Vgl. Hillengaß, S. 28. Laut Hillengaß schwanken die Angaben zur Anzahl der Verletzten zwischen 200 und 550.

²⁰⁹ Vgl. Schwere Zusammenstöße in Brokdorf zwischen Polizei und Atomkraftgegnern, in: SZ vom 15.11.1976, S. 1.

²¹⁰ Vgl. Trautmann, S. 328.

²¹¹ Vgl. ebd., S. 327; *Jens Renner*: Der Bauplatz muss wieder zur Wiese werden. 1976-1986: Zehn Jahre Kampf gegen das AKW Brokdorf, in: Willi Baer, Karl-Heinz Dellwo (Hrsg.), Lieber heute aktiv als morgen radioaktiv I. Die AKW-Protestbewegung von Wyhl bis Brokdorf (Bibliothek des Widerstands, Bd. 18), Hamburg 2011, S. 87-118, S. 90.

²¹² Vgl. Renner, S. 93; BUU, Der Bauplatz muß wieder zur Wiese werden, S. 145. Trautmann zufolge wurde der Baustopp bereits am 15.12.1976 verfügt. Vgl. Trautmann, S. 328. Hierbei handelt es sich aber offenbar um einen Irrtum. Nur Pettenkofer spricht ebenfalls von diesem Datum, dabei bezieht er sich allerdings auf Trautmann. Vgl. Pettenkofer, S. 178.

²¹³ Vgl. Brokdorf-Chronik. Der siebenjährige Krieg, in: DIE ZEIT 7 vom 06.02.1981.

²¹⁴ Vgl. BUU, Der Bauplatz muß wieder zur Wiese werden, S. 146.

²¹⁵ Vgl. Pettenkofer, S. 179.

Demonstrationen statt: Eine legale mit etwa 20.000²¹⁶ Teilnehmern in Itzehoe und eine illegale mit etwa 30.000 Teilnehmern am Brokdorfer Bauplatz. Auch die Demonstration am Bauplatz verlief letztlich überwiegend friedlich.

4. Der KBW in Brokdorf – Vorgehen und Interaktion mit der Bewegung

4.1 Umsetzung und Ausweitung strategischer Militanz

Der KBW wird in der Forschung zumeist dem in Brokdorf entstehenden militanten Flügel der Anti-AKW-Bewegung zugeordnet.²¹⁷ Während andere in Brokdorf beteiligte ML-Organisationen sich über ihre Militanz definierten,²¹⁸ war der Begriff im Falle des KBW eine Fremdzuschreibung, die besonders von staatlichen Stellen oft im Hinblick auf eine mögliche Bedrohung des inneren Friedens verwendet wurde. Auch erweist sich die Bewertung der Rolle, die der KBW in den Brokdorfer Demonstrationen spielte, als höchst unterschiedlich. Während der KBW in Medienberichten und von der Polizei oft als gewalttätigste Gruppe in den Demonstrationen hervorgehoben wurde,²¹⁹ schreibt Steffen, der KBW habe sich wenn überhaupt nur sporadisch an den Auseinandersetzungen beteiligt.²²⁰ Im Verfassungsschutzbericht wird der KBW zwar grundsätzlich als militanteste und gewaltbereiteste Gruppe der Neuen Linken dargestellt, in Bezug auf Brokdorf wird hier allerdings ohne dies weiter zu werten darauf hingewiesen, KPD und KPD/ML hätten dem KBW „feiges und pazifistisches“²²¹ Verhalten vorgeworfen.

In Folge derartiger Beurteilungen unter anderem in einer der bisher wichtigsten Publikationen zu einer ML-Organisation erweist es sich als notwendig, einen Blick darauf zu werfen, inwieweit der KBW in Brokdorf überhaupt Gewalt angewendet hat und ob diese als Bestandteil einer auf Militanz basierenden Demonstrationsstrategie zu werten ist. Obwohl der Begriff der ‚Militanz‘ bezüglich radikaler Protestgruppen umgangssprachlich oft verwendet wird, mangelt es an klaren Definitionsversuchen. Dennoch lassen sich einige Überlegungen hinsichtlich des Charakters der Militanz radikaler Gruppen anstellen, um diese von einer grundsätzlichen Gewaltbereitschaft

²¹⁶ Vgl. Brokdorf-Chronik. Der siebenjährige Krieg, in: DIE ZEIT 7 vom 06.02.1981.

²¹⁷ Vgl. Pettenkofer, S. 175-206.

²¹⁸ KB und KPD/ML verwenden den Begriff der ‚Militanz‘ positiv. Vgl. beispielsweise: Wie geht es weiter mit der Anti-AKW-Bewegung?, in: AK 102 vom 04.04.1977, S. 3; Den „19. Februar“ vorbereiten!, in: AK 97 vom 24.01.1977, S. 6; Brokdorf im Kampf gegen Atomkraftwerke, in: RM 45 vom 06.11.1976, S. 1.

²¹⁹ Vgl. „Irgendwann mal Riesen-Putz mit Toten“, in: Der Spiegel 48 vom 21.11.1977, S. 118; Vor dem Polizei-Ring um Brokdorf aus Verlegenheit die Internationale, in: FAZ vom 21.02.1977, S. 3; Scharfe Manöverkritik der militanten Linken, in: FAZ vom 24.02.1977, S. 4; Dokumentation der Landespolizei Schleswig-Holstein (im Folgenden: Dokumentation der Landespolizei SH), Teil 2, Erfahrungsbericht, Oktober 1976 - Februar 1977, VS-NfD, Kiel o. J. [1977], S. 18, LASH, Abt. 621 Nr. 535.

²²⁰ Vgl. Steffen, S. 175.

²²¹ Verfassungsschutzbericht BRD 1976, S. 115. Hier heißt es, Anhänger des KBW seien an 60% der Gewaltaktionen der Neuen Linken beteiligt gewesen. Während KPD an 11% und die KPD/ML an nur 9% beteiligt waren.

abzugrenzen. Grob lässt sich Militanz im Zusammenhang mit Protestbewegungen folgendermaßen definieren: „Als militant werden die Angehörigen von politischen Gruppen [...] charakterisiert, die ihre politischen Meinungen und Ziele (angeblich) auf radikale Weise mit Gewaltaktionen gegen die bestehende Ordnung und mit gezielten Störmaßnahmen gegen (geplante) öffentliche Einrichtungen besonderes des Umwelt-, Militär- und Versorgungsbereichs durchzusetzen versuchen.“²²² Kretschmer sieht als wichtigstes Merkmal der Militanz die Absicht „den Gegner unmittelbar zu treffen und ihm Schaden zuzufügen.“²²³ Gewaltbereitschaft bildet dabei eine wichtige Voraussetzung militanter Aktionen. Es handelt sich bei militanten Aktionen um eine strategisch durchdachte und gezielt eingesetzte Gewalt. Wie der amerikanische Soziologe Harry Specht aufzeigt, bezwecken militante, anders als disruptive Aktionen nicht nur eine zeitweilige Beeinträchtigung, sondern sogar die Verletzung, Verwundung oder gar Zerstörung des Zielsystems.²²⁴ Bei diesen Ansätzen zeigt sich, dass hinter militanten Aktionen zumeist ein grundsätzlicheres Anliegen steht, als der jeweilige Protestgegenstand und dass hier vielmehr das bestehende System, die bestehende Ordnung angegriffen wird.

Laut Polizeibericht hatte der KBW bereits im Mai 1975 in der KVZ unter der Parole: „Verhindern, das ist unser Ziel, wenn's sein muß geht es wie in Wyhl“²²⁵ unter positivem Bezug auf die zeitgleich noch andauernde Bauplatzbesetzung in Wyhl, zu einer rechtswidrigen²²⁶ Besetzung des Bauplatzes in Brokdorf aufgerufen. Dieses Zitat lässt sich allerdings in der KVZ vom Mai 1975 nicht finden. Dennoch ist die Wahrscheinlichkeit, dass die Polizei in einem internen Bericht eine wortwörtliche Parole erfindet, gering. Es lässt sich eher davon ausgehen, dass die Polizei aus einer regionalen Beilage der KVZ zitiert, ohne dies weiter kenntlich zu machen.²²⁷ Diese Annahme ist auch deshalb naheliegend, weil der KBW tatsächlich bereits einen Monat früher, Anfang April 1975, allgemein in Bezug auf Konflikte um Kernenergieprojekte in sehr ähnlichem Wortlaut forderte „Wir müssen es so machen, wie die in Wyhl.“²²⁸ Entsprechend rief er indirekt bereits einen Monat früher als die Polizei annehm zu einer Besetzung in Brokdorf auf.

²²² *Gerhard Strauß*: s.v. militant, in: Gerhard Strauß, Ulrike Haß, Gisela Harras (Hrsg.), *Brisante Wörter von Agitation bis Zeitgeist. Ein Lexikon zum öffentlichen Sprachgebrauch* (Schriften des Instituts für deutsche Sprache, Bd. 2), Berlin 1989, S. 243-247, S. 243.

²²³ *Winfried Kretschmer*: Wackersdorf: Wiederaufbereitung im Widerstreit, in: Ulrich Linse, Reinhard Falter, Dieter Rucht, Winfried Kretschmer (Hrsg.), *Von der Bittschrift zur Platzbesetzung. Konflikte um technische Großprojekte*, Berlin/Bonn 1988, S. 165-218, S. 196.

²²⁴ Vgl. *Harry Specht*: Disruptive Taktiken in der Gemeinwesenarbeit, in: C. Wolfgang Müller, Peter Nimmermann (Hrsg.), *Stadtplanung und Gemeinwesenarbeit. Texte und Dokumente*, München 1971, S. 208-227, S. 219; vgl. dazu auch: *Thomas Balistier*: *Straßenprotest. Formen oppositioneller Politik in der Bundesrepublik Deutschland*, Münster 1996, S. 26.

²²⁵ Dokumentation der Landespolizei SH, Teil 1, Verlaufsbericht, Oktober 1976 - Februar 1977, VS-NfD, Kiel o. J. [1977], S. 26 f., LASH, Abt. 621 Nr. 534.

²²⁶ z.B. § 111 StGB Öffentliche Aufforderung zu Straftaten, § 113 StGB Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte, § 125 Landfriedensbruch, § 303 StGB Sachbeschädigung, Verstöße gegen das Versammlungsgesetz.

²²⁷ Es gibt aktuell keine vollständige Sammlung der Orts- und Bezirksbeilagen der KVZ, was eine eindeutige Überprüfung dieser These trotz diverser eingesehener Ausgaben nicht ermöglichte.

²²⁸ 15.000 demonstrieren in Kaiseraugst, in: KVZ 14 vom 10.04.1975.

Damit war der KBW die erste Organisation, die diese Aktionsform forderte, sogar vor der BUU, die sich zu diesem Zeitpunkt noch vorrangig mit legalen Aktionsformen wie Informationsveranstaltungen oder Straßentheater befasste und erst ab Juli 1975 zu einer Platzbesetzung aufrief.²²⁹

Am 3. Dezember 1975 errichtete der KBW in Hamburg etwa 30 Informationsstände, die darauf abzielten, die Bevölkerung in einer groß angelegten Breitenarbeit auf die Gefahren des geplanten Kernkraftwerks hinzuweisen.²³⁰ Damit hatte der KBW bereits sehr früh mit einer strategischen Informations- und Mobilisierungsarbeit in Hinblick auf den Baubeginn in Brokdorf begonnen. Auch lokal startete der KBW Aktionen, wie eine Informations- und Plakatierungsaktion in Wilster, die er am 7. August 1976, fast drei Monate vor der ersten Demonstration, durchführte.²³¹ Wie wichtig dem KBW die Verbreitung seiner Ideologie war zeigt sich zudem darin, dass er im Zeitraum der Demonstrationen diverse Veranstaltungen, Schulungen und Agitationszentren durchführte, in denen er die „Bewegung ideologisch festigen“²³² und den „imperialistischen Charakter des Energieprogramms enthüllen“²³³ wollte.

Bereits der ersten Demonstration in Brokdorf am 30. Oktober 1976, die noch nahezu ohne die Beteiligung von weiteren ML-Organisationen stattfand, waren im KBW eindeutig konkrete Planungen vorausgegangen, die auf eine Bauplatzbesetzung abzielten. Um die Besetzung bestmöglich umsetzen zu können, sollten die Mitglieder die notwendige Ausrüstung, insbesondere Ketten und Haken hierfür mitführen.²³⁴ Die Haken wurden dann in der Demonstration an Ketten über die Stacheldrahtverhaue der Bauplatzsicherung geworfen, um diese aus der Verankerung zu reißen.²³⁵ Auch Mittel gegen Tränengas wurden zentral organisiert.²³⁶ Am Gelände selbst wollte der KBW zwei Transparente aufstellen und so einen

²²⁹ Vgl. Zusammenfassender Bericht über den Ablauf der Demonstrationen gegen den beabsichtigten Bau eines Kernkraftwerkes in Brokdorf vom 10.12.1976, VS-NfD, Kiel 10.12.1976, S. 2, LASH, Abt. 621, Nr. 556.

²³⁰ Vgl. Kernkraftwerk Brokdorf: Bericht der Landespolizei Schleswig-Holstein über die Einsätze von Oktober 1976 bis Februar 1977, 2. Entwurf, VS-NfD, Bd. A, Teil 1, o. O. [Kiel] o. J. [1977], S. 39, LASH, Abt. 621 Nr. 642.

²³¹ Vgl. Vermerk der Polizeistation Wilster an die Polizeiinspektion Itzehoe zum Plakatieren für den KBW, Wilster 09.11.1977, 16 Js 71/77, Bl. 18, LASH, Abt. 352.2 Nr. 2280; Dokumentation der Landespolizei SH, Teil 1, Verlaufsbericht, Oktober 1976 - Februar 1977, VS-NfD, Kiel o. J. [1977], S. 30, LASH, Abt. 621 Nr. 534.

²³² Presseerklärung des ZK des KBW. Betr.: Erörterung des Verbots des KBW als kriminelle Vereinigung vom 21.03.1977, S.2, FU Berlin, APO-Archiv, 1.69, 773.

²³³ Ebd. Derartige Veranstaltungen fanden u.a. von den Zellen Itzehoe und Elmshorn organisiert zum Thema „Arbeiter und Bauern gemeinsam gegen Kernkraftwerke – Gegen Imperialismus und Reaktion“ am 04.11.1976 in Itzehoe und am 05.11.1976 in Elmshorn statt. Vgl. Flugblatt der KBW-Zellen Itzehoe und Elmshorn: Das KKW wird nicht gebaut!, o. O. [Itzehoe/Elmshorn] 03.11.1976, 16 Js 231/77, Bl. 3, LASH, Abt. 532.2 Nr. 2312.

²³⁴ Vgl. Einsatztagebuch „Brokdorf“ vom 25.10.1976-24.11.1976, 29.10.1976, 22:10 Uhr, LASH, Abt. 621 Nr. 532.

²³⁵ Vgl. Vermerk von Staatsanwalt Triskatis zu bei der Demonstration am 30. Oktober sichergestellten Gegenständen, Itzehoe 16.11.1976, 17 Js 610/76, Bl. 3, LASH, Abt. 352.2 Nr. 2478.

²³⁶ Vgl. Einsatztagebuch „Brokdorf“ vom 25.10.1976-24.11.1976, 29.10.1976, 22:10 Uhr, LASH, Abt. 621 Nr. 532.

Sammelpunkt einrichten.²³⁷ Auch eine Meldestelle für die Demonstrationsteilnehmer des KBW im nahegelegenen Itzehoe wurde eingerichtet.²³⁸

Der KBW ging entsprechend bereits mit der Erwartungshaltung in die erste Demonstration, dass es hier auf eine heftige Auseinandersetzung mit der Polizei hinauslaufen würde, gegen die es sich zu schützen galt. Allerdings gibt es keine Anzeichen dafür, dass es dem KBW zu diesem Zeitpunkt primär um eine ‚Schlacht‘ mit der Polizei gegangen wäre. Die Platzbesetzung stand als angestrebtes Ziel deutlich im Vordergrund. Pettenkofers Aussage, der KBW habe sich einem Besetzungsversuch gezielt entgegengestellt,²³⁹ ist damit zu widersprechen. Während des Besetzungsversuchs selbst stellte der KBW allerdings die taktische Überlegung an seine Leute abziehen, um einen neuen Versuch der Besetzung am darauffolgenden Wochenende zu unternehmen. Dies beruhte auf der Einschätzung, der Platz sei „von der Polizei zu einer „Falle“ gemacht worden.“²⁴⁰ Letztlich entschied sich der KBW jedoch gemeinsam mit der BUU auf dem Bauplatz zu übernachten.²⁴¹ Auf dem Platz führte der KBW eine Art „Sozialismusschulung“²⁴² durch. Ein Mitglied versuchte mit einem Megaphon, den Besetzern die Ideologie des KBW nahezubringen. Dies allerdings stieß auf keinen großen Erfolg und wurde bald wieder beendet. Dabei wurde dem KBW zufolge vom KBW die Meinung vertreten, dass eine Bauplatzbesetzung nicht weitgehend genug sei.²⁴³ Sie schaffe lediglich eine „befreite Zone im Kapitalismus“²⁴⁴. Damit wurde sie zwar als ein wichtiger Schritt im revolutionären Kampf, aber insgesamt nicht als Lösung des systemischen Problems gesehen.

Die Mitglieder des KBW waren folglich die einzigen aus einer ML-Organisation, die den massiven Polizeieinsatz bei der Räumung des Platzes in relativ großer Zahl persönlich vor Ort miterlebten und in der Folgezeit als negativen Erfahrungswert in die weitere Auseinandersetzung mitnahmen. In Folge der brutalen Auflösung des Besetzungsversuchs durch die Polizei traten weitere militante Akteure in das Demonstrationsgeschehen ein. Auch der KBW verstärkte seine Mobilisierung und Planung für die anstehende Demonstration am 13. November 1976. Dies zeigt sich an einer immensen Zunahme der Berichterstattung zum Thema in der KVZ. Ab jetzt wurden auch die Polizei und der Umgang mit ihr Thema in der Mobilisierungsarbeit.²⁴⁵

²³⁷ Vgl. ebd.

²³⁸ Vgl. ebd., 14:10 Uhr.

²³⁹ Vgl. Pettenkofer, S. 177.

²⁴⁰ Die Arbeiter und Bauern können den Bau des Kernkraftwerks in Brokdorf verhindern, in: KVZ 44 vom 04.11.1976, S. 4.

²⁴¹ Vgl. Zeitlicher Ablauf der Demonstration am 30.10.1976 anhand der bei der GEL eingegangenen Lagemeldung, Anlage 10b, in: Dokumentation der Landespolizei SH, Anlagenband, Oktober 1976 - Februar 1977, VS-NfD, Kiel o. J. [1977], S. 4, LASH, Abt. 621 Nr. 536.

²⁴² KBW, ade! ..., in: AK 92 vom 01.11.1976, S. 4; K und K, in: Der Spiegel 46 vom 08.11.1976, S. 49.

²⁴³ Vgl. KBW, ade! ..., in: AK 92 vom 01.11.1976, S. 4.

²⁴⁴ Ebd.

²⁴⁵ Während vor der ersten Brokdorf Demonstration am 30. Oktober 1976 nur sporadisch alle paar Wochen über Brokdorf berichtet wurde, nahm die Berichterstattung in Folge der ersten Demonstration zu und wurde zu einem der präsentesten

Bei der Demonstration am 13. November 1976, bei der es zu den größten gewaltsamen Ausschreitungen kommen sollte, plante der KBW in organisierten Fünfergruppen aufzutreten.²⁴⁶

In einem Aufruf zur Demonstration pries der KBW zudem für den Kampf sinnvolle „Waffen“ an. Entsprechend hieß es in dem Flugblatt:

„Daß man Stacheldraht am besten mit ‚Drahtscheren‘ und ‚Seitenschneidern‘ aufkriegt, und nicht mit der bloßen Hand, leuchtet ein. Daß ‚Zitronenextrakt‘ Schutz gegen chemisches Kampfgas der Polizei liefert, ist bekannt und daß man einen Polizeiköter eher ‚ätzende Flüssigkeit‘ ins Maul schüttet, als sich von ihm beißen zu lassen, ist auch vernünftig. – Alles Gerätschaften, die ziemlich notwendig sind, will man eine Bauplatzbesetzung durchführen.“²⁴⁷

Zudem traten die Mitglieder des KBW wie auch die der anderen ML-Organisationen, bei der Demonstration ver mummt auf,²⁴⁸ was eine vorherige Planung und Koordination voraussetzte.

Örtlich plante der KBW, wie aus polizeilichen Aufklärungsergebnissen hervorgeht, sich an der Südostseite des Bauplatzes zu positionieren, da hier die Baumaschinen standen.²⁴⁹ Diesen Plan setzte er, wie aus der Nachberichterstattung des KB hervorgeht, in der Demonstration auch um.²⁵⁰

Neben dem KBW hielten sich hier auch Gruppen der KPD/ML auf. Die Rolle des KBW an diesem Abschnitt gewann im Verlauf der Demonstration dadurch weiter an Bedeutung, dass die KPD/ML ihre Gruppen reorganisierte und teilweise an anderer Stelle einsetzte.²⁵¹ Hier, an der Südostseite, kam es dem Polizeibericht zufolge zur größten und gewaltsamsten Ausschreitung.²⁵² Dem Polizeibericht ist diesbezüglich zu entnehmen, dass „der Südabschnitt (K41) und der Ostabschnitt

Themen in der KVZ, über das jede Woche berichtet wurde. Auch im Vorbericht zur ersten Demonstration spielte die Polizei zwar eine Rolle, allerdings nur indem ihre Stationierung auf dem Bauplatz kritisiert wurde. Vgl. Die Volksmassen lassen sich nicht im Blitzkrieg besiegen! Militärische Durchsetzung des Baubeginns für das Kernkraftwerk in Brokdorf eingeleitet, in: KVZ 43 vom 28.10.1976, S. 1. Erst nach der ersten Demonstration wurde sich vertieft mit der Polizei auseinandergesetzt. Zur Auseinandersetzung des KBW mit der Polizei siehe Kapitel 5.1.

²⁴⁶ Vgl. Einsatztagebuch „Brokdorf“ vom 25.10.1976-24.11.1976, 12.11.1976, 11:16 Uhr, LASH, Abt. 621 Nr. 532.

²⁴⁷ KBW Flugblatt, Brokdorf: Die Landesregierung kommt nicht durch, Aufruf zur Demo am 13.11.1976, Kiel o. J. [1977], FU Berlin, APO-Archiv, 1.69, 705.

²⁴⁸ Die Vermummung der Demonstranten aus den ML-Organisationen wurde von der Polizei als Neuheit aufgezeigt. „Neu in diesem Zusammenhang ist auch die Verkleidung der militanten Demonstranten und die Bemalung der Gesichter. Diese Verkleidung ging über den Schutzzweck hinaus und diente offensichtlich dazu, sich zu tarnen und die spätere Identifikation durch Beweis- und Dokumentarfotos der Polizei unmöglich zu machen. Halstücher und Schals, die das Gesicht halb oder ganz verdecken, Gasmasken, Tränengasschutzbrillen, Salben und Medikamente vervollständigten die Ausrüstung der Demonstranten.“ Dokumentation der Landespolizei SH, Teil 2, Erfahrungsbericht, Oktober 1976 - Februar 1977, VS-NfD, Kiel o. J. [1977], S. 16, LASH, Abt. 621 Nr. 535. Vgl. dazu auch: Protokoll der Zeugenvernehmung zum Einsatz am 13.11.1976 durch Staatsanwalt Triskatis, Itzehoe 22.02.1977, 16 Js 15/77, Bl. 12, LASH, Abt. 352.2 Nr. 2255. Damit führten die ML-Organisationen hier eine Protestform ein, die wenig später von den zu diesem Zeitpunkt noch im Entstehen begriffenen Autonomen übernommen wurde und die besonders mit dem sogenannten ‚Schwarzen Block‘ assoziiert wird, zu dem erstmalig am 1. Mai 1980 aufgerufen wurde.

²⁴⁹ Vgl. Einsatztagebuch „Brokdorf“ vom 25.10.1976-24.11.1976, 12.11.1976, 11:16 Uhr, LASH, Abt. 621 Nr. 532.

²⁵⁰ Vgl. Brokdorf: der Polizeistaat in Aktion, in: AK 93 vom 15.11.1976, S. 2.

²⁵¹ Vgl. Ebd.

²⁵² Vgl. Dokumentation der Landespolizei SH, Teil 1, Verlaufsbericht, Oktober 1976 - Februar 1977, VS-NfD, Kiel o. J. [1977], S. 56, LASH, Abt. 621 Nr. 534.

(Verbindungsstraße)²⁵³ die „Schwerpunkte dieser Angriffe bildeten“²⁵⁴. An diesen Stellen musste sogar für Nachschub an Polizeikräften gesorgt werden. „Die Reserven waren fast ununterbrochen zur Unterstützung der Kräfte im Ost- und Südabschnitt eingesetzt. Kräfte des Nord- und Westabschnittes wurden phasenweise bis auf einen Zug abgezogen und ebenfalls an den Brennpunkten mit eingesetzt.“²⁵⁵ Bringt man entsprechend die Aussagen aus dem Polizeibericht mit denen aus dem Bericht des KBW zusammen, erweist sich, dass der KBW hier am Ort der gewaltsamsten Auseinandersetzungen des Brokdorfkonflikts maßgeblich beteiligt war.

Der KBW hatte sich damit allerdings auch den am besten gesicherten Abschnitt des Bauplatzes für seinen Kampf ausgesucht, an dem ein erfolgreicher Besetzungsversuch am unwahrscheinlichsten war.²⁵⁶ Dieses Vorgehen spricht dafür, dass eine erfolgreiche Besetzung des Bauplatzes nicht das alleinige Ziel des KBW darstellte, sondern es von jetzt an auch stark um den Akt des Kampfes gegen die Polizei zur Einnahme der ‚Festung Brokdorf‘ ging.²⁵⁷ Dabei erfuhr der Bauplatz eine starke symbolische Bedeutungsladung. Er stand nicht nur für das Atomkraftwerk, sondern symbolisierte das hermetisch abgeriegelte Staatssystem, das durch die Polizei gegen die Bürger und ihre Interessen verteidigt wurde. Der Angriff auf den Bauzaun wurde damit zum Angriff gegen Staat und Finanzbourgeoisie. Eine erfolgreiche Eroberung der ‚Festung Brokdorf‘ wäre zu einer sinnbildlichen Revolution der Volksmassen innerhalb des Protestfeldes Atomkraft geworden.

Bei den in diesem Abschnitt stattfindenden Kämpfen kam es zu gezielten Angriffen auf den Bauzaun sowie auf Polizeibeamte, die zum Schutz auf dem Bauplatzgelände eingesetzt waren.²⁵⁸

Polizisten sprechen in diesbezüglichen Schilderungen von einem regelrechten Hagel von Wurfgeschossen, die auf sie niederprasselten.²⁵⁹ Besonders der KBW habe hier die offene Auseinandersetzung mit der Polizei gesucht.²⁶⁰ Neben aktiven Kampfhandlungen übernahm der KBW im Demonstrationsverlauf auch organisatorische Aufgaben, indem Mitglieder per Megaphon Anweisungen gaben, Erfolge verkündeten und in Absprache mit Bürgerinitiativen und KPD/ML den Zeitpunkt des organisierten Rückzugs bestimmten.²⁶¹ Die hier agierenden Mitglieder der KPD/ML

²⁵³ Ebd.

²⁵⁴ Ebd.

²⁵⁵ Ebd. S. 57.

²⁵⁶ Vgl. Brokdorf: Der Polizeistaat in Aktion, in: AK 93 vom 15.11.1976, S. 2.

²⁵⁷ Dies wird auch vom einem Polizeihauptkommissar bestätigt, der aussagte, dass die hier „stehenden Demonstranten die Konfrontation mit der Polizei suchten. Die dort versammelten Personen haben in ganz erheblichem Umfang Gewalttätigkeiten gegen Personen und Sachen begangen.“ Vermerk zum Einsatz der 5. Hundertschaft, Eutin 13.01.1977, 16 Js 607/76, Bl. 8, LASH, Abt. 352.2 Nr. 2163.

²⁵⁸ Vgl. Vermerk zum Einsatz der 5. Hundertschaft, Eutin 13.01.1977, 16 Js 607/76, Bl. 7, LASH, Abt. 352.2 Nr. 2163.

²⁵⁹ Hierzu befinden sich in den staatsanwaltschaftlichen Ermittlungsakten zu den Demonstrationen diverse Aussagen von Polizeibeamten. Vgl. beispielsweise: Strafanzeige gegen Unbekannt wegen Körperverletzung, Itzehoe 16.12.1976, 16 Js 781/76, Bl. 1, LASH, Abt. 352.2 Nr. 2242; Vermerk zum Einsatz der 5. Hundertschaft, Eutin 13.01.1977, 16 Js 607/76, Bl. 7, LASH, Abt. 352.2 Nr. 2163.

²⁶⁰ Vgl. Dokumentation der Landespolizei SH, Teil 2, Erfahrungsbericht, Oktober 1976 - Februar 1977, VS-NfD, Kiel o. J. [1977], S. 18, LASH, Abt. 621 Nr. 535.

²⁶¹ Vgl. Brokdorf: Der Polizeistaat in Aktion, in: AK 93 vom 15.11.1976, S. 3; Volksgewalt gegen Staatsgewalt – kein

leisteten der Führung des KBW Folge.²⁶² Der KB berichtet, dass nach Abzug des KBW auch die anderen Demonstranten nach und nach den Demonstrationsort verließen, da ihnen nun die Sinnlosigkeit eines Besetzungsversuchs klargeworden sei.²⁶³ Der KBW selbst schildert die Situation anders. Er beschreibt, wie ihm die Masse in einem regelrechten Demonstrationzug gefolgt sei.²⁶⁴ Unabhängig davon, welche der beiden Interpretationen des Geschehens hier zutreffender ist, zeigen beide auf, dass der KBW eine dominante Rolle in der Auseinandersetzung einnahm und viele andere gewaltbereite Demonstrationsteilnehmer weitere ‚Kampftätigkeiten‘ ohne den KBW nicht mehr für erfolgversprechend erachteten.

Zur Vorbereitung der dritten Demonstration am 19. Februar 1977 druckte die KVZ einen detaillierten Plan des Bauplatzes und dessen Befestigung an den verschiedenen Seiten ab.²⁶⁵ Derartige Pläne, die von mehreren ML-Organisationen produziert wurden, beruhten auf einer intensiven Aufklärungsarbeit im Vorfeld der Demonstrationen am Bauplatzgelände.²⁶⁶ Ein solches Vorgehen lässt sich auch für den KBW bestätigen. Staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen zufolge hatte am 16. Januar 1977 um 15.00 Uhr eine Gruppe von AKW-Gegnern ein Polizeiauto an der Weiterfahrt behindert. Bei dieser Gruppe „handelte es sich um Demonstranten, die sich für eine geplante Demonstration gegen den Bau des KKW Brokdorf am 19.02.1977 an der Baustelle über die Örtlichkeiten informieren wollten.“²⁶⁷ Aus dieser Gruppe wurden zwei Personen eindeutig als Mitglieder des KBW identifiziert.²⁶⁸

Der Bauplatz konnte am 19. Februar 1977 nicht besetzt werden. Es war auch gar nicht erst zu dem Versuch gekommen. Die Demonstrationsleitung hatte sich entschieden, eine Konfrontation mit der Polizei zu umgehen und bereits vor der ersten größeren Polizeiabsperrung die Abschlusskundgebung stattfinden zu lassen. KB und KPD, die wichtige Positionen in der Demonstrationsleitung innehatten, bildeten Ordnerketten zwischen Mitgliedern des KBW und der

Kernkraftwerk in Brokdorf!, in: KVZ Bezirksbeilage Hamburg-Untereibe 46 vom 18.11.1976, S. 1. Der KBW schreibt diesbezüglich, er habe den organisierten Abzug eingeleitet, „[...] um die weiteren Aktionen genauso organisiert vorzubereiten.“ Die Einheit festigt sich im langandauernden Kampf, in: KVZ 46 vom 18.11.1976, S. 2. Der KBW sieht sich hier entsprechend in der alleinig führenden Position.

²⁶² Vgl. Brokdorf: Der Polizeistaat in Aktion, in: AK 93 vom 15.11.1976, S. 3.

²⁶³ Vgl. Ebd.

²⁶⁴ Vgl. Die Einheit festigt sich im langandauernden Kampf, in: KVZ 46 vom 18.11.1976, S. 2.

²⁶⁵ Vgl. Abbildung: Lageplan des Bauplatzes, in: KVZ 6 vom 10.02.1977, S. 9.

²⁶⁶ Die intensive Aufklärungsarbeit der ML-Organisationen im Vorfeld der Demonstrationen wurde von der Polizei beobachtet. Die „Aufklärer der K-Gruppen seien mit hochwertigem Film- und Fotogerät ausgestattet gewesen und hätten sich teilweise als Vertreter von Presseagenturen ausgegeben. Vgl. Dokumentation der Landespolizei SH, Teil 2, Erfahrungsbericht, Oktober 1976 - Februar 1977, VS-NfD, Kiel o. J. [1977], S. 17, LASH, Abt. 621 Nr. 535.

²⁶⁷ Strafanzeige gegen Unbekannt, Erfassung des Tatbestands, Neumünster 19.01.1977, 16 Js 248/77, Bl. 1, LASH, Abt. 352.2 Nr. 2320.

²⁶⁸ Vgl. Der Innenminister des Landes Schleswig-Holstein an die Staatsanwaltschaft Itzehoe, Betr.: Ermittlungsverfahren z.N. der Landespolizei Schleswig-Holstein, bezügl. 2 Lichtbilder, Kiel 24.05.1977, 16 Js 248/77, Handakte, LASH, Abt. 352.2 Nr. 2320.

Polizei, um die nachfolgenden Demonstranten vom Sturm auf den Bauplatz abzuhalten.²⁶⁹ Der KBW widersetzte sich dem Entschluss der Demonstrationsleitung und versuchte unter lautstarkem Rufen von Parolen, die vorderen Demonstrationsteile in die Polizeiabsperrung zu drängen.²⁷⁰ Die KPD kritisierte, der KBW sei mit einem Lautsprecherwagen in die Demonstration hineingefahren und habe verkündet „ohne den KBW gehe eben nichts und mit ihm gehe alles.“²⁷¹ Zudem riefen einige Mitglieder des KBW mit Megaphonen zum „Sturm“ auf den Bauplatz auf.²⁷² Damit war der KBW die einzige Gruppe, die auch jetzt noch aktiv an dem Ziel der Platzbesetzung festhielt und versuchte, weitere Teile der Demonstration zum „Sturm“ zu animieren. Seine Aufrufe fanden jedoch keine nennenswerte Resonanz. Das Bemühen des KBW, eine größere Militanz in der Demonstration zu fördern, scheiterte.²⁷³

Bei der Planung der Aktionen insgesamt spielte die strukturstarke hierarchische Organisation des KBW eine wichtige Rolle. Die Anti-AKW-Bewegung zeichnete sich durch basisdemokratische und antiinstitutionelle Grundsätze aus. Dazu kamen Ad-hoc Mobilisierungen und eine hohe Beteiligung unorganisierter Demonstranten.²⁷⁴ Auch die BUU basierte auf einer eher diffusen Organisationsstruktur.²⁷⁵ Entsprechend waren zentrale Aktionsplanungen nur schwer umsetzbar. Der KBW konnte aufgrund seiner viel stärkeren internen Strukturen, die die Kommunikation und zentral gesteuerte Vorbereitungen erleichterten, trotz geringerer Teilnehmerzahlen leicht eine wichtige Position im Protest einnehmen.

Ein ehemaliger Funktionär des KBW berichtet in einem Interview mit dem Spiegel dezidiert, dass die strategischen Entscheidungen über das Vorgehen des KBW in Brokdorf an oberster Stelle im ZK gefällt wurden. Die beiden einflussreichsten Führungskader, Joscha Schmierer sowie Martin Fochler, der als der Militärfachmann im KBW galt, setzten auf eine gewaltsame Eroberung des Bauplatzes.²⁷⁶ Um diese bestmöglich durchsetzen zu können hatte Fochler einen konkreten „Schlachtplan“ entworfen. Im Interview heißt, es Fochler habe auf die Formierung von acht „Stoßtrupps“, die den „Sturm“ auf den Bauplatz leiten sollten, gesetzt.²⁷⁷ Aus dem Interview geht nicht klar hervor, um welche Demonstration es sich bei der Schilderung handelt. Koenen bestätigt

²⁶⁹ Vgl. „Die Festung kann geknackt werden“ Militante Linke rühmt sich ihrer Erfolge in Grohnde, in: FAZ vom 24.03.1977, S. 4. An den Ordnerketten waren auch Vertreter der Hamburger Spontis beteiligt, die sich hier ebenfalls gegen einen gewaltsamen Demonstrationsverlauf stellten. Vgl. Pettenkofer, S. 192.

²⁷⁰ Vgl. Renner, S. 100.

²⁷¹ KBW-Taktik in Brokdorf: Demobilisieren, Zersplittern, Spalten, in: RF 8 vom 23.02.1977, S. 4.

²⁷² Vgl. Renner, S. 100.

²⁷³ Vgl. Pettenkofer, S. 192.

²⁷⁴ Vgl. *Karl-Werner Brand: Neue soziale Bewegungen. Entstehung, Funktion und Perspektive neuer Protestpotentiale. Eine Zwischenbilanz*, Opladen 1982, S. 186; Steffen, S. 194.

²⁷⁵ Vgl. Eine neue Schlacht um Brokdorf führen die Chaoten allein, in: FAZ vom 10.02.1977, S. 3.

²⁷⁶ Vgl. „Irgendwann mal Riesen-Putz mit Toten“, in: Der Spiegel 48 vom 21.11.1977, S. 115 f.

²⁷⁷ Vgl. ebd., S. 116.

eine „stabsmäßig geplante Strategie“²⁷⁸ und den Einsatz „beweglicher KBW-Truppen motorisiert und per pedes“²⁷⁹ unter der Führung von Fochler spätestens für die dritte Demonstration. Für die Koordination der Gruppen im Aktionsverlauf kamen Walkie-Talkies zum Einsatz.²⁸⁰ Die KPD hingegen schreibt, der KBW habe sich bereits in den früheren Demonstrationen auf seine „besonderen Fochlerschen Fähigkeiten“²⁸¹ berufen. Dafür spricht, dass der KBW bereits im November mit Stoßtrupps gearbeitet hatte. Dieses eigenständige Vorgehen wurde von der KPD als Aufbrechen der Aktionseinheit scharf kritisiert.²⁸² Die zentrale Organisationsplanung im ZK des KBW unterstreicht, dass den Protesten in Brokdorf organisationsintern eine wichtige über den norddeutschen Raum hinausgehende Bedeutung beigemessen wurde.

Die Planung des ZK wurde per Rundbrief an die Ortsleitungen weitergegeben, die aufgrund besseren Wissens über mobilisierbare Ressourcen an Fachleuten und die damit einhergehende Möglichkeit, „Waffen“ zu besorgen, mit der detaillierteren Koordination des Protests betraut wurden. 100 bis 150 Chemiker, Schlosser und Elektriker seien im KBW gewesen, einige hätten sogar Werkstattplätze zur Verfügung gehabt, die für die Herstellung der Ausrüstung genutzt werden konnten. Die regionalen Zellenleiter ordneten konkret an, wer welche Ausrüstungsgegenstände und „Waffen“ mitzubringen hatte.²⁸³

Der KBW agierte in Brokdorf stark militant. Er setzte Gewalt sowohl gegen Sachen als auch gegen Menschen ein. Der Gewalteininsatz in den Demonstrationen war vom KBW im Voraus intensiv und detailliert vorbereitet worden und basierte auf einer ideologischen Ebene mit klaren politischen Zielen, die er in seiner Mobilisierungsarbeit, bei Veranstaltungen und sogar bei den Demonstrationen selbst zu verbreiten versuchte. Die Gewalt entstand folglich nicht vorrangig situativ spontan.²⁸⁴ Aggressionen und Wut waren wie auch bei den anderen Protestteilnehmern besonders durch den als ungerecht empfundenen harten Polizeieinsatz zur Auflösung der Platzbesetzung am 30. Oktober 1976 gefördert worden und wirkten sich direkt auf die Intensivierung der Planung und Durchführung der folgenden Demonstrationen aus. Damit hatte die vom KBW ausgeübte Gewalt auch deutlich expressive Anteile in ihrem Ursprung und ihrer

²⁷⁸ Koenen, S. 417.

²⁷⁹ Ebd.

²⁸⁰ Vgl. „Irgendwann mal Riesen-Putz mit Toten“, in: Der Spiegel 48 vom 21.11.1977, S. 116.

²⁸¹ KBW-Taktik in Brokdorf: Demobilisieren, Zersplittern, Spalten, in: RF 8 vom 23.02.1977, S. 4.

²⁸² Vgl. ebd.

²⁸³ Vgl. „Irgendwann mal Riesen-Putz mit Toten“, in: Der Spiegel 48 vom 21.11.1977, S. 116.

²⁸⁴ Eine ausschließliche Kategorisierung der Gewalt als instrumentelle, zweckorientiert eingesetzte Gewalt, wie sie in der Bewegungsforschung oft von der expressiven, auf Emotionen basierenden Gewalt unterschieden wird, ist nicht klar durchführbar. Vgl. *Ingrid Gilcher-Holtey*: Transformation durch Subversion? Die neue Linke und die Gewaltfrage, in: *Freia Anders, Ingrid Gilcher-Holtey* (Hrsg.), Herausforderungen des staatlichen Gewaltmonopols. Recht und politisch motivierte Gewalt am Ende des 20. Jahrhunderts (Historische Politikforschung, Bd. 3), Frankfurt am Main 2006, S. 198-220, S. 207; vgl. dazu auch: *Hans-Dieter Schwind* u.a.: Endgutachten, in: ders., u.a. (Hrsg.), Ursachen, Prävention und Kontrolle von Gewalt. Analysen und Vorschläge der Unabhängigen Regierungskommission zur Verhinderung und Bekämpfung von Gewalt (Gewaltkommission), Bd. 1, Endgutachten und Zwischengutachten der Arbeitsgruppen, Berlin 1990, S. 1-237, S. 115.

Ausweitung und verfügte damit spätestens ab der zweiten Demonstration auch über eine starke emotionale Basis.

4.2 Motive für den Protest und die Legitimation der Gewaltanwendung in Brokdorf

Gewaltanwendung bedarf der Legitimation. Der Mensch begeht nur dann Gewalttaten, „wenn er sie mit gewichtigen Gründen vor sich selbst rechtfertigen kann.“²⁸⁵ Der Politikwissenschaftler David Apter betont, dass politische Gewalt nie ohne Diskurs stattfindet. Diejenigen, die sie verüben „need to talk themselves into it.“²⁸⁶ Der Täter selbst muss die Gewalt als legitim empfinden, da ansonsten die Schwelle zur Gewaltanwendung nur schwer zu überschreiten ist. Entsprechend muss politisch motivierte Gewalt ein Mittel zum Zweck sein und dazu dienen, ein bestimmtes Ziel zu erreichen. In diesem Sinne stellt sich auch in Bezug auf die Anwendung gewaltsamer Proteststrategien des KBW in Brokdorf die Frage, wie die Gewalt gerechtfertigt wurde und welchem Zweck sie dienen sollte. An wen richtete sich der KBW? Wen sah er als mobilisierbar an? Für wen und gegen wen kämpfte er in Brokdorf und warum wurde Gewalt als das richtige Mittel zur Durchsetzung der politischen Ziele angesehen?

Der KBW hatte sich in Bezug auf das Thema Kernkraft seit dem Protest in Wyhl ideologisch weiterentwickelt und ein klassenkämpferisches Argumentationskonzept entwickelt, auf das er sein Engagement stützte. Die starke Korrelation politischer Interessen auf Bundes- und Landesebene und wirtschaftlicher Interessen der NWK am Ausbau der Atomenergie bot einen idealen Ansatzpunkt, um den Brokdorfer Protest mit linker Kapitalismuskritik zu verbinden.

Als Hauptgrund für sein Engagement gegen das Brokdorfer Kernkraftwerk propagierte der KBW die Ablehnung des von ihm als grundsätzlich imperialistisch angesehenen Atomenergieprogramms der Bundesregierung. Wie zentral das Argument des Imperialismus für den KBW war, zeigt sich auch am Titel der im Dezember 1976 von der Regionalleitung Nord herausgegebenen und wichtigsten Broschüre des KBW zu den Brokdorfer Protesten „Nieder mit Imperialismus und Reaktion. Kein Kernkraftwerk in Brokdorf“²⁸⁷. Hierin fasste der KBW seinen

²⁸⁵ *Nasr Hamid Abu Zaid*: Die Legitimation von Gewalt, in: Jochen Hippler: Krieg, Repression, Terrorismus. Politische Gewalt und Zivilisation in westlichen und muslimischen Gesellschaften, Regensburg 2006, S. 139-154, S. 139.

²⁸⁶ *David E. Apter*: Political Violence in Analytical Perspective, in: ders. (Hrsg.), The Legitimization of Violence, London 1997, S. 2.

²⁸⁷ Regionalleitung für Norddeutschland und Westberlin des Kommunistischen Bundes Westdeutschland: Nieder mit Imperialismus und Reaktion, Hannover Dezember 1976. Die Broschüre war in allen im Rahmen der Arbeit besuchten Archiven verfügbar. Dies spricht dafür, dass sie vielfach für aufbewahrenswert befunden wurde. Zudem hat der KBW im Rahmen der Brokdorfer Proteste nur zwei Broschüren veröffentlicht. Eine davon deutlich vor den Demonstrationen. Vgl. Sympathisantengruppen des KBW Elmshorn und Itzehoe: Kein Kernkraftwerk in Brokdorf!, o. O. [Elmshorn/Itzehoe] April 1976. Auch auf Plakaten mobilisierte der KBW unter diesem Motto, was dessen Signifikanz zusätzlich unterstreicht. Vgl. Plakat des KBW: Nieder mit Imperialismus und Reaktion. Demonstration am Sa. 13. 11., o. O. o. J. [1976], Archiv im Hamburger Institut für Sozialforschung (im Folgenden: HIS), SBe 731, P2 Atomkraftwerke A-E 03.

ideologischen Standpunkt zum Protest und warum er es für notwendig erachtete, gegen das Kernkraftwerk zu kämpfen, zusammen. Aber auch in den anderen Publikationen des KBW spielte der Imperialismusvorwurf eine erstrangige Rolle.

Es gehe der Regierung in Brokdorf keineswegs, wie oft betont, um die Schaffung von Arbeitsplätzen in einer strukturschwachen Gegend, sondern ausschließlich um die Erwirtschaftung des notwendigen Profits, um die „Ausgangsbasis im Kampf um die Herrschaft in der Welt zu verstärken.“²⁸⁸ Die Vorwürfe von Profitstreben und Imperialismus waren in der Argumentation des KBW eng miteinander verknüpft. So heißt es: „Die bürgerliche Klasse läßt nicht locker, sie muß ihr Energieprogramm durchsetzen, wenn sie ihre Profite gegen die imperialistische Konkurrenz verteidigen will und sich auf unvermeidliche kriegerische Auseinandersetzungen vorbereiten will.“²⁸⁹ Der KBW setzt damit die staatliche Förderung der Kernkraft in direkten Zusammenhang mit angeblichen Kriegsvorbereitungen. Dabei wurde allerdings das besonders vom KB in diesem Zusammenhang vielfach angebrachte Argument der prinzipiell auch militärischen Nutzbarkeit der Kernkraftwerke zur Produktion von spaltbarem Material für die Herstellung von Atomwaffen²⁹⁰ vom KBW nicht herangezogen, sondern der alleinige Zweck im Profitstreben durch die Erzeugung billigen Stroms gesehen. Laut KBW sollte durch billigen Strom dem Zusammenschluss der ölproduzierenden Länder der „Dritten Welt“ begegnet werden.²⁹¹ Dabei spielte die erste Ölpreiskrise 1973 eine zentrale Rolle, durch die die Abhängigkeit der Industriestaaten von fossiler Energie offensichtlich geworden war. Die Bundesrepublik Deutschland habe sich entsprechend von Abhängigkeiten bezüglich der Ressource Öl befreien wollen.²⁹² Die Unterelbregion biete aufgrund der Nähe zum Meer besonders gute Bedingungen, da sich die Kapitalisten Transporte sparen und den Müll direkt in die Elbe entsorgen könnten.²⁹³ Als die Hauptleidtragenden unter dem Brokdorfer Kernkraftwerk identifizierte der KBW die Arbeiter und Bauern der Region. Damit gelang es ihm, sich in seiner Argumentation zunächst offiziell von den 1976 wegbrechenden studentischen Mitgliedern zu distanzieren. Weder Schüler noch Studenten wurden in der anfänglichen Mobilisierungsphase angesprochen. Stattdessen vollzog der KBW in Brokdorf einen klaren Rückbezug zur revolutionären Basis der Gesellschaft. Entsprechend hieß es bezüglich der ersten Demonstration im Oktober 1976 in der KVZ: „Die

²⁸⁸ Energieprogramm – im Interesse der Arbeiter?, in: KVZ 47 vom 25.11.1976, S. 2; Militärische Durchsetzung des Baubeginns für das Kernkraftwerk Brokdorf eingeleitet, in: KVZ 43 vom 28.10.1976, S. 1.

²⁸⁹ Demonstration am 19.2. in BROKDORF von 80 Initiativen bekräftigt! in: KVZ Extra Wilster vom Februar 1977, S. 2.

²⁹⁰ Vgl. Steffen, S. 177.

²⁹¹ Vgl. Die Einheit festigt sich im langandauernden Kampf, in: KVZ 46 vom 18.11.1976, S. 1.

²⁹² Vgl. Regionalleitung für Norddeutschland und Westberlin des Kommunistischen Bundes Westdeutschland: Nieder mit Imperialismus und Reaktion, Hannover Dezember 1976, S. 21.

²⁹³ Vgl. Die Arbeiter und Bauern können den Bau des Kernkraftwerks in Brokdorf verhindern, in: KVZ 44 vom 04.11.1976, S. 4.

Arbeiter und Bauern können den Bau des Kernkraftwerks in Brokdorf verhindern²⁹⁴. Gezielt sprach der KBW diese beiden Gruppen an, indem er aufzeigte, welche negativen Auswirkungen der Bau des Kernkraftwerks für sie haben werde.

Dabei wies der KBW darauf hin, dass der Bau des Kernkraftwerks den beschleunigten Ruin der Bauern, der ohnehin als „unvermeidliches Ergebnis der gesetzmäßigen Entwicklung des Kapitalismus“²⁹⁵ gesehen wurde, zur Folge haben werde. In der Wilstermarsch sei die Lage der Bauern besonders problematisch, da hier die Milchwirtschaft vorherrschend sei. Eine radioaktive Verseuchung der Milch werde die Viehwirtschaft ruinieren und zum Übergang auf Getreidebau zwingen. Um die Lage als besonders dramatisch darzustellen, wies der KBW darauf hin, dass ein derartiger Produktionswechsel vier von fünf Bauern die Existenz kosten werde.²⁹⁶ Gleichzeitig werde das Atomkraftwerk aber auch die gesamte Basis der Landwirtschaft in Gefahr bringen, da die Qualität von Luft, Wasser und Boden durch die radioaktive Strahlung bedroht sei.²⁹⁷ Damit war auch ein ökologischer Aspekt Teil der Argumentation des KBW. Allerdings wurde er nicht als für sich stehendes Argument gesehen, sondern war nur in direktem Bezug zur Ruinierung der ortsansässigen Bauern von Relevanz.²⁹⁸

In Folge ihres Ruins bildeten die Bauern einen Teil der „industriellen Reservearmee des Kapitals“²⁹⁹ und seien gezwungen, als billige Arbeiter in die Fabriken zu gehen und sich dort von den Kapitalisten ausbeuten zu lassen.³⁰⁰

Um die Arbeiter als zweite wichtige Zielgruppe der Mobilisierung und deren Arbeitsplätze war es laut KBW nicht besser bestellt. Die Arbeiter seien stark davon betroffen, dass die Produktion billigen Stroms zu einer vermehrten Anwendung von Maschinen in den Fabriken führe. Im Kapitalismus bewirke dies eine Vernichtung von Arbeitsplätzen und folglich Entlassungen. Gleichzeitig käme es zu einer verstärkten Ausbeutung derjenigen, die ihren Arbeitsplatz behielten.³⁰¹ Damit würden die Arbeiter nicht etwa von dem durch billigen Strom versprochenen wirtschaftlichen Wachstum profitieren, sondern dieser diene ausschließlich der Steigerung der Profitrate der Kapitalisten. Obwohl Arbeiter und Bauern in der Argumentation des KBW meist

²⁹⁴ Ebd.

²⁹⁵ Militärische Durchsetzung des Baubeginns für das Kernkraftwerk Brokdorf eingeleitet, in: KVZ 43 vom 28.10.1976, S. 1.

²⁹⁶ Vgl. Regionalleitung für Norddeutschland und Westberlin des Kommunistischen Bundes Westdeutschland: Nieder mit Imperialismus und Reaktion, Hannover Dezember 1976, S. 41. Bezüglich der genauen Zahlen widerspricht sich der KBW selbst. In der KVZ vom 28.10.1976 spricht der KBW davon, dass nur einer von fünf Bauern der Region überleben werde. Vgl. Militärische Durchsetzung des Baubeginns für das Kernkraftwerk Brokdorf eingeleitet, in: KVZ 43 vom 28.10.1976, S. 1. In der KVZ vom 04.11.1976 heißt es, das Kernkraftwerk werde einem von fünf Bauern die Existenz kosten. Vgl. Die Arbeiter und Bauern können den Bau des Kernkraftwerks in Brokdorf verhindern, in: KVZ 44 vom 04.11.1976, S. 4.

²⁹⁷ Vgl. Militärische Durchsetzung des Baubeginns für das Kernkraftwerk Brokdorf eingeleitet, in: KVZ 43 vom 28.10.1976, S. 1.

²⁹⁸ Vgl. Heftiger Kampf der Volksmassen gegen geplante Atom Müllanlage, in: KVZ 39 vom 30.09.1976, S. 4.

²⁹⁹ Die Arbeiter und Bauern können den Bau des Kernkraftwerks in Brokdorf verhindern, in: KVZ 44 vom 04.11.1976, S. 4.

³⁰⁰ Vgl. Militärische Durchsetzung des Baubeginns für das Kernkraftwerk Brokdorf eingeleitet, in: KVZ 43 vom 28.10.1976, S. 1.

³⁰¹ Vgl. Heftiger Kampf der Volksmassen gegen geplante Atom Müllanlage, in: KVZ 39 vom 30.09.1976, S. 4.

gemeinsam auftauchten, lag der Argumentationsfokus bei den Bauern. Deutlich wird dies besonders auf einem Plakat des KBW, auf dem es explizit heißt: „Die Arbeiter und Angestellten sind gegen das Kernkraftwerk, [...] weil der Widerstand der Bauern gerecht ist.“³⁰²

Die insbesondere zu Beginn der Proteste verfolgte Rückbesinnung auf das im marxistisch-leninistischen Sinne klassische revolutionäre Proletariat wurde vom KBW langfristig allerdings nicht konsequent durchgehalten.³⁰³ Mobilisiert wurde weiterhin in starkem Maße an den norddeutschen Universitäten, was sich auch daran zeigte, dass die abschließende große Vorbereitungssitzung des KBW für die Februardemonstration am Vorabend, dem 18. Februar 1977, an der Universität Hamburg stattfand.³⁰⁴ Bei dieser Demonstration tauchte auch die intellektuelle Linke in Form von Schülern und Studenten explizit wieder als Zielgruppe der Agitation auf.³⁰⁵ Dies spricht dafür, dass der KBW erkannte, dass der erwartete Erfolg bei der Mobilisierung der Arbeiter und Bauern in der Region ausblieb, weil diese einer radikal staatskritischen Linie gegenüber meist sehr skeptisch eingestellt waren. Sie bildeten jedoch weiterhin den Kern der Bemühungen.

Der KBW setzte auf die Zusammenfassung des Widerstands und die Schaffung von Einheit unter den Brokdorfer AKW-Gegnern. Dabei stellte er eine direkte Korrelation zwischen der Einheit der Bewegung und ihrem Erfolg her. Denn nur gemeinsam sei es für die „Massen“ möglich, gegen den Staat zu siegen. Der Begriff der ‚Masse‘ ist naturgegeben unscharf und bleibt es auch im Sprachgebrauch des KBW. Neben Arbeitern und Bauern umfasst der Begriff als Differenzkonstruktion alle, die im Klassengegensatz zum bourgeoisen Staat stehen. Mit der Verwendung des Begriffes der Volksmassen, für die er kämpfe, stellte sich der KBW mit Allgemeingültigkeitsanspruch als Kämpfer für das Gute dar.

Über den Verlauf der drei Demonstrationen sei die Zusammenfassung der Massen zunehmend fortgeschritten. Während der KBW in Folge der ersten Demonstration noch meinte, die Einheit sei noch nicht hergestellt,³⁰⁶ ging er in Bezug auf die zweite Demonstration davon aus, dass die „Bedingungen die Einheit der Bewegung gegen das KKW in Brokdorf zu stärken [...] durch die Aktion [...] besser geworden“³⁰⁷ seien. Bei der dritten Demonstration sei die Einheit dann bereits

³⁰² Plakat des KBW: Kernenergieprogramm – Abenteuerium und großangelegter Spekulantenschwindel!, o. O. 1977, HIS, SBe 680, PO 06.

³⁰³ Vgl. Bacia, S. 1659.

³⁰⁴ Vgl. Flugblatt der Regionalleitung Nord des KBW. Die Vorbereitung der Demonstration in Brokdorf gewinnt an Schwung! Februar 1977, Papiertiger, Archiv und Bibliothek der sozialen Bewegungen (im Folgenden: Papiertiger), Ordner Brokdorf Bewegung 76/77.

³⁰⁵ Vgl. Arbeiter, Bauern, Schüler und Studenten am 19. Februar nach Brokdorf, in: KVZ Bezirksbeilage Hamburg-Untereelbe vom 16.02.1977, S. 3.

³⁰⁶ Vgl. Die Arbeiter und Bauern können den Bau des Kernkraftwerks in Brokdorf verhindern, in: KVZ 44 vom 04.11.1976, S. 4.

³⁰⁷ Volksgewalt gegen Staatsgewalt – kein Kernkraftwerk in Brokdorf!, in: KVZ Bezirksbeilage Hamburg-Untereelbe 46 vom 18.11.1976, S. 1.

hergestellt gewesen.³⁰⁸ Damit fügte der KBW die Entwicklung argumentativ in sein Bild der unaufhaltsam voranschreitenden Revolution ein. Zudem nutzte der KBW den Brokdorfer Anti-AKW-Protest argumentativ gezielt aus, um unter Betonung des Klassegegensatzes eine noch stärkere Frontstellung der Massen gegen Staat und Bourgeoisie zu betonen. Der KBW schaffte es, sein eigenes bipolares Denken auf den Anti-AKW-Konflikt anzuwenden und diesem so einen passenden Deutungsrahmen zu verleihen, der die Ziele der Bewegung mit den eigenen kommunistischen Zielsetzungen verband.³⁰⁹

Von grundlegender Bedeutung für die Legitimation des Einsatzes von Gewalt war das Bild des Staates, das der KBW vertrat. Der „imperialistische Staat“ stellte für den KBW ein Feindbild dar. Ein derartiges Denken in Freund-Feind-Stereotypen bildet laut Extremismusforscher Eckhard Jesse ein Strukturmerkmal des extremistischen Denkens. Das von Extremisten kreierte Feindbild ist dabei nicht rational geprägt.³¹⁰ Vorurteile und Ideologien spielen eine wichtige Rolle. „Das absolut Gute steht gegen das absolut Böse.“³¹¹ Das Denken in Feindbildern prägte Jesse zufolge die ML-Organisationen stark. Auch in der Sichtweise des KBW tritt es klar in Erscheinung.

Aus juristischer Sicht des öffentlichen Rechts gilt nur die Gewalt als legitim, die durch den Staat in rechtmäßiger Weise ausgeübt wird, es sei denn, Private wenden Gewalt in Notwehrsituationen an. Politischer Gewalt gegen den Staat fehlt hingegen jede rechtliche Legitimation.³¹² Von Seiten des KBW wurde genau dieses grundlegende Prinzip des staatlichen Gewaltmonopols nicht akzeptiert. Der Staat wurde als illegitime Struktur gesehen. Selbst die Gerichtsentscheidung zum Baustopp in Brokdorf interpretierte der KBW als ein reines Täuschungsmanöver, das letztlich keine bindende Kraft hatte. Die Tatsache, dass der KBW dem Staat seine Legitimität absprach, bedeutete auch, dass eine Reformierbarkeit des Staates sowie eine friedliche Kompromissfindung auf dem Verhandlungsweg als Lösungsstrategie auch für den Anti-AKW-Konflikt außer Frage standen.³¹³ Im KBW fehlte nicht nur der Glaube an eine Reformierbarkeit des Staates, sondern derartiges Denken wurde auch bei Mitgliedern hart kritisiert und oft sogar mit Ausschluss geahndet.³¹⁴

³⁰⁸ Vgl. Vorschlag des KBW zur Zusammenfassung der Aktion am 19 Februar in Brokdorf und zur Feststellung der nächsten Aufgaben vom 10. März 1977, in: KVZ Extra vom 21.03.1977, S. 2.

³⁰⁹ Vgl. Pettenkofer, S. 187.

³¹⁰ Das nicht rationale Konstrukt des Feindbildes darf dabei nicht mit dem realistischen Bild des Feindes verwechselt werden. Vgl. *Eckhard Jesse: Funktionen und Strukturen von Feindbildern im politischen Extremismus*, in: Bundesministerium des Inneren (Hrsg.), *Feindbilder und Radikalisierungsprozesse. Elemente und Instrumente im politischen Extremismus*, Berlin 2006, S. 5-22, S. 9.

³¹¹ Jesse, S. 7.

³¹² Vgl. *Teresa Koloma Beck, Klaus Schlichte: Theorien der Gewalt zur Einführung*, Hamburg 2014, S. 44.

³¹³ Vgl. Jesse, S. 17.

³¹⁴ Vgl. Austritte aus dem KBW, in: AK 90 vom 04.10.1976, S.43.

Jede Form staatlichen Handelns beurteilte der KBW negativ. Dabei sah er den Staat als reinen Repräsentanten der Bourgeoisie an, der mit Hilfe seines Gewaltapparats deren Interessen gegen den Willen der Volksmassen durchzusetzen versuchte.

In diesem Zusammenhang steht im Brokdorfer Konflikt der Vorwurf des KBW gegenüber Kapitalisten und Staat, den Bau des Kernkraftwerks unter Einsatz von Gewalt gegen den Willen der Massen durchsetzen zu wollen. Dabei warf der KBW dem Staat Gewaltanwendung auf mehreren Ebenen vor. Bereits die festungsartige Absicherung des Baugeländes wurde als Machtdemonstration und als staatliche Gewaltausübung betrachtet. In besonderem Maße aber erwies sich das extrem harte Durchgreifen der Polizei in der ersten Brokdorfer Demonstration als idealer Ansatzpunkt für die Gewaltlegitimation des KBW. Der Staat hatte sich hier wie Lindner formuliert „in beispielloser Weise als ‚Staatsgewalt‘ präsentiert.“³¹⁵ Umso glaubwürdiger konnte der KBW sich darauf berufen, der Staat habe in Brokdorf Gewalt gegen das eigene Volk ausgeübt. Um diese Ansicht zu verdeutlichen, setzte der KBW auf eine Bürgerkriegsmetaphorik. Entsprechend hieß es vor der Novemberdemonstration in der KVZ: „Die Volksmassen lassen sich nicht im Blitzkrieg besiegen.“³¹⁶ Auch war in Bezug auf die Absicherung des Bauplatzes und den intensiven Einsatz von Polizeikräften von „Bürgerkriegsmanövern“³¹⁷ der Landesregierung, „Bürgerkriegsaktionen“³¹⁸ oder auch davon, dass die Reaktion sich „bürgerkriegsmäßig vorbereitet“³¹⁹ habe, die Sprache. Die hergestellte starke Konnotation staatlichen Agierens als Bürgerkrieg oder bürgerkriegsähnlich impliziert einen direkten, unrechtmäßigen und gewaltsamen Angriff auf das eigene Volk. Für den KBW gab es nur eine logische Konsequenz, auf dieses Vorgehen zu reagieren: „Die Kapitalisten wollen mit ihrem Staatsapparat das KKW mit Gewalt durchsetzen. Daran kann sie nur die gerechte Gewalt des Volkes hindern.“³²⁰

Im Denken des KBW stand damit die vom Staat ausgeübte Gewalt am Anfang der Brokdorfer Auseinandersetzung. Entsprechend solidarisierte sich der KBW auch klar mit der Aussage der BUU: „die Gewalt geht nicht von uns aus, sondern von der Regierung und der Atomindustrie“³²¹. Die Gewalt wurde vom KBW mit dem in der ML-Szene gängigen Narrativ der Gegengewalt gerechtfertigt. Für den KBW stellt der eigene Einsatz von Gewalt folglich keine autonome Aktion, sondern eine Reaktion auf den illegitimen staatlichen Einsatz von Gewalt dar.

³¹⁵ Lindner, S. 323. Zur Analyse der Brokdorfer Demonstrationen von Lindner ist anzumerken, dass er Quellen von der Demonstration 1981 mit Quellen der Demonstrationen 1976/1977 vermischt.

³¹⁶ Militärische Durchsetzung des Baubeginns für das Kernkraftwerk Brokdorf eingeleitet, in: KVZ 43 vom 28.10.1976, S. 1.

³¹⁷ Ebd.

³¹⁸ Die Arbeiter und Bauern können den Bau des Kernkraftwerks in Brokdorf verhindern, in: KVZ 44 vom 04.11.1976, S. 4.

³¹⁹ Die Einheit festigt sich im langandauernden Kampf, in: KVZ 46 vom 18.11.1976, S. 1.

³²⁰ Demonstration am 19.2. in BROKDORF von 80 Initiativen bekräftigt!, in: KVZ Extra Wilster vom Februar 1977, S. 2.

³²¹ Aufruf der BUU zur Demonstration in Brokdorf am 19.2., abgedruckt in: KVZ Bezirksbeilage Hamburg-Untereibe Extra vom 07.02.1977, S. 1.

Die Hauptausgabe der KVZ wartete allerdings vorrangig mit reinen Parolen, wie „Volksgewalt gegen Staatsgewalt!“ auf. Zumeist wurde der Gewalteinsatz nur wenig thematisiert oder lediglich durch sehr vage Begriffe angesprochen. Begrifflichkeiten wie ‚Kampf um Brokdorf‘ oder ‚Angriff auf den Bauplatz‘ haben eine kämpferische und mitunter auch eine auf einen aktiven Gewalteinsatz hindeutende Konnotation. Der Kampfbegriff darf in der Untersuchung des KBW allerdings nicht überbewertet werden. Wie Lindner unterstreicht, umfasste der Begriff des ‚Kampfes‘ in den ML-Organisationen sämtliche Aktivitäten, die nach Ansicht der Akteure den Klassenkampf vorantrieben. Dies konnten auch legale Aktionen wie Streiks oder die Verteilung von Flugblättern sein. Der Begriff der Gewalt fällt im Zusammenhang mit dem eigenen Vorgehen in der KVZ erst spät. In einem Nachbericht zur Demonstration am 19. Februar wird wie beiläufig auf Gewalt als einziges mögliches Mittel des Kampfes hingewiesen. Dies gelte allerdings für beide am Konflikt beteiligte Seiten. „Den Kapitalisten bleibt nur die Gewalt, um ihr Programm durchzusetzen. – Dem Volk bleibt auch nur die Gewalt, um dieses Programm zu verhindern. Diese Gewalt ist die Kraft der politischen Einheit der Tausenden von Menschen, die das Ziel haben, das Kernkraftwerk Brokdorf zu besiegen und es tun werden.“³²²

Im Norddeutschen Raum wurde in den Bezirksbeilagen der KVZ und in Flugblättern viel früher und konkreter für einen gewaltsamen Protest geworben. Hier heißt es. „Die Einstellung der Bauarbeiten muss gegen den bürgerlichen Staat erkämpft werden“³²³. Hierzu gehörten für den KBW eindeutig „direkte Kampftätigkeiten mit der Polizei“³²⁴. Die Taktik des gewaltfreien Vorgehens wird besonders vor dem Hintergrund des plötzlichen Baubeginns und des „Einsatzes großer Gewaltmittel“³²⁵ durch den Staat als „Illusion“ verurteilt.³²⁶ Das staatliche Vorgehen habe Empörung und Wut hervorgerufen. Damit begründete der KBW den eigenen Einsatz von Gewalt auch aus einer emotionalen Perspektive der Aggressionssteigerung durch staatlichen Gewalteinsatz.

Der KBW war sehr darauf bedacht seine Gründe für den Kampf gegen die Kernenergie darzustellen. Auffällig ist, dass nicht reflektiert wurde, warum Gewalt als das einzige geeignete Mittel im Protest angesehen wurde und keine alternativen Taktiken in Betracht gezogen wurden. Die unausgesprochene Selbstverständlichkeit im Hinblick auf den Einsatz von Gewalt im Brokdorfer Protest erklärt sich dadurch, dass der KBW den Protest als direkten Bestandteil der

³²² Vorschlag des KBW zur Zusammenfassung der Aktion am 19. Februar in Brokdorf und zur Feststellung der nächsten Aufgaben vom 10. März 1977, in: KVZ Extra vom 21.03.1977, S. 2.

³²³ Volksgewalt gegen Staatsgewalt – kein Kernkraftwerk in Brokdorf!, in: KVZ Bezirksbeilage Hamburg-Untere Elbe vom 18.11.1976, S. 1.

³²⁴ Ebd.

³²⁵ Ebd.

³²⁶ Vgl. Ebd.

proletarischen Revolution interpretierte. In einem Flugblatt heißt es entsprechend zu den Brokdorfer Protesten: „Das Volk müsse [...] diesen Kampf führen als Teil des Kampfes für den Aufbau der Kommunistischen Partei, der Errichtung der Diktatur des Proletariats und den Aufbau des Sozialismus.“³²⁷ Die Polizei zitiert den KBW entsprechend: „Der KBW erblickt in der Demonstration ein ‚Wetterleuchten‘, in dem sich die revolutionäre Kraft der Massen entlädt.“³²⁸ Für eine derartige revolutionäre Interpretation spricht auch der im März 1977 in einer Stellungnahme des KBW zum Verbotsgesuch vorgebrachte Vorwurf, es ginge der Bourgeoisie vorrangig darum, „die revolutionäre Linie zu brechen.“³²⁹ Auch Koenen bestätigt diese Intention des KBW. „Dort waren wir angetreten, um an der Spitze kampfbereiter Massen den Planungen eines neuen Weltkrieges revolutionär entgegenzutreten. Kleiner hatten wir es nicht.“³³⁰ Die Auslegung der Proteste als direkter Bestandteil der angestrebten proletarischen Revolution erklärt, warum sich eine weitere Reflexion über den Gebrauch von Gewalt als politischem Mittel für den KBW erübrigte. Der Gewalteininsatz war damit sowohl in seiner Form als Gegengewalt, als auch als Bestandteil des revolutionären Kampfes dem Programm und Statut des KBW entsprechend ideologisch ausreichend legitimiert.

4.3 Gewaltfreie gegen gewaltbereite Demonstranten? – Der KBW als Teil der Bewegung

Um zu verstehen, warum es für den KBW möglich war, seinen militanten Demonstrationsstil in den Brokdorfer Protesten erfolgreich umzusetzen, erweist es sich als notwendig, seine Aktionen im weiteren Kontext der westdeutschen Umweltbewegung und ihren speziellen Ausformungen zu betrachten. Der amerikanische Historiker Michael L. Hughes attestiert der westdeutschen Anti-AKW-Bewegung, kontrastierend zur US-Amerikanischen, insgesamt bis in den bürgerlichen Teil hinein eine hohe Bereitschaft zum gewaltsamen Protest.³³¹ Hierbei betont er vorrangig den Erfahrungsmangel in der Bundesrepublik mit Protest, der gänzlich auf Gewalt verzichtete, dass es keinen breiten religiösen Glauben gab, der Gewaltverzicht propagiert hätte sowie einen Mangel an Akzeptanz staatlicher Legitimität in weiten Teilen der Bewegung.³³²

³²⁷ Flugblatt der KBW-Zellen Itzehoe und Elmshorn: Das KKW wird nicht gebaut!, o. O. [Itzehoe/Elmshorn] 03.11.1976, 16 Js 231/77, Bl. 3, LASH, Abt. 532.2 Nr. 2312.

³²⁸ Kernkraftwerk Brokdorf: Bericht der Landespolizei Schleswig-Holstein über die Einsätze von Oktober 1976 bis Februar 1977, 2. Entwurf, VS-NfD, Bd. A, Teil 1, o. O. [Kiel] o. J. [1977], S. 111, LASH, Abt. 621 Nr. 642.

³²⁹ Hans-Gerhart Schmierer: Presseerklärung des ZK des KBW. Betr.: Erörterung des Verbots des KBW als kriminelle Vereinigung, Mannheim 21.03.1977, FU Berlin, APO-Archiv, 1.69, 773.

³³⁰ Koenen, S. 418 f.

³³¹ Vgl. Michael L. Hughes: Civil Disobedience in Transnational Perspective: American and West German Anti-Nuclear-Power-Protesters, 1975-1982, in: Historical Social Research 39 (2014) 1, S. 236-253, S. 238.

³³² Vgl. ebd., S. 238, 247.

Tatsächlich hatten 42 Hamburger Pastoren vor der Novemberdemonstration eine Erklärung abgegeben, die besagte, dass sie Gewalt gegen Sachen zu Demonstrationszwecken durchaus befürworteten. Ein Pastor soll sogar im Talar in der vordersten Reihe der militanten Demonstranten gestanden und mit einem Handmegaphon zum Sturm auf den Bauplatz aufgerufen haben.³³³ Pastor Bode, der vor der Demonstration einen Feldgottesdienst veranstaltete, machte in einem ZDF-Magazin Beitrag einen Unterschied zwischen „guter“ und „böser“ Gewalt, wobei er derjenigen Gewalt, die durch die Demonstranten verübt wurde, attestierte „gut“ zu sein.³³⁴ Damit trat selbst die Kirche in Brokdorf nicht etwa als friedensstiftende Kraft auf, sondern setzte eher radikalitätsfördernde Zeichen.

In der BUU mischten sich diverse unterschiedliche Gruppen, die jedoch zumeist in der prinzipiellen Ablehnung von Gewalt gegen Personen übereinstimmten. Die Gewalt gegen Sachen, wie den Bauzaun oder Baumaschinen blieb dabei allerdings für nicht wenige Mitglieder ausgenommen.³³⁵

Trotz der Annahme einer grundsätzlich hohen Gewaltbereitschaft in der Anti-AKW-Bewegung erkennt Hughes auch an, dass die ML-Organisationen zum Gewalteininsatz in Brokdorf den entscheidenden Beitrag geleistet haben. Sie hätten einen politischen Faktor von derart großer Bedeutung gestellt, dass die gewaltfreien Gruppen sich dagegen nicht hätten durchsetzen können.³³⁶

In diesem Zusammenhang ist wichtig zu verstehen, was in der Bewegung unter dem in vielen Gruppen verbreiteten Konzept der ‚Gewaltfreiheit‘ verstanden wurde. Der überwiegende Teil derjenigen, die sich auf ‚Gewaltfreiheit‘ beriefen, verstand darunter lediglich den Verzicht auf Gewalt gegen Personen, nicht aber gegen Sachen.³³⁷ Aus den gewaltfreien Kreisen im Umfeld der Neuen Linken, der Graswurzelbewegung³³⁸, die einen zentralen Beitrag dazu geleistet hatten, das Konzept langfristig in der Anti-AKW-Bewegung zu verankern, wurde es folgendermaßen begründet: „Dinge fühlen keinen Schmerz, davon zu reden, daß man ‚Gewalt gegen Sachen‘ anwendet, bestätigt nur den Eigentumsfetisch.“³³⁹ Die gerade im Kampf gegen die Atomkraft besonders weit verbreitete Akzeptanz von Gewalt gegen Sachen lässt sich weiterhin, auch für

³³³ Vgl. Vermerk von Staatsanwalt Triskatis zu Presseveröffentlichungen zur Erklärung von 42 Hamburger Pastoren, Itzehoe 07.12.1976, 16 Js 725/76, Bl. 16, LASH, Abt. 352.2 Nr. 2174. Hier wird Bezug auf diverse Medienberichte genommen.

³³⁴ Vgl. O-Ton Bode, Pastor, in: Verschriftlichung des ZDF-Magazin Beitrags: Brokdorf. Extremisten gegen Kernkraft von Ernst Martin, 24.11.1976.

³³⁵ Vgl. Steffen, S. 174.

³³⁶ Vgl. Hughes, S. 241.

³³⁷ Vgl. *Wolfgang Sternstein*: „Atomkraft – nein danke!“. Der lange Weg zum Ausstieg, Frankfurt am Main 2013, S. 28.

³³⁸ Als Graswurzelbewegung wird ein loses Netzwerk aus Basisinitiativen verstanden, das ideengeschichtlich auf den Anarchismus zurückgeht. In Deutschland bildete sie sich Anfang der 1970er Jahre im Umfeld der Neuen Linken heraus. Die Graswurzelbewegung zeichnet sich durch basisdemokratische und konsensorientierte Strukturen aus. Dabei zielte sie auf eine gewaltfreie gesellschaftliche Veränderung von unten ab. Ihr Organ ist die Zeitschrift *Graswurzelrevolution* (GWR), die seit Sommer 1972 erscheint.

³³⁹ Schafft zwei, drei viele ???, in: GWR 27/28 (1977), S. 6.

nicht eigentumskritische Kreise, dadurch erklären, dass es sich hierbei nicht um rein symbolische Akte handelte. Schüring unterstreicht entsprechend: „Die Gewalt gegen das Objekt ist eine Gewalt gegen seine konkrete technische Realisierung.“³⁴⁰ Damit ist diese Form der Gewalt gleichzeitig Ziel und Zweck des Protests.³⁴¹ Die Gewaltfreien lehnten entsprechend nicht etwa die Demonstrationsstrategie des KBW in Gänze ab, sondern nur den Bestandteil, in dem gezielt Gewalt gegen Personen in Form von Polizisten, ausgeübt wurde. Diese Ablehnung ging allerdings nicht soweit, den KBW tatsächlich von einem Gewalteinsatz gegen Polizisten abzuhalten. Soweit sich die Gewalt des KBW gegen Sachen richtete, ging dies sogar mit der Überzeugung weiter Teile der Bewegung konform.

Zudem fühlten sich auch bisher gesetzestreue Bürger durch das polizeiliche Eingreifen in der Demonstration im Oktober wie „Staatsfeinde“ behandelt.³⁴² Dannenbaum zufolge legitimierte das staatliche Vorgehen auch für einige sonst nicht gewalttätige Demonstranten bestimmte Formen der Gegengewalt.³⁴³ Die große Solidarisierungswelle besonders der regionalen Bevölkerung in Folge dieser ersten Brokdorfer Demonstration signalisierte einen deutlichen staatlichen Autoritätsverlust.³⁴⁴ Gerade vor dem Hintergrund dieses verbreiteten Gewaltverständnisses und in Anbetracht des zunehmenden Autoritätsverlusts des Staates bis weit in die konservativeren Teile der Bewegung hinein, stieg die Bereitschaft zur Duldung bis hin zur Kooperation mit den militanten ML-Organisationen in Brokdorf. Der zunehmende Zweifel am staatlichen System und dessen legitimem Gebrauch des Gewaltmonopols ließ die Distanz zu einer Gruppe, die dem System gänzlich ablehnend gegenüberstand, weniger unüberbrückbar erscheinen. Die Solidarisierung mit den ML-Organisationen ging weit über ihren eigenen Kreis hinaus und war gerade in den Bürgerinitiativen besonders stark. So stark, dass sich die Polizei trotz intensiver vorheriger Aufklärungsarbeit überrascht zeigte.³⁴⁵ Bereits bei der ersten Demonstration am 30. Oktober 1976 sei die Zahl der „Sympathisanten“ deutlich größer gewesen „als aufgrund der Aufklärungsergebnisse zunächst erwartet werden konnte.“³⁴⁶ Obwohl an dieser Stelle im Polizeibericht nicht weiter zwischen den einzelnen ML-Organisationen differenziert wird, lässt sich mit großer Sicherheit sagen, dass hier primär vom KBW die Sprache ist. Dieser war zu diesem

³⁴⁰ Michael Schüring: „Bekennen gegen den Atomstaat“. Die evangelischen Kirchen in der Bundesrepublik Deutschland und die Konflikte um die Atomenergie 1970-1990, Göttingen 2015, S. 183.

³⁴¹ Vgl. ebd., S. 183.

³⁴² Vgl. Renner, S. 91.

³⁴³ Vgl. Dannenbaum, „Atom-Staat“ oder „Unregierbarkeit“?, S. 282.

³⁴⁴ Vgl. Trautmann, S. 327.

³⁴⁵ Vgl. Dokumentation der Landespolizei SH, Teil 2, Erfahrungsbericht, Oktober 1976 - Februar 1977, VS-NfD, Kiel o. J. [1977], S. 15, LASH, Abt. 621 Nr. 535.

³⁴⁶ Ebd., S. 18.

Zeitpunkt die bei Weitem aktivste ML-Organisation in der Brokdorfer Auseinandersetzung und auch die Aufklärungsarbeit der Polizei befasste sich nahezu ausschließlich mit dem KBW.³⁴⁷

Die in der Bewegung verbreitete Akzeptanz der ML-Organisationen zeigt sich auch an der grundsätzlichen Bereitschaft der Bürgerinitiativen, mit dem KBW zu kooperieren und ihn trotz der stark divergierenden politischen Ausrichtung in die Organisationsstrukturen der Bewegung zu integrieren. Steffens These, der KBW habe keine Rolle in den internen Strukturen der Bewegung gespielt³⁴⁸, wurde bereits von Kühn angezweifelt,³⁴⁹ ohne dass er diese Annahme weiterverfolgte. Dabei lässt sich Kühns Vermutung deutlich belegen.

Laut eigener Aussage war der KBW in diversen Bürgerinitiativen sowie in der BUU bereits seit ihrer Gründung 1974 aktiv.³⁵⁰ Die Aufklärungsarbeit der Polizei bestätigt eine regelmäßige Teilnahme des KBW an Veranstaltungen der BUU spätestens seit Mitte 1975.³⁵¹ Gerade in Hamburg gab es Bürgerinitiativen, die sich nahezu gänzlich aus Vertretern des KB oder des KBW rekrutierten.³⁵² Zudem wurden sogar nach den Brokdorfer Demonstrationen im April 1977 noch Vertreter des KBW als Delegierte auf die Landeskonferenz der BUU gesandt. Auch weitere Mitglieder des KBW, die selbst nicht für die Bürgerinitiativen sprachen, nahmen aktiv an der Landeskonferenz teil.³⁵³ Obwohl der KBW bei den Treffen der Bürgerinitiativen durch provokatives Verhalten und Missachtung der Ordnung durch Sprechchöre, Zwischenrufe oder Randalieren negativ auffiel,³⁵⁴ zeigte er dort dennoch Präsenz und integrierte sich in die Bewegung.

Der Begriff der ‚Unterwanderung‘, der besonders von den Gegnern des KBW in Bezug auf dessen Mitarbeit in den Bürgerinitiativen gebraucht wurde, impliziert eine ungewollte Vereinnahmung der Bürgerinitiativen durch den KBW.³⁵⁵ Dieses Verhältnis muss allerdings differenzierter betrachtet werden. Markovits und Gorski werfen dem KBW vor, gezielt in die Bürgerinitiativen eingedrungen zu sein, um diese zu gewaltsameren Protestformen zu bringen.³⁵⁶ Tatsächlich ist dem nicht zu widersprechen. In einem Flugblatt formulierte der KBW konkret, der Zusammenschluss gegen den bürgerlichen Staat müsse in den Bürgerinitiativen geschehen und dort dann über die konkreten „Formen des Kampfes“, deren Vorbereitung und Durchsetzung

³⁴⁷ Das zeigt sich daran, dass in den Materialien der Polizei der KBW als einzige ML-Organisation einzeln Erwähnung findet.

³⁴⁸ Vgl. Steffen, S. 175.

³⁴⁹ Vgl. Kühn, S. 275.

³⁵⁰ Vgl. Regionalleitung für Norddeutschland und Westberlin des Kommunistischen Bundes Westdeutschland: Nieder mit Imperialismus und Reaktion, Hannover Dezember 1976, S. 4; Kühn, S. 275.

³⁵¹ Vgl. Dokumentation der Landespolizei SH, Teil 1, Verlaufsbericht, Oktober 1976 - Februar 1977, VS-NfD, Kiel o. J. [1977], S. 26, LASH, Abt. 621 Nr. 534.

³⁵² Vgl. Sternstein, „Atomkraft - nein danke!“, S. 118.

³⁵³ Vgl. Bürgerinitiative Umweltschutz Unterelbe. Informationen zur Landeskonferenz vom 3. April 1977. Erklärung an alle BI's gegen Atomkraftwerke, Wilster 03.04.1977, Papiertiger, Ordner Brokdorf Bewegung 76/77.

³⁵⁴ Vgl. ebd.

³⁵⁵ Der Begriff wurde z.B. in der Presse, wie der FAZ gebraucht. Vgl. beispielsweise: Eine neue Schlacht um Brokdorf führen die Chaoten alleine, in: FAZ vom 10.02.1977, S. 3.

³⁵⁶ Vgl. Markovits/Gorski, S. 104.

beraten werden.³⁵⁷ Dennoch ging die Integration nicht nur von Seiten des KBW aus. Auch die BUU verteidigte in einer sehr kritischen Stellungnahme zum KBW eine langfristige „solidarische Zusammenarbeit zwischen Kommunisten und Nichtkommunisten [...] gegen alle Spaltungsversuche“³⁵⁸ staatlicher Akteure, deren Strategie es sei, den militanten Teil der Bewegung zu isolieren.³⁵⁹ Dabei blieb das Verhältnis der Bürgerinitiativen zum KBW ambivalent. Teile der BUU erkannten die Möglichkeit, mit dem KBW einen starken Partner an der Seite zu haben, andere Teile kritisierten ihn scharf, was bis zu Ausschlussforderungen reichte.³⁶⁰ Der KBW gefährde durch sein radikales Verhalten den Zusammenhalt der Bewegung und biete der bürgerlichen Presse gute Möglichkeiten zur „Ausschlachtung“³⁶¹.

Aufgrund der Kooperation mit den Bürgerinitiativen war der KBW großer Kritik von anderen Organisationen des ML-Spektrums, wie KPD und KPD/ML, ausgesetzt.³⁶² Dies zeigt deutlich, dass es sich bei der Kooperation um keine gängige Praxis der ansonsten eigenständig agierenden ML-Organisationen handelte. Der KBW hob sich laut Kühn auch auf einer grundsätzlichen Ebene durch seine bündnispolitische Orientierung von anderen ML-Organisationen ab.³⁶³ Damit war das Ausmaß bewegungsstruktureller Integration und in Folge auch das Ausmaß der gegenseitigen Unterstützung zwischen KBW und anderen in der Bewegung vertretenen Initiativen bei der Verfolgung individueller, auch gewaltsamer Proteststrategien höher als bei anderen gewaltbereiten an den Protesten beteiligten Organisationen. Lediglich der Hamburger KB war ebenfalls stark in die Bewegungsstrukturen integriert.

Auch im akuten Moment des Protests berichtet der KBW von großer Unterstützung, die den Militanten durch andere Demonstranten zukam. In Bezug auf die Demonstration vom 13. November 1976 wird in der KVZ auf einen Bericht der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung zurückgegriffen, weshalb sich die Schilderung nicht als bloße Propaganda abtun lässt.

"Auf dem Brokdorfer Elbdeich, etwa zweihundert Meter entfernt von der ‚Front‘-Linie, verfolgte die Mehrzahl der Demonstranten die Auseinandersetzungen. [...] Beifall der Zuschauer brandete jedes Mal auf, wenn es gelang, eine Nebelkerze in die Polizeireihen zurückzuwerfen. Die Zuschauer sorgten auch für den Nachschub von Schlamm, der von den Angreifern in der ersten Reihe auf Wasserwerfer und Polizeibeamte geschleudert wurde."³⁶⁴

³⁵⁷ Vgl. Flugblatt der KBW-Zellen Itzehoe und Elmshorn: Das KKW wird nicht gebaut!, o. O. [Itzehoe/Elmshorn] 03.11.1976, 16 Js 231/77, Bl. 3, LASH, Abt. 532.2 Nr. 2312.

³⁵⁸ Bürgerinitiative Umweltschutz Unterelbe. Informationen zur Landeskonferenz vom 3. April 1977. Erklärung an alle BI's gegen Atomkraftwerke, Wilster 03.04.1977, Papiertiger, Ordner Brokdorf Bewegung 76/77.

³⁵⁹ Vgl. ebd.; vertieft hierzu siehe Kapitel 5.3.

³⁶⁰ Vgl. Dokumentation der Landespolizei SH, Teil 2, Erfahrungsbericht, Oktober 1976 - Februar 1977, VS-NfD, Kiel o. J. [1977], S. 15, LASH, Abt. 621 Nr. 535.

³⁶¹ Bürgerinitiative Umweltschutz Unterelbe. Informationen zur Landeskonferenz vom 3. April 1977. Erklärung an alle BI's gegen Atomkraftwerke, Wilster 03.04.1977, Papiertiger, Ordner Brokdorf Bewegung 76/77.

³⁶² Vgl. Kühn, S. 274.

³⁶³ Vgl. ebd., S. 179.

³⁶⁴ Der Appell gegen Gewalt ging im Motorenlärm unter, in: HAZ vom 15.11.1976, S. 12. Der Artikel wird zitiert in: Die Einheit festigt sich im langandauernden Kampf, in: KVZ 46 vom 18.11.1976, S. 2.

Einerseits zeigt der Bericht deutlich die Spaltung zwischen den militanten Gruppen, die bereit waren, aktiv gewaltsam gegen die Polizei vorzugehen, und denjenigen, die dies nicht taten. Andererseits lässt sich hier auch keine absolute Trennlinie ziehen. Der Begriff des „Zuschauers“³⁶⁵ ist an dieser Stelle, wie auch der KBW selbst hervorhebt, verfehlt. Die Polizei wertete die reine Anwesenheit von ihr als neugierig oder passiv beschriebener Demonstranten in einigen Phasen der Demonstration als „psychische Unterstützung von Straftaten“³⁶⁶. Die Präsenz der Menge habe „das Sicherheitsgefühl und damit die subjektive Tatbereitschaft der Straftäter“³⁶⁷ erhöht. Ebenso habe sich aber auch das Vorgehen militanter Gruppen auf das Verhalten zunächst friedlicher Demonstranten ausgewirkt und das Unrechtsbewusstsein stark eingeschränkt.³⁶⁸ Wie sich aus nachträglich geführten Gesprächen der Polizei mit Demonstranten ergibt, seien diese „von der herrschenden Massenpsychose“³⁶⁹ erfasst worden, „so daß sie ihnen sonst unbekannte Aggressionen entwickelten und z.B. Steine auf die Polizeibeamten warfen.“³⁷⁰

Es entstand entsprechend eine reziproke Wirkung zwischen dem KBW und anderen militanten Gruppen sowie ursprünglich friedlichen Demonstranten, die bei allen Beteiligten eine Steigerung der Gewaltbereitschaft auslöste. Zum Zeitpunkt der Novemberdemonstration herrschten damit Umfeldbedingungen für den KBW, die seine Gewaltbereitschaft förderten.

Während diese Akzeptanz der Gewalt in der Novemberdemonstration noch die Eskalation unterstützt hatte, zeigt sich allerdings ein Sinneswandel hinsichtlich der dritten Demonstration im Februar. Der im Dezember ausgerufene vorläufige Baustopp stellte einen juristischen Teilerfolg für die AKW-Gegner dar.³⁷¹ Eine weitere gewaltsame Auseinandersetzung war für die Bürgerinitiativen zu diesem Zeitpunkt nicht mehr sinnvoll und den Mitgliedern nicht mehr vermittelbar.³⁷² Der konkrete Sinn einer Platzbesetzung war nicht mehr gegeben. Der KBW hingegen rief weiterhin zur Demonstration am Bauplatz mit angestrebter Besetzung auf. Hieran zeigt sich deutlich die unterschiedliche Zielsetzung. Die Bauplatzbesetzung konnte rein praktisch bezüglich einer Verhinderung des Baus zu diesem Zeitpunkt nichts mehr bewirken, sondern lediglich zu einem Sieg gegen den Staat beitragen.

³⁶⁵ Die Einheit festigt sich im langandauernden Kampf, in: KVZ 46 vom 18.11.1976, S. 2.

³⁶⁶ Dokumentation der Landespolizei SH, Teil 2, Erfahrungsbericht, Oktober 1976 - Februar 1977, VS-NfD, Kiel o. J. [1977], S. 12, LASH, Abt. 621 Nr. 535.

³⁶⁷ Ebd.

³⁶⁸ Vgl. ebd., S. 13.

³⁶⁹ Ebd. S. 51.

³⁷⁰ Ebd.

³⁷¹ Vgl. Presseerklärung der außerordentlichen Regionalkonferenz der BUU zur vorläufigen Bauunterbrechung in Brokdorf, Hamburg 18.12.1976, Papiertiger, Ordner Brokdorf Bewegung 76/77.

³⁷² Vgl. Fliegen in Brokdorf die Brocken?, in: Pflasterstrand 4 vom 16.02.1977, S. 10.

Es kam zum Bruch in der BUU, deren Landesverband sich nun explizit von den besonders in Hamburg ansässigen Initiativen mit dominanten Vertretern des KB und KBW distanzierte.³⁷³ Damit stellte sich der Landesverband der BUU explizit gegen die konfrontative Proteststrategie und wandte sich dezidiert von der im ML-Spektrum akzeptierten Gewalt gegen Menschen ab.³⁷⁴

Die Entscheidung des BUU Landesverbands bedeutete allerdings nicht, dass sich auch alle örtlichen Initiativen von den militanten Demonstranten und der Demonstration am Bauplatz losgesagt hätten.³⁷⁵ Allerdings fehlte auch bei denjenigen, die sich für eine Demonstration am Bauplatz entschieden nun die Bereitschaft, militanten Protest zu unterstützen. Dies senkte die Eskalationsstufe in der Demonstration deutlich ab. Ohne die Unterstützung anderer Demonstranten konnte die militante Strategie des KBW nicht mehr erfolgreich durchgesetzt werden.

4.4 Die Führung übernehmen - Konkurrenz zwischen den militanten Akteuren

Bei der Analyse der Quellen zeigt sich eine starke Aversion des KBW gegenüber anderen Organisationen aus dem ML-Spektrum. Trotz des permanent geforderten Zusammenschlusses der Volksmassen ist auffällig, wie scharf andere militante Organisationen in der Bewegung vom KBW kritisiert wurden. Wenn sich der KBW mit anderen ML-Organisationen auseinandersetzte stellte er diese zumeist als „Opportunisten“³⁷⁶ oder seltener auch als „Spalter“³⁷⁷ der Bewegung dar, obwohl die Zielsetzungen letztlich kaum voneinander abwichen.

Wie auch Sternstein hervorhebt, bildeten die Militanten in Brokdorf keineswegs eine homogene Gruppe. Grundlegende Meinungsverschiedenheiten gab es zwischen den zentralistisch organisierten ML-Organisationen und anderen weniger organisierten Demonstranten aus dem

³⁷³ Vgl. Sternstein, „Atomkraft - nein danke!“, S. 121.

³⁷⁴ Unterstützung hierin bekam der BUU-Landesverband von einem neuen Koalitionspartner. Die BBU, die bisher im Norddeutschen Atomkonflikt nicht mitgewirkt hatte, stellte sich auf die Seite der Gewaltfreien. Hans-Helmut Wüstenhagen, der Vorsitzende der BBU, hatte sich zunehmend den konservativ-bürgerlichen Demonstranten angenähert, die eine Strategie des legalen Protests verfolgten. Im Vorfeld der dritten Demonstration bezeichnete er die linksradikalen Demonstranten pauschal als »anarchistische Gewalttäter und Chaoten«. Damit war Wüstenhagen allerdings auch für die BBU nicht mehr haltbar. Sein Rücktritt wurde erzwungen. Vgl. Pettenkofer, S. 179, Sternstein, „Atomkraft - nein danke!“, S. 121.

³⁷⁵ Vgl. Demonstration am 19.2. in BROKDORF von 80 Initiativen bekräftigt!, in: KVZ Extra Wilster vom Februar 1977, S. 2. Die diesbezügliche Aussage vom KBW wird von der Polizei bestätigt. Vgl. Dokumentation der Landespolizei SH, Teil 2, Erfahrungsbericht, Oktober 1976 - Februar 1977, VS-NfD, Kiel o. J. [1977], S. 15, LASH, Abt. 621 Nr. 535.

³⁷⁶ Beispielsweise: Die Operation gegen den Kernkraftwerksbau Brokdorf, in: KVZ 8 vom 24.02.1977, S. 11; Kein Kernkraftwerk in Brokdorf und auch sonst nirgendwo, in: KVZ 8 vom 24.02.1977, S. 4; Der steckengebliebene Marsch nach Brokdorf, in: KVZ 8 vom 24.02.1977, S. 1 f.; Demokratie, in: KVZ 9 vom 03.03.1977, S. 1; Brokdorf und die Linke, in: KVZ 9 vom 05.03.1977, S. 15; Aus den Fehlern in Brokdorf lernen!, in: KVZ 10 vom 10.03.1977, S. 9; Brokdorf und die Linke II, in: KVZ 10 vom 10.03.1977, S. 16.

³⁷⁷ Beispielsweise: „Dat Ding wird nicht gebaut“, in: KVZ Bezirksbeilage Bremen-Unterweser 8 (1977); Wird die Einheit der Massenbewegung erkämpft, dann wird das Kernenergieprogramm der Kapitalisten und der Bundesregierung fallen, in: KVZ Extrablatt vom 21.02.1977.

linksradikalen Spektrum.³⁷⁸ Diese waren nur wenig an der Bewegung beteiligt und hatten auf die Aktionen der ML-Organisationen geringen Einfluss. Während sich der KB teilweise mit den Hamburger Spontis auseinandersetzte, spielten diese für den KBW keine Rolle und werden von ihm nicht einmal erwähnt. Die Hamburger Spontis hatten nach einer Niederlage bei einer Hausbesetzung 1973 über mehrere Jahre die Kraft für größere Aktionen verloren und begannen in Brokdorf erst langsam wieder aktiv zu werden.³⁷⁹ Besonders zwischen den ML-Organisationen untereinander herrschte ein harter Konkurrenzkampf um die Führungsrolle in der Bewegung.³⁸⁰ Dabei stand die Frage im Vordergrund, wer von ihnen die radikalste Gruppe sei.³⁸¹

Konflikte hatten zwischen den ML-Organisationen bereits vor Brokdorf bestanden. Ein gescheiterter Versuch der Einigung hatte dazu geführt, dass sich der KB und der KBW als getrennte Institutionen etablierten.³⁸² Seither sah der KBW den KB als seinen Hauptkonkurrenten. Im Brokdorfer Konflikt zeigte sich dies besonders daran, wie der KBW seinen eigenen Anspruch, die militanteste Gruppe mit der einzig richtigen Demonstrationsstrategie zu sein, permanent in Abgrenzung zum KB reproduzierte, der als Negativbeispiel inszeniert wurde und von dem sich der KBW klar abgrenzte.³⁸³ Als hilfreiche Grundlage für diese Abgrenzung erwies sich die differenziertere Betrachtung der Gewaltfrage durch den KB, der versuchte, die Waage zwischen militantem und nicht-militantem Teil der Bewegung zu halten. Dabei verurteilte der KB die prinzipielle Vorstellung des KBW, einen siegreichen gewaltsamen Kampf führen zu können, als realitätsfern.³⁸⁴ Er selbst wolle die Frage des Gewalteinsatzes „nur unter den Gesichtspunkten des konkreten Kräfteverhältnisses und der taktischen Erfordernisse, aber nicht ‚prinzipiell‘ ablehnend oder ‚moralisch‘“³⁸⁵ beantworten. In diesem Zusammenhang warf der KBW dem KB vor, „das Ziel zu verdunkeln und klar gestellte Aufgaben zu verwischen“³⁸⁶ und so letztlich in Brokdorf schwere Zusammenstöße mit der Polizei zu verhindern. Somit stärke der KB die Moral der Staatsmacht.³⁸⁷ Dabei argumentierte der KBW auch auf einer emotionalen Ebene und attestierte dem KB einerseits, von Furcht vor der Polizei getrieben zu sein³⁸⁸ und andererseits, unter den Demonstranten Furcht zu schüren.³⁸⁹ Der Vorwurf, sich von einer Emotion, wie Furcht leiten zu

³⁷⁸ Vgl. Sternstein, „Atomkraft - nein danke!“, S. 211.

³⁷⁹ Zur Auseinandersetzung von KB und Spontis, vgl. Steffen, S. 181 f.

³⁸⁰ Vgl. Sternstein, „Atomkraft - nein danke!“, S. 211.

³⁸¹ Vgl. Renner, S. 100.

³⁸² Vgl. Pettenkofer, S. 188; Mende, S. 219.

³⁸³ Dieses Vorgehen wird nicht nur aus der Analyse der Quellen des KBW ersichtlich, sondern auch vom KB bestätigt: „Und wie Kenner der KBW-„Analysen‘ wohl schon vorausahnen können: Der ‚KB Nord‘ hat Schuld.“ KBW: „Malville zeigt, wo man hinkommt...“, in: AK 110 vom 08.08.1977, S. 6.

³⁸⁴ Vgl. Beilage: Wie geht es weiter mit der Anti-AKW-Bewegung, in: AK 102 vom 04.04.1977, S. 1.

³⁸⁵ Ebd.

³⁸⁶ Brokdorf und die Linke, in: KVZ 9 vom 03.03.1977, S. 15.

³⁸⁷ Vgl. ebd.

³⁸⁸ Vgl. Dem KB Nord zur Kenntnis. Der Glasschaden muss bezahlt werden, in: KVZ 9 vom 03.03.1977, S. 15.

³⁸⁹ Vgl. Brokdorf und die Linke, in: KVZ 9 vom 03.03.1977, S. 15.

lassen, hatte in der ML-Szene besonders hohes Gewicht. Die emotionale Basis der ML-Organisationen bildeten „Enthusiasmus und Opferbereitschaft“³⁹⁰. Das Bild des selbstlosen Revolutionärs war ein anzustrebendes Ideal, auf welches der KBW in diesem Zusammenhang auch Bezug nahm.³⁹¹

Dieses Konkurrenzverhältnis zwischen KBW und KB machte den bedeutendsten, aber bei Weitem nicht den einzigen Konflikt im ML-Spektrum aus. Als ursächlich für das konfliktreiche Verhältnis zwischen den ML-Organisationen insgesamt erwies sich ihr gemeinsamer Ursprung als Entmischungsprodukt der Studentenbewegung in den späten 1960er Jahren. Sie entstanden damit in einer Zeit, in der sich die mobilisierungsfähigen Ressourcen an potenziellen Aktivisten verringerten. Eine Folge eines solchen Mobilisierungsrückgangs ist, della Porta zufolge, dass sich die Organisationen verstärkt, um die Loyalität ihrer Mitglieder bemühen. Dadurch findet eine Abgrenzung nach außen statt und es entwickelt sich ein Wettbewerb zwischen den verschiedenen Organisationen, die sich im gleichen Milieu verorten lassen und sich entsprechend aus dem gleichen Pool an potenziellen Aktivisten speisen.³⁹² „Konkurrenz setzte so einen Prozess der internen Differenzierung in Gang; jede politische Organisation versuchte ihr „Produkt“ von dem der anderen abzugrenzen.“³⁹³ Jede der ML-Organisationen hatte für sich eine ideologisch begründete, exklusive Identität geschaffen.³⁹⁴ Das zeigte sich an unterschiedlichen Auffassungen bezüglich „objektiver“ Klassenkampf-Kategorien sowie der Orientierung an unterschiedlichen Modellen des „real existierenden Sozialismus“.³⁹⁵ Der jeweilige Alleinvertretungsanspruch des richtigen, wahren Konzepts führte zu heftigen Streitereien unter den Gruppen und gegenseitigen Diskreditierungen als Verräter der Arbeiterklasse.

Da die ML-Organisationen in der Phase der Brokdorfer Demonstrationen einen beginnenden Einbruch an Mitgliedern und damit an Mobilisierungsressourcen zu verzeichnen hatten, musste sich folglich auch das Konkurrenzverhältnis zwischen den Gruppen gerade zu dieser Zeit weiter steigern. Diese Dynamik wirkte sich auch intern auf den KBW aus und erklärt, warum der Bremer KBW, der zu Beginn des Brokdorfer Konflikts besonders starke Erosionserscheinungen aufwies, sich intensiver auf die Anti-AKW-Bewegung fokussierte und ein noch militanteres Demonstrationskonzept verfolgte als das Zentralkomitee.³⁹⁶

³⁹⁰ Jürgen Schröder: Ideologischer Kampf vs. regionale Hegemonie. Ein Beitrag zur Untersuchung der „K-Gruppen“ (Berliner Arbeitshefte und Berichte zur sozialwissenschaftlichen Forschung, Nr. 40), Berlin 1990, S. 17.

³⁹¹ Vgl. Brokdorf und die Linke, in: KVZ 9 vom 03.03.1977, S. 15. Vertieft hierzu siehe Kapitel 6.2.

³⁹² Vgl. della Porta, Gewalt und die Neue Linke, S. 494.

³⁹³ Della Porta, Politische Gewalt und Terrorismus, S. 46.

³⁹⁴ Zur Erschaffung einer solchen Identität vgl. della Porta, Gewalt und die Neue Linke, S. 494.

³⁹⁵ Vgl. Lindner, S. 276.

³⁹⁶ Vgl. Joppke, S. 104. In dem von Joppke am 11.08.1987 in Bremen durchgeführten Interview, sagte der ehemalige Bremer Aktivist Uwe Foigt: „The KBW was in decline, and many of its activists were fed up with the communist cadre principle. They looked for other political fields. [...] In Bremen the decay of the KBW fuelled the rise of the antinuclear movement.“

Die Spannungslage innerhalb der militanten Linken war somit nicht das Produkt der Brokdorfer Auseinandersetzung. Sie wurde vielmehr von Beginn an in die Proteste hineingetragen.

In Brokdorf, wo sich ab der zweiten Demonstration im November 1976 alle bedeutenden ML-Organisationen stark beteiligten und somit direkt aufeinandertrafen, kamen diese Spannungen verstärkt zum Vorschein und förderten einen Wettkampf um die jeweils eigene Positionierung im Protest. Dies zeigte sich an der Frage, wer, wenn auch nur symbolisch, den Platz an der „Spitze des Kampfes“³⁹⁷ für sich erobern konnte. Diesbezügliche Versuche des KBW wurden von der Polizei dokumentiert. Der KBW habe bereits bei der Demonstration im Oktober versucht, sich beim Demonstrationzug in den Vordergrund zu drängen.³⁹⁸ Auch bei der Demonstration im November habe eine Gruppe des KBW bestehend aus 50 bis 60 Jugendlichen mit Helmen einen Demonstrationzug von 6.000 Personen aus Wilster zum Demonstrationsgelände angeführt.³⁹⁹ Besonders deutlich wird der Kampf um die Führungsposition des KBW durch einen Bericht des KB bezüglich der Februardemonstration: Bereits auf dem Weg von Wilster zum Bauplatz habe der KBW versucht, sich eben diese Spitzenposition zu sichern, „indem er sich mit sechs bis sieben Autos“⁴⁰⁰, entgegen der festgelegten Demonstrationsordnung, „KBW-Fahne frech vorneweg an die Spitze des Zuges setzte.“⁴⁰¹ Obwohl sich der KBW mit dieser Aktion nicht durchsetzen konnte und die Demonstrationsleitung die ursprünglich vorgesehene Ordnung wiederherstellte, zeigt dies die durch alle drei Demonstrationen konstante Bedeutung der Führungsposition für den KBW. Hierbei setzte der KBW mit dem Gebrauch von Fahnen auf optisch klar hervorstechende Symbole, um seinem selbsterklärten Führungsanspruch auch eine gezielte Außenwirkung zu verleihen. Andere Organisationen des ML-Spektrums wurden vom KBW aufgrund des gleichen Anspruchs stark kritisiert. Über die KPD/ML hieß es in der KVZ beispielsweise, diese sei „hin- und hergerissen zwischen ihrem Bestreben, wenigstens symbolisch an der Spitze des Kampfes zu stehen, und der Einsicht in ihre Unfähigkeit, diesen Kampf unter komplizierten taktischen Bedingungen zu führen“⁴⁰². Die hier geäußerte Unterstellung der Unfähigkeit anderen Gruppen gegenüber wurde vom KBW gezielt angewendet, um diese zu diskreditieren und damit die eigene angestrebte führende Positionierung zu rechtfertigen.

³⁹⁷ Brokdorf und die Linke II, in: KVZ 10 vom 10.03.1977, S. 16.

³⁹⁸ Vgl. Zeitlicher Ablauf der Demonstration am 30.10.1976 anhand der bei der GEL eingegangenen Lagemeldung, Anlage 10b, in: Dokumentation der Landespolizei SH, Anlagenband, Oktober 1976 - Februar 1977, VS-NfD, Kiel o. J. [1977], S. 3, LASH, Abt. 621 Nr. 536.

³⁹⁹ Vgl. Zeitlicher Ablauf der Demonstration am 12./13.11.1976 anhand der bei der GEL eingegangenen Lagemeldungen, Anlage 19b, in: Dokumentation der Landespolizei SH, Anlagenband, Oktober 1976 - Februar 1977, VS-NfD, Kiel o. J. [1977], S. 4, LASH, Abt. 621 Nr. 536.

⁴⁰⁰ KBW dreht durch, in: AK 99 vom 21.02.1977, S. 7.

⁴⁰¹ Ebd.

⁴⁰² Brokdorf und die Linke II, in: KVZ 10 vom 10.03.1977, S. 16.

Der Versuch der Organisationen, sich gegenseitig immer weiter zu überbieten, führte laut Pettenkofer in der zweiten Demonstration innerhalb des ML-Spektrums dazu, dass immer radikalere Beweishandlungen notwendig waren, um an der Spitze des Protests zu stehen.⁴⁰³ In der Dynamik eines derartigen Überbietungswettkampfes musste sich entsprechend auch die Intensität der Gewaltanwendung der einzelnen Gruppen steigern, die auf eine konfrontative Demonstrationsstrategie setzten. Auch Bilstein geht davon aus, dass sich die besonders provokativen Aktionen des KBW vorrangig durch das Bemühen des gegenseitigen Überbietens erklären lassen.⁴⁰⁴ Damit kam es in Brokdorf zu einer weiteren Radikalisierung innerhalb des ML-Spektrums.⁴⁰⁵ Die Ursache lag vorrangig außerhalb des offiziellen Bewegungsziels der Anti-AKW-Bewegung und diente der Selbstprofilierung und der Sicherung gruppeninterner Stabilität.

Der KBW hatte eine Sicherung seines internen Zustandes nicht nur aufgrund der Mitgliederbewegung, sondern auch wegen interner Richtungskämpfe in der Führungselite sowie differierender Intensitäten von Militanz unterschiedlicher Ortsgruppen während der Brokdorfer Proteste besonders nötig. Obwohl der KBW nach außen den Anschein von Einheit wahrte, hatte sich, wie erst 1981 in einem Artikel des Theorieorgans, KuK zur inneren Entwicklung und Lage des KBW zugegeben wurde, gerade zur Zeit der Brokdorfer Proteste eine „kleinbürgerlich-extremistische Fraktion“ gebildet, die versuchte, eine radikalere Linie durchzusetzen als die Fraktion um ZK-Sekretär Hans-Gerhard Schmierer.⁴⁰⁶ Auch der Bremer KBW vertrat ein noch militanteres Protestkonzept als das ZK. Bacia geht davon aus, dass in Brokdorf vorrangig interne Richtungskämpfe des KBW ausgetragen wurden und diese für die starke Militanz verantwortlich seien.⁴⁰⁷ Wie instabil der innere Zustand im KBW zu diesem Zeitpunkt war zeigt sich auch darin, dass der KBW in der zweiten Jahreshälfte 1976 die Notwendigkeit sah, seine Organisation zu straffen und dazu seine etwa 100 Ortsgruppen in 40 Bezirksverbänden zusammenfasste, um so wieder eine stärkere interne Einheit herzustellen.⁴⁰⁸

Obwohl der KBW auch bezüglich der Demonstration am 19. Februar 1977 an seiner Strategie des gewaltsamen Protests festhielt, kam die durch die Organisationskonkurrenz entstehende Dynamik nicht mehr zum Tragen. Die anderen ML-Organisationen hatten sich bereits im Voraus der

⁴⁰³ Vgl. Pettenkofer, S. 191.

⁴⁰⁴ Vgl. Bilstein, S. 150.

⁴⁰⁵ Vgl. Pettenkofer, S. 191.

⁴⁰⁶ Vgl. Innere Entwicklung des KBW, innere Lage. Untersuchungsbericht des Zentralen Komitee vom 14. Dezember 1980, in: KuK 1 (1981), S.79-87, S. 80. Auch im Verfassungsschutzbericht wird von internen Richtungskämpfen im KBW zu dieser Zeit berichtet. Schmierer und Fochler warfen einer „rechten Strömung“ Revisionismus und Reformismus vor und sorgten dafür, dass deren Vertreter, die ZK-Mitglieder Burkhard von Braunbehrens und Dr. Willfried Maier, alle Parteiämter verloren. Vgl. Verfassungsschutzbericht BRD 1976, S. 97 f.

⁴⁰⁷ Vgl. Bacia, S. 1653.

⁴⁰⁸ Vgl. *Hans-Gerhard Schmierer*: Rundbrief Nr. 98 des ZK des KBW an die Bezirksleitungen und Ortsleitungen bezüglich der 3. ordentlichen Delegiertenkonferenz, Mannheim 21.09.1976, FU Berlin, APO-Archiv, 1.69, 773; Verfassungsschutzbericht BRD 1976, S. 99.

Demonstration ambivalent bis ablehnend gegenüber dem erneuten Versuch einer Platzbesetzung positioniert. Entscheidend hierfür war entsprechend der Einschätzung diverser im linken Teil der Bewegung aktiver Organisationen vorrangig die Entscheidung des KB, sich einer gewaltsamen Konfrontation am Bauplatz entgegenzustellen,⁴⁰⁹ der sich auch die KPD anschloss. Die KPD/ML war nach der zweiten Brokdorf Demonstration dem KB zufolge praktisch aus der Bewegung ausgestiegen⁴¹⁰ und wird auch in anderen Quellen zum Ablauf der dritten Demonstration nicht mehr erwähnt. Der KBW hatte damit unter den veränderten Bedingungen in weiten Teilen der Bewegung das Verständnis für seine Demonstrationsstrategie verloren⁴¹¹ und konnte damit seine auf dem Einsatz von Gewalt basierende Taktik nicht mehr erfolgreich umsetzen. Dennoch nutzte der KBW die Situation, um sich selbst als einzige relevante Gruppe des ML-Spektrums darzustellen, die die richtige Demonstrationsstrategie verfolgt habe, während die anderen ML-Organisationen durch ihr angeblich zu geringes Maß an Militanz den Erfolg der Demonstration verhindert hätten.⁴¹²

5. Polizei, Medien und Politik – Der Einfluss bewegungsexterner Akteure

5.1 Die Polizeistrategie – Demonstrationsordner oder Verteidiger des Staates

Protesthandeln und besonders die Ausübung politischer Gewalt geschehen nicht im „luftleeren Raum“⁴¹³. Martin Winter unterstreicht, dass die Aktionen einer Protestgruppe daher nicht isoliert betrachtet werden dürfen. Das gesamte Konfliktsystem mitsamt seinen strukturellen Rahmenbedingungen muss im Fokus liegen. Dabei wird im politischen Konflikt das staatliche Gewaltmonopol durch sein mit den Demonstranten interagierendes Exekutivorgan Polizei repräsentiert.⁴¹⁴

Das Verhältnis zwischen Demonstranten und der Polizei ist aufgrund ihrer gegensätzlichen Zielsetzungen im Protest strukturell konfliktträchtig. Während es den Demonstranten darum geht Aufmerksamkeit zu schaffen, ist es Ziel und Aufgabe der Polizei, Sicherheit und Ordnung zu wahren.⁴¹⁵ Ob es zu einer gewaltsamen Eskalation kommt und wie stark diese ausfällt, hängt nicht

⁴⁰⁹ Vgl. Bilanz nach dem 19.2. – So sehen’s die anderen, in: AK 100 vom 07.03.1977, S. 7 f. Der KB setzt sich hier mit den unterschiedlichen Gruppen, die diesen Vorwurf hervorbrachten auseinander.

⁴¹⁰ Vgl. Die Linken zu Kalkar, in AK 114 vom 03.10.1977, S. 12.

⁴¹¹ Vgl. Trautmann, S. 330.

⁴¹² Vgl. Pettenkofer, S. 192 f.

⁴¹³ Martin Winter: Protest policing und das Problem der Gewalt, Halle 1998, unter: <http://www2.sozioogie.unihalle.de/publikationen/pdf/9805.pdf> (Zugriff: 08.02.2017), S. 1.

⁴¹⁴ Vgl. ebd. S. 1 f.

⁴¹⁵ Vgl. Dannenbaum, „Atom-Staat“ oder „Unregierbarkeit“?, S. 270.

allein von der Einstellung der Demonstranten ab. Die Polizeitaktik, für die sich im jeweiligen Protest entschieden wird, ist für den Verlauf des Protests ebenso von Bedeutung. Die Entscheidung für eine bestimmte Taktik hängt dabei stark von den sozio-politischen Umständen der jeweiligen Zeit, den in der Polizei vorherrschenden Erfahrungswerten und der Weisungslage des Innenministeriums ab.

Die Polizei hatte aus Wyhl gelernt. Eine Besetzung des Bauplatzes sollte in Brokdorf unter allen Umständen verhindert werden. Entsprechend wurde der Bauplatz nicht nur festungsartig abgesichert, sondern die Polizei bereitete sich auch auf die größten Einsätze seit vielen Jahren vor.⁴¹⁶ Bereits Anfang Oktober wurden Einheiten in der Umgebung Brokdorfs stationiert, damit bei Beginn eventueller Proteste sofort reagiert werden konnte.

Ein Wandel des Polizeiapparats, der seit Beginn der 1960er Jahre stattgefunden hatte und die Polizei stärker auf eine Deeskalationsstrategie und eine Hinwendung zur Bevölkerung ausrichten sollte, wurde in den 1970er Jahren durch den Linksterrorismus in Frage gestellt.⁴¹⁷ Dadurch kam es, wie Winter betont, zu einem „roll-back“⁴¹⁸ in der Gesellschaftsdiagnose der Polizei, die der gesellschaftlichen Liberalisierung nun zunehmend die Verantwortung für eine „Demontage des Rechtsstaates“⁴¹⁹ zuschrieb. Ein derartiger Prozess wurde dadurch gefördert, dass in Deutschland bis in die 1970er Jahre hinein im öffentlichen Dienst noch viele Personen arbeiteten, die ihre prägenden beruflichen Erfahrungen im Dritten Reich gesammelt hatten. Dadurch herrschten obrigkeitsstaatliche Strukturen vor und gesellschaftliche Veränderungen fanden im Polizeiapparat nur mit erheblichem zeitlichen Nachlauf Niederschlag.⁴²⁰

Bereits zu Beginn der 1970er Jahre war das „System der inneren Sicherheit“ ausgebaut worden.⁴²¹ 1975 betonte Bundesinnenminister Werner Maihofer (FDP) vor dem Deutschen Bundestag, die Bundesregierung räume in Übereinstimmung mit den Ländern der Bekämpfung des Terrorismus erste Priorität vor allen anderen polizeilichen Aufgaben ein.⁴²² Der Kampf gegen den linksradikalen Terrorismus wurde zur vorrangigen Aufgabe der Polizei und verdrängte alle anderen Strategien des „protest policing“.⁴²³ In diesem Hinblick betonen Roth und Rucht deutlich die

⁴¹⁶ Vgl. Rainer Burchardt: Den Rest auf die Demonstranten, in: DIE ZEIT 51 vom 10.12.1976.

⁴¹⁷ Vgl. Carsten Dams: Polizei, in: Christian Gudehus, Michaela Christ (Hrsg.), Gewalt. Ein interdisziplinäres Handbuch, Stuttgart 2013, S. 50-57, S. 54.

⁴¹⁸ Martin Winter: Politikum Polizei. Macht und Funktion der Polizei in der Bundesrepublik Deutschland, Münster 1998, S. 195.

⁴¹⁹ Ebd.

⁴²⁰ Vgl. Anselm Doering-Manteuffel: Fortschrittsglaube und sozialer Wandel. Die Entstehung der Anti-Atom-Bewegung, in: ders., Bernd Greiner, Oliver Lepsius (Hrsg.), Der Brokdorf-Beschluss, Mainz 2015, S. 83-112, S. 100.

⁴²¹ Vgl. Roth/Rucht, Einleitung, S. 20.

⁴²² Bundesinnenminister Prof. Dr. Werner Maihofer vor dem Deutschen Bundestag im Juni 1975, in: Die Polizei 1 (1977), S. 16. Auch abgedruckt in: Kommunistischer Bund: Brokdorf ein Exempel. Zur Strategie und Taktik des Polizeieinsatzes, Hamburg 1977, S. 79.

⁴²³ Vgl. Martin Winter: Police Philosophy and Protest Policing in the Federal Republic of Germany 1960-1990, in: Donatella della Porta, Herbert Reiter (Hrsg.), Policing Protest. The Control of Mass Demonstrations in Western Democracies (Social Movements, Protest, and Contention, Bd. 6), Minneapolis/London 1998, S. 188-212, S. 199; Mit *Protest Policing* ist Winter

negativen Auswirkungen terroristischer Praxis auf die Neuen Sozialen Bewegungen. Terroristische Mobilisierung, wie sie in Deutschland im Laufe der 1970er Jahre durch die RAF stattfand, trug durch ihren direkten gewaltsamen Angriff auf den Staat zu einer grundsätzlichen Intensivierung staatlichen Eingreifens bei, die sich auch auf den Einsatz bei Demonstrationen auswirkten.⁴²⁴

Dabei erstreckte sich das konkrete Feindbild der westdeutschen Polizei weit über den Kreis der tatsächlichen Terroristen hinaus und umfasste ebenso den weiteren Sympathisantenkreis, der einigen Motiven der Terroristen Verständnis entgegenbrachte.⁴²⁵ Das führte auch dazu, dass in Demonstrationen die ML-Organisationen oft unabhängig davon wie sie tatsächlich agierten, als Störer identifiziert und pauschal für Eskalationen verantwortlich gemacht wurden.⁴²⁶

Diese die Polizeiarbeit prägende Gesellschaftssicht wirkte sich auch direkt auf die in Brokdorf eingesetzten Polizisten aus, wie der junge Polizist Manfred Börner, der in Brokdorf im Einsatz war, berichtet: „Ich bin in eine Polizei hineingekommen, die kennenlernen musste, sich mit terroristischen Aktivitäten auseinander zu setzen [...] das fand natürlich Niederschlag in unserer Ausbildung, das wir uns darauf einstellen mussten, in diesem Feld zu arbeiten.“⁴²⁷ Während die Terrorismusbekämpfung entsprechend den primären Lern- und Erfahrungsraum der in Brokdorf eingesetzten Polizisten prägte, mangelte es wie Börner weiterhin hervorhebt, an Erfahrungen in Bezug auf Massendemonstrationen. „Aber dieses Demonstrationsgeschehen, was sich seinerzeit entwickelte, war, glaube ich, für die damaligen Polizisten Neuland.“⁴²⁸ Auch der Historiker Döring-Manteuffel weist darauf hin, dass Massendemonstrationen, wie die in Brokdorf, noch etwas Neues gewesen seien. Protest sei dabei von staatlichen Akteuren auch schnell auf Kommunismus beschränkt und automatisch auf die DDR projiziert worden.⁴²⁹ Jedenfalls galt Protest schnell als Angriff gegen den Staat, den es zu verteidigen galt. Entsprechend stark konzentrierte sich die Polizei Ende der 1970er auf das Störpotential von Demonstrationen.⁴³⁰

Dieser Fokus wird auch durch die polizeilichen Quellen zu den Brokdorfdemonstrationen bestätigt. Die Polizei sah ihre Präsenz als erforderlich an, „weil sich aufgrund der Lage eine Vielzahl möglicher

zufolge „die polizeiliche Behandlung und soziale Kontrolle von Protestierenden“ gemeint. Winter, Politikum Polizei, S. 18. Der Begriff stammt ursprünglich von della Porta, die ihn definiert als: "a more neutral description for what protestors usually refer to as 'repression' and the state as 'law and order'." *Donatella della Porta: Social Movements and the State: Thoughts on the Policing of Protest*, in: Doug McAdam, John D. McCarthy, Mayer N. Zald (Hrsg.), *Comparative Perspectives on Social Movements. Political Opportunities, Mobilizing Structures, and Cultural Framings*, Cambridge 1996, S. 62-92, S. 62.

⁴²⁴ Vgl. Roth/Rucht, Einleitung, S. 20.

⁴²⁵ Vgl. Dannenbaum, „Atom-Staat“ oder „Unregierbarkeit“?, S. 281.

⁴²⁶ Vgl. ebd.

⁴²⁷ O-Ton Manfred Börner, Polizist, in: *Rainer Link: Der Brokdorf-Komplex. Kampfhandlungen in der Wilster Marsch*, [Manuskript zur Radiosendung], in: Deutschlandfunk, Hintergrund Kultur, Redaktion: Hermann Theißen, Sendung: 29.01.2013, 19:15-20:00 Uhr, unter: <http://www.deutschlandfunk.de/der-brokdorf-komplex-kampfhandlungen-in-der-wilstermarsch.media.eff51ca73c52ecc8cf25848762da380d.pdf> (Zugriff: 18.02.2017), S. 10.

⁴²⁸ Ebd.

⁴²⁹ Vgl. Döring-Manteuffel, S. 101 f.

⁴³⁰ Vgl. Dannenbaum, „Atom-Staat“ oder „Unregierbarkeit“?, S. 281.

Störungen der öffentlichen Sicherheit oder Ordnung ergeben können.“⁴³¹ Obwohl später in der Einsatzbegründung auch vom Schutz der Demonstranten gesprochen wird, ist dieser aus polizeilicher Sicht als nachrangiger Faktor im Verhältnis zum Schutz des Staates zu werten.⁴³²

Während die Landespolizei Schleswig-Holstein deutlich auf den friedlichen Charakter der bürgerlichen Demonstranten hinwies, wurden linksextreme Gruppierungen als klares Feindbild inszeniert. Dabei wurde sehr ausführlich auch auf die besonders von ML-Organisationen ausgehende Gefahr hingewiesen, wobei der KBW als primärer Gegner herausgestellt wurde. Dies ergibt sich besonders gut aus einer grundlegenden Beschlussvorlage über den in Brokdorf anstehenden Polizeieinsatz des Schleswig-Holsteinischen Innenministers Rudolf Titzck (CDU) an die Landesregierung vom 1. Oktober 1976. Darin heißt es:

„Da die meisten Bürgerinitiativen stark vom KBW unterwandert sind und gesteuert werden, muß bei einer etwaigen Räumung des Baugeländes durch die Polizei nicht nur mit passivem, sondern auch mit hartem, brutalem Vorgehen gerechnet werden. Nach den vorliegenden Erkenntnissen und den Erfahrungen steht zu erwarten, daß hierbei Frauen und Kinder als „Schutzschild“ eingesetzt werden.“⁴³³

Die Beteiligung des KBW wird hier als alleiniger Grund für eine mögliche Gewalteskalation angeführt. Dabei wird dem KBW zusätzlich ein moralisch zu verachtendes Verhalten unterstellt, wodurch sein Feindbildcharakter verstärkt und die Notwendigkeit eines harten polizeilichen Einsatzes besonders durch die voraussichtliche Teilnahme des KBW an der Demonstration begründet wurde. Aber nicht nur auf politischer Ebene wurde der KBW als Begründung für das hohe Polizeiaufgebot hervorgehoben. Im Einsatzbefehl vom 26. Oktober 1976 für den Objektschutz, der an die Hundertschaften weitergegeben wurde, wurden diese konkret vor dem KBW und dessen Ambitionen, die Führung im Protest zu übernehmen gewarnt.⁴³⁴ Damit waren auch die im Protest eingesetzten Polizeibeamten von Anfang an besonders auf eine tätliche Auseinandersetzung mit dem KBW vorbereitet und sensibilisiert. Auch im November war die Polizei trotz des verummten Auftretens der ML-Gruppen, wie aus dem Einsatztagebuch hervorgeht, sehr gut über die Aufenthaltsorte der einzelnen KBW-Trupps unterrichtet.⁴³⁵ Dies lag daran, dass viele Gruppen von sich aus Fahnen als Erkennungszeichen mitführten,⁴³⁶ aber auch an

⁴³¹ Kernkraftwerk Brokdorf, Führungs- und Einsatzkonzeption im Oktober 1976, Merkblatt der Gesamteinsatzleitung zur Rechtslage, o. O. [Glückstadt/Neumünster] o. J. [26.10.1976], LASH, Abt. 621 Nr. 544.

⁴³² Vgl. ebd.

⁴³³ Kernkraftwerk Brokdorf, Führungs- und Einsatzkonzeption im Oktober 1976, Innenminister SH an Ministerpräsident, Minister, Staatssekretäre, Beschlußvorlage. Betr.: Schutzmaßnahmen bei dem Bau eines Kernkraftwerkes in Brokdorf, Kiel 01.10.1976, S.3. LASH, Abt. 621 Nr. 544.

⁴³⁴ Vgl. Kernkraftwerk Brokdorf, Führungs- und Einsatzkonzeption im Oktober 1976, Einsatzbefehl Nr. 1 für den Objektschutz am KKW-Gelände Brokdorf, Neumünster 26.10.1976, LASH, Abt. 621 Nr. 544.

⁴³⁵ Vgl. Einsatztagebuch „Brokdorf“ vom 25.10.1976-24.11.1976, 13.11.1976, 16:04-21:11 Uhr, LASH, Abt. 621 Nr. 532.

⁴³⁶ Vgl. Zeitlicher Ablauf der Demonstration am 12./13.11.1976 anhand der bei der GEL eingegangenen Lagemeldungen, Anlage 19b, in: Dokumentation der Landespolizei SH, Anlagenband, Oktober 1976 - Februar 1977, VS-NfD, Kiel o. J. [1977], S. 4, LASH, Abt. 621 Nr. 536.

der intensiven Aufklärungsarbeit darüber, wer sich in der Demonstration wo zu positionieren gedachte.⁴³⁷ Auch innerhalb der Demonstration arbeitete die Polizei mit Informanten, die sie gezielt in den militanten Demonstrationstrupps unterbrachte.⁴³⁸

Während in den polizeilichen Unterlagen zumeist nicht zwischen den einzelnen ML-Organisationen differenziert wurde, und diese lediglich unter den allgemeinen Begriffen „K-Gruppen“ oder „Extremisten“ zusammengefasst wurden, findet einzig der KBW immer wieder gesonderte Erwähnung. Besonders auffällig ist dabei, dass gerade der KB im polizeilichen Quellenmaterial nicht ein einziges Mal außerhalb von allgemeinen Aufzählungen extremistischer Gruppierungen erwähnt wird. Während in der bisherigen Forschung der KB als diejenige Organisation herausgestellt wurde, welche besonders für die Ausweitung des militanten Protests in der Anti-AKW-Bewegung verantwortlich sei,⁴³⁹ zeigt die Polizei im gesamten Untersuchungszeitraum kein Interesse an dieser Organisation. Dieses Desinteresse unterstützt die Annahme, dass der KB trotz seiner starken Positionierung in den Organisationsstrukturen kaum eine Rolle bezüglich des Gewalteinsatzes spielte. Der polizeiliche Fokus auf den KBW blieb hingegen über die drei Demonstrationen hinweg konstant.

Die als unverhältnismäßig hart empfundenen Polizeieinsätze bei den ersten zwei Demonstrationen leisteten einen beträchtlichen Anteil an der Eskalation. Dabei muss allerdings bedacht werden, dass ein hartes polizeiliches Vorgehen sich nicht linear auf die Gewaltbereitschaft der Protestteilnehmer auswirkt.⁴⁴⁰ Bedeutender ist, dass dieser Einsatz als ungerecht angesehen wird. Dieses Empfinden basiert besonders auf einer mangelnden polizeilichen Differenzierung zwischen friedlichen und gewaltbereiten Protestteilnehmern. Die Polizei hatte zwar auf theoretischer Ebene in Brokdorf eine ganz klare diesbezügliche Unterscheidung vorgenommen, doch machte gerade der Einsatz von Wasserwerfern, Chemical Mace und des von Hubschraubern verbreiteten Tränengases eine effiziente Differenzierung zwischen verschiedenen Protestgruppen im Polizeieinsatz nahezu unmöglich.⁴⁴¹ Selbst Demonstranten, die auf jeglichen Einsatz von Gewalt verzichteten, bekamen Polizeigewalt zu spüren. Ein solches Vorgehen wirkte sich auf eine erhöhte Bereitschaft zum gewaltsamen Protest aus. Aber wie Hughes hervorhebt, unterstützte es auch die ideologische Legitimation des Gewalteinsatzes der ML-Organisationen. Wenn die Polizei auch Gewalt gegen friedliche

⁴³⁷ Vgl. Einsatztagebuch „Brokdorf“ vom 25.10.1976-24.11.1976, 12.11.1976, 11:16 Uhr, LASH, Abt. 621 Nr. 532.

⁴³⁸ Vgl. PM an die Bereitschaftspolizeiabteilung, Betr.: Anzeige gegen Unbekannt wegen Körperverletzung, Bericht über Einsatz in Zivil, Eutin 23.11.1976, 16 Js 192/77, Bl. 8, LASH, Abt. 352.2 Nr. 2302.

⁴³⁹ Vgl. Pettenkofer, S. 176; Dannenbaum, „Atom-Staat“ oder „Unregierbarkeit“?, S. 282.

⁴⁴⁰ Vgl. Schwind, S. 115.

⁴⁴¹ Vgl. Dokumentation der Landespolizei SH, Teil 2, Erfahrungsbericht, Oktober 1976 - Februar 1977, VS-NfD, Kiel o. J. [1977], S. 14, LASH, Abt. 621 Nr. 535.

Demonstranten einsetze, hätten auch die ML-Organisationen nach ihrer Einschätzung jedes Recht dazu, sich mit Gewalt zu verteidigen.⁴⁴²

Auf die harte Kritik bezüglich der gewählten Einsatzmittel war die Reaktion der Polizei, es habe letztlich in der Natur der Sache gelegen, dass der Einsatz dieser Mittel auch friedliche Demonstranten getroffen habe. Das sei aufgrund der Durchmischung der Protestgruppen nicht vermeidbar gewesen und man habe davon ausgehen müssen, dass diese Demonstranten schlau genug seien, sich selbst vom Polizeieinsatz zu entfernen.⁴⁴³ Dies bestätigt, dass die Polizei bei der Abwägung der Verhältnismäßigkeit ihres Einsatzes den Vorrang eindeutig der Bekämpfung einer Störung der Sicherheit und Ordnung eingeräumt hat und nicht dem Demonstrationsrecht.

5.2 Die Polizei auf die revolutionäre Linie bringen – Die Einschätzung des KBW

„Bullen“, „Schweine“, „Bullenschweine“ - Die Entmenschlichung und Diffamierung der Polizei, wie dies beispielsweise bei der RAF üblich war, bildet ein typisches Narrativ vorwiegend linksradikaler Gruppen, das dazu diente, eine stärkere Distanz zur Polizei aufzubauen.⁴⁴⁴ Dass diese Vorstellung auch in der gewaltbereiten linksradikalen Szene in Brokdorf stark vertreten war, ergibt sich deutlich aus Aufrufen diverser Organisationen zu einer differenzierteren Betrachtungsweise. In der Graswurzelrevolution, der Zeitung der gewaltfreien linken Szene, wird in Bezug auf die Polizei explizit gefordert: „Macht euch die Mühe und redet mit ihnen, unterscheidet zwischen Mensch und Rolle!“⁴⁴⁵ Aufgrund derartiger Aufrufe wäre leicht anzunehmen, dass der KBW als besonders militant auftretende Gruppe eine solche Entmenschlichungsstrategie bezüglich der Polizei verfolgte, um die Gewaltbereitschaft der eigenen Mitglieder gegenüber den Polizisten zu steigern. Im akuten Protestgeschehen mögen derartige Beschimpfungen auch von Mitgliedern des KBW gefallen sein. Sie deckten sich allerdings nicht mit der offiziellen Linie der Organisation.

Grundsätzlich nahm der KBW die Polizei als Instrument wahr, durch das die Finanzbourgeoisie das Energieprogramm gegen die Volksmassen durchsetzen wollte.⁴⁴⁶ Damit stellte die Polizei den Gegner im Feld dar, gegen den auch der Einsatz von Gewalt als legitim und gar notwendig angesehen wurde.⁴⁴⁷ Andere Gruppen, die sich gegen den Einsatz von Gewalt gegenüber der

⁴⁴² Vgl. Hughes, S. 241.

⁴⁴³ Vgl. Einstellungsbescheid von Staatsanwalt Triskatis zum Strafverfahrens gegen Polizeiführungskräfte wegen Körperverletzung im Amt, ltzeho 12.04.1977, 16 Js 753/76, Bl. 26, LASH, Abt. 352.2 Nr. 2240.

⁴⁴⁴ Vgl. *Gabriele Metzler*: Konfrontation und Kommunikation. Demokratischer Staat und linke Gewalt in der Bundesrepublik und den USA in den 1970er Jahren, in: VfZ 60 (2012), S. 249-277, S. 260.

⁴⁴⁵ „Legt die Bomben weg und die Steine“, in: GWR 25/26 (1976), S. 6.

⁴⁴⁶ Vgl. Energieprogramm – imperialistisches Programm gegen die Arbeiterklasse, in: KVZ 47 vom 25.11.1976, S. 9.

⁴⁴⁷ Zur Legitimierung des Gewalteinsatzes siehe Kapitel 4.2.

Polizei aussprachen, wurden vom KBW diesbezüglich hart kritisiert.⁴⁴⁸ Dennoch fand im KBW auf einer tieferen theoretischen Ebene in Bezug auf die Polizei durchaus eine Unterscheidung zwischen Mensch und Rolle statt. In der KVZ vom 17. Februar 1977 schilderte der ZK-Strategie Martin Fochler die von Seiten der Organisation vertretene Einschätzung der Polizei.⁴⁴⁹

„Die Polizeitruppen bestehen in ihrer Masse aus Leuten, die dem Volk entstammen und bloß dafür bezahlt sind, draufzuschlagen. Oft machen sie sich über die Gerechtigkeit der Sache, für die sie bezahlt werden, Illusionen. Diese Illusionen zerbrechen unter der Überzeugungskraft einer Massenbewegung verhältnismäßig rasch.“⁴⁵⁰

Anstatt die Gewaltanwendung gegenüber der Polizei durch das Propagieren eines klaren Feindbildes zu befördern, stellt Fochler sogar eine Nähe her, indem er die Polizisten in der gleichen Klasse verortet wie die Demonstranten. Letztlich stünden diese auf der gleichen Seite, müssten dies aber noch erkennen lernen.⁴⁵¹ Dabei ignoriert Fochler, dass große Teile sowohl der KBW-Mitglieder selbst, als auch der Anti-AKW-Bewegung insgesamt aus einem linksintellektuell geprägten Milieu stammten und eben nicht dem im KBW vertretenen Verständnis vom revolutionären Proletariat entsprachen.

Im KBW herrschte entsprechend die Überzeugung, dass die Polizei in hohem Maße beeinflussbar sei. Der Polizei wurde dabei neben der Armee eine wichtige strategische Bedeutung für die Durchführung der proletarischen Revolution beigemessen. Daher war es für den KBW von großer Bedeutung, die Polizei für die revolutionäre Linie zu gewinnen.⁴⁵²

In diesem Sinne wurde der „Grad der politischen und ideologischen Zersetzung“⁴⁵³, die besonders der Polizei, aber ebenso dem Staatsapparat und den Gerichten vor der Aktion in Brokdorf zugefügt würde, als essentiell für den erfolgreichen Protest wie auch die Revolution bezeichnet.⁴⁵⁴

Die erwarteten Erfolgsaussichten einer solchen Herangehensweise stützte der KBW argumentativ auf die Herausstellung der vermeintlichen Schwäche der Polizei sowie auf Verweise auf Teile der Polizei, die ihren Einsatz in Brokdorf abgelehnt hätten.

⁴⁴⁸ Vgl. KB-Nord: Friedlich und wehrlos unter dem „Motto“: Kein Kernkraftwerk in Brokdorf und auch nicht anderswo, in: KVZ Bezirksbeilage Hamburg-Unterelbe 46 vom 18.11.1976, S. 1.

⁴⁴⁹ Obwohl in der KVZ normalerweise keine Namen von Autoren genannt werden, kann in diesem Fall ermittelt werden, dass der Artikel „Polizeitaktik“ in der KVZ 7 vom 17.02.1977 von Fochler verfasst wurde. Er ist mit „(f)“ unterschrieben und der KB zitiert unter namentlicher Nennung Fochlers aus dem Artikel. Vgl. dazu: Erklärung des KB an die Mitglieder der Hamburger BUU: Keine Märchen über den 19.02. spinnen, S. 3, Hamburg 1977, Papiertiger, Ordner Brokdorf Bewegung 76/77.

⁴⁵⁰ Martin Fochler: Polizeitaktik, in: KVZ 7 vom 17.02.1977, S. 11.

⁴⁵¹ Das dies eine verbreitete und auch öffentlich vertretene Ansicht des KBW war, wird auch durch den KB bestätigt, der die Sichtweise, „daß die einfachen Polizisten ja eigentlich auch auf unserer Seite stehen“ als „altbekannten Schwachsinn“ des KBW bezeichnet. Nachrichten vom Widerstand, in: AK 106 vom 13.06.1977, S. 4.

⁴⁵² Vgl. Bericht an die Delegiertenkonferenz des KBW der Region Nord am 02.10.1977, Sassenbach 04.09.1977, S. 7, FU Berlin, APO-Archiv, 1.69, 773.

⁴⁵³ Am 19. Februar wird in Brokdorf demonstriert, in: KVZ 6 vom 10.02.1977, S. 1.

⁴⁵⁴ Vgl. ebd.

Eine Hundertschaft der Polizei sowie eine Hundertschaft des Bundesgrenzschutzes⁴⁵⁵ aus Uelzen hätten einen möglichen Einsatz bereits im Voraus verweigert.⁴⁵⁶ Zudem hätten sich diverse Polizisten vor den Einsätzen krankgemeldet.⁴⁵⁷ Auch wurde in der KVZ ein Interview mit einem Polizisten abgedruckt, der aussagte dass die Polizisten letztlich einem strengen System von Befehl und Gehorsam unterlägen, in ihrer persönlichen Meinung aber zumeist tendenziell auf Seiten der Demonstranten stünden.⁴⁵⁸ Diese Annahme bekräftigte der KBW weiterhin durch die Verkündung, Polizisten hätten Kernkraftwerksgegnern „Nachricht gegeben, wie sich die Regierung und Polizeiführung den Einsatz im Einzelnen denken.“⁴⁵⁹

Der KBW ging davon aus, dass sich die Polizisten nicht wirklich freiwillig zum Polizeidienst gemeldet hätten, sondern durch ökonomischen Druck in die Polizeitruppe „gepresst“ worden seien. Da ihre Arbeit dort im Gegensatz zu ihrer Klassenlage stehe, seien die Polizeitruppen leicht zersetzbar. Dabei galt die Annahme, dass die „Massenbewegung“ im Brokdorfer Anti-AKW-Protest über eine derart starke Überzeugungskraft verfüge, dass Polizeikräfte nur eine kurze Zeit im Einsatz sein könnten. Der „ideologische Zerschleiß“⁴⁶⁰ durch die Überzeugungskraft der „Massenbewegung“ sei so hoch, dass die Polizisten bereits nach wenigen Stunden ausgetauscht werden müssten,⁴⁶¹ bevor es bei ihnen zu einem Seitenwechsel in der Auseinandersetzung käme. Der KBW vertrat die Ansicht einer fortschreitenden Entwicklung im Zersetzungsstadium der Polizei. Während bei der Novemberdemonstration die Zersetzung noch nicht weit genug gewesen sei, sei sie im Februar 1977 bereits so weit fortgeschritten gewesen, dass der Polizeiapparat nicht mehr gegen das Volk eingesetzt werden konnte.⁴⁶² Unterstützt wurde diese Einschätzung bezüglich der dritten Demonstration durch in der KVZ erschienene Zitate aus der Bild am Sonntag von Polizeibeamten, die die Schwäche der eingesetzten Polizeitruppen bekundeten. Ein Beamter sagte aus: „Jede Konfrontation an dieser Stelle wäre für uns schlimm ausgegangen.“⁴⁶³ Ein anderer: „Wir wissen nicht, wie wir das überstehen sollen. Auf den Angriff hier waren wir nicht vorbereitet.“⁴⁶⁴ Aufgrund der Anzahl und Einheit der zur Demonstration marschierenden Masse

⁴⁵⁵ Der Bundesgrenzschutz (BGS) wurde am 01.07.2005 in Bundespolizei umbenannt.

⁴⁵⁶ Vgl. Meldung aus Uelzen, in: KVZ 49 vom 09.12.1976, S. 9.

⁴⁵⁷ Vgl. Meldung aus Hamburg, in: KVZ 3 vom 20.01.1977, S. 9.

⁴⁵⁸ Vgl. ebd.

⁴⁵⁹ Das KKW Brokdorf wird dort verhindert, wo es verhindert werden kann: IN BROKDORF!, in: KVZ Extrablatt vom 18.02.1977, S. 1.

⁴⁶⁰ *Martin Fochler*: Polizeitaktik, in: KVZ 7 vom 17.02.1977, S. 11.

⁴⁶¹ Vgl. ebd.

⁴⁶² Vgl. Vorschlag des KBW zur Zusammenfassung der Aktion am 19. Februar in Brokdorf und zur Festlegung der nächsten Aufgaben, in: KVZ Extrablatt vom 21.03.1977, S. 2.

⁴⁶³ Bild am Sonntag (Frankfurt) vom 20.02.1977, zitiert nach: Wird die Einheit der Massenbewegung erkämpft, dann wird das Kernenergieprogramm der Kapitalisten und der Bundesregierung fallen!, in: KVZ Extrablatt vom 21.02.1977, S. 1.

⁴⁶⁴ Die Chaoten kapitulierten vor der Polizei!, in: Bild am Sonntag (Hamburg) vom 20.02.1977, S. 2. Der Artikel wird zitiert in: Wird die Einheit der Massenbewegung erkämpft, dann wird das Kernenergieprogramm der Kapitalisten und der Bundesregierung fallen!, in: KVZ Extrablatt vom 21.02.1977, S. 1.

hätten die Polizeisperren auf dem Weg zur Demonstration am Bauplatz nicht mehr gehalten und seien bei der Polizei zudem die Sympathien mit den Demonstranten wach geworden.⁴⁶⁵

Aus einem Bericht an die Delegiertenkonferenz des KBW Region Nord geht zudem hervor, dass diese Sicht auf die Polizei nicht nur nach außen, sondern ebenso in organisationsinternen Gremien vertreten wurde. Rückblickend forderten einige Mitglieder unter direktem Bezug auf die Aktionen in Brokdorf sogar von der Delegiertenkonferenz eine verstärkte Gesprächsbereitschaft mit der Polizei. „Bei zentralen Aktionen hat es keinen Sinn, Geheimpläne zu schmieden, sondern umgekehrt, die Polizei muß über das Ziel und den Grund der Aktion informiert werden.“⁴⁶⁶

Begründet wurde diese Forderung auch durch die Annahme einer stetig zunehmenden Polarisierung innerhalb der Polizei. Die Zersetzung entwickle sich dabei innerhalb der Polizei „in Richtung Kritik und Information über die Ziele des Polizeiapparats“⁴⁶⁷, was als günstiges Zeichen interpretiert wurde. Damit fügte sich die Interpretation der Vorgänge in der Polizei in die im KBW offiziell vertretene Ansicht der unaufhaltbar voranschreitenden Revolution ein.⁴⁶⁸

Die Vorstellung von der Volksnähe und der fortschreitenden Zersetzung der Polizei darf allerdings nicht als Aufruf zum Gewaltverzicht zum Schutz der individuellen Polizisten missinterpretiert werden.⁴⁶⁹ Sinn dieser Argumentation war vielmehr die Einbettung der Polizei und ihrer Funktion im Hinblick auf ihre Rolle in der Revolution. Die ideologische Zersetzungsarbeit innerhalb der Polizei bildete einen zusätzlichen Aspekt, der dem KBW den Kampf gegen die gut ausgerüsteten Polizeitruppen erleichtern sollte.⁴⁷⁰ Für die Mitglieder des KBW musste eine derartige Sicht auf die Polizei vor Ort in den Demonstrationen auch den Effekt gehabt haben, dass der Gegner teilweise an Bedrohlichkeit verlor. Der Kampf des KBW in Brokdorf erschien erfolgversprechender unter der Annahme, die Polizei werde sich durch eine geschlossen auftretende Masse schnell zu einem Seitenwechsel umstimmen lassen. Dabei lässt sich entsprechend dem Modell der Gelegenheitsstrukturen aus der Protestforschung annehmen, dass die Aussicht auf Erfolg im Protest das Engagement und die Gewaltbereitschaft der Akteure steigerte. Das Modell basiert auf einem Rational-Choice-Ansatz und geht, wie Pettenkofer formuliert, davon aus, dass „die Beteiligten sich dann engagieren, wenn sie dies für aussichtsreich halten und ihnen die „Kosten“, die etwa durch staatliche Repression entstehen, nicht zu hoch erscheinen.“⁴⁷¹

⁴⁶⁵ Vgl. Die Operation gegen den Kernkraftwerksbau Brokdorf, in: KVZ 8 vom 24.02.1977, S. 11.

⁴⁶⁶ Bericht an die Delegiertenkonferenz des KBW der Region Nord am 02.10.1977, Sassenbach 04.09.1977, S. 7, FU Berlin, APO-Archiv, 1.69, 773.

⁴⁶⁷ Ebd.

⁴⁶⁸ Vgl. „Irgendwann mal Riesen-Putz mit Toten“, in: Der Spiegel 48 vom 21.11.1977, S. 118.

⁴⁶⁹ Fochler schreibt in seiner Analyse der Polizeitaktik dazu: „Wo eine Massenbewegung durch eine Mauer von ihren Zielen getrennt ist, kommt sie schwerlich umhin, diese Mauer umzulegen.“ *Martin Fochler: Polizeitaktik*, in: KVZ 7 vom 17.02.1977, S. 11. Da die Aussage im Zusammenhang mit der Analyse der Polizeitaktik gemacht wird, lässt sich davon ausgehen, dass Fochler sich hier ebenso auf den Bauzaun, wie auch auf die „Polizeimauern“ bezieht.

⁴⁷⁰ Vgl. *Martin Fochler: Polizeitaktik*, in: KVZ 7 vom 17.02.1977, S. 11.

⁴⁷¹ Pettenkofer, S. 15.

5.3 Polarisierung und Spaltung der Bewegung – Die Rolle von Medien und Politik

Massenmedien spielen eine Schlüsselrolle im Protest. Die Bewegungsakteure wissen um die Funktion der Medien und richten ihr Handeln nach ihnen aus.⁴⁷² Genauso nutzen aber auch die politischen Entscheidungsträger die Medien, um ihre Positionen zu verbreiten. Allerdings fungieren die Medien nicht ausschließlich als Sprachrohr. Durch die Selektion von Nachrichten, von dem was berichtet wird und dem, was nicht berichtet wird und wie ein Sachverhalt aufbereitet wird, sind sie verantwortlich für die Entwicklung der öffentlichen Meinung. Die Medien kreieren eine Stimmung, die den Protestverlauf maßgeblich mitbestimmt und grundsätzlich geeignet ist, eine Steigerung oder Mäßigung der Gewaltbereitschaft hervorzurufen.

Der KBW beobachtete intensiv die Berichterstattung in den von ihm als „bürgerlich“ verurteilten westdeutschen Medien zu den Brokdorfer Protesten. In vielen Artikeln der KVZ über Brokdorf bezog diese sich auf Berichte aus den überregionalen Tageszeitungen, wobei es bei den Zitaten nicht nur darum ging herauszustellen, wie das Verhalten des KBW von diesen Medien beurteilt wurde. Es ging auch darum eigene Positionen bestätigt zu finden. Bei aller grundsätzlichen Ablehnung bürgerlicher Medien, die ursächlich für die Schaffung eigener Medienorgane (KVZ und KuK) und damit einer Gegenöffentlichkeit war, zog der KBW immer wieder Zitate aus der Tagespresse heran, um seine eigenen Positionen zu stützen.

Eine eigene aktive Öffentlichkeitsarbeit wurde von der Organisation jedoch kritisch gesehen. Dies hing damit zusammen, dass der KBW grundsätzlich versuchte, seine internen Angelegenheiten von der Öffentlichkeit fernzuhalten und auch die Mitglieder von dieser abzuschirmen.⁴⁷³ In einem Flugblatt rief der KBW zwar dazu auf, direkt mit der Presse in Verbindung zu treten und Resolutionen an die Presse zu schicken,⁴⁷⁴ letztlich vertrat der KBW aber, worauf der KB hinweist, die Meinung, es sei „hirnrissig“, sich an die ‚sogenannte demokratische Öffentlichkeit‘ zu wenden: man müsse sich vielmehr ‚auf die Volksmassen stützen‘ die ohnehin ‚bereits in Bewegung sind‘.⁴⁷⁵ Bereits in Bezug auf die Demonstration im Oktober sprach der KBW von einer „Hetze in der bürgerlichen Presse gegen die Kommunisten“⁴⁷⁶, die im Vorfeld der Demonstration stattgefunden habe. Nach dieser Demonstration erlangte der KBW in der Öffentlichkeit eine verstärkte Aufmerksamkeit. Das harte Eingreifen der Polizei wurde von einem Sprecher der schleswig-

⁴⁷² Vgl. Dieter Rucht: Die medienorientierte Inszenierung von Protest. Das Beispiel 1. Mai in Berlin, in: APuZ 53 (2003), S. 30-38, S. 30.

⁴⁷³ Vgl. Kühn, S. 54.

⁴⁷⁴ Vgl. KBW Flugblatt, Brokdorf: Die Landesregierung kommt nicht durch, Aufruf zur Demo am 13.11.1976, Kiel o. J. [1977], FU Berlin, APO-Archiv, 1.69, 705.

⁴⁷⁵ Brokdorf-Prozeß gegen den KB, in: AK 105 vom 31.05.1977, S. 9.

⁴⁷⁶ KBW Flugblatt, Brokdorf: Die Landesregierung kommt nicht durch, Aufruf zur Demo am 13.11.1976, Kiel o. J. [1977], FU Berlin, APO-Archiv, 1.69, 705.

holsteinischen Landesregierung mit der Beteiligung des KBW gerechtfertigt.⁴⁷⁷ Im Spiegel wird die Aussage des Kieler Kabinetts, in Brokdorf sei der KBW zusammen mit „2000 linksextremen Kräften“ zu einer „von langer Hand vorbereiteten Aktion“ angerückt, als überzogene Werbung für den KBW kritisiert.⁴⁷⁸ In Wahrheit seien unter den Demonstranten nämlich keineswegs 2.000, sondern, Polzeischätzungen zufolge, allenfalls 200 Anhänger diverser maoistischer Splittergruppen, vor allem des KBW gewesen.⁴⁷⁹ Obwohl die Anzahl der „linksextremen Kräfte“ im Spiegel stark relativiert wird, wird der KBW in einer dominanten Rolle dargestellt. Die Verantwortungszuschreibung an den KBW für den Polizeieinsatz wurde damit nicht nur intern genutzt, sondern entsprach auch der von der Landesregierung in die Öffentlichkeit getragenen Begründung. Dabei wurde die Rolle des KBW öffentlich noch zusätzlich hochgespielt und dieser als klarer Gegenspieler im Konflikt identifiziert. Im Spiegel wird zusätzlich betont, dass diese Aussage einen öffentlich meinungsbildenden Charakter hatte. Es sei so eine verbreitete „Legende“ entstanden.

Bezüglich der Novemberdemonstration hob der KBW hervor, dass seit Mitte der Woche in Presse und Fernsehen besonders durch Politiker vor dem anstehenden Einsatz von Gewalt in der Demonstration gewarnt wurde.⁴⁸⁰ Innenminister Titzck (CDU) und Ministerpräsident Stoltenberg (CDU) hätten sogar noch am Abend vor der Demonstration im Radio angekündigt, auf die Gewalt mit aller Härte reagieren zu wollen.⁴⁸¹ Auch am Morgen des Demonstrationstages, dem 13. November 1976, verlas Stoltenberg im Norddeutschen Rundfunk (NDR) eine Erklärung, in der er die Anti-AKW-Demonstranten pauschal als „Gewalttäter“, „Kommunisten“ und „militante Anarchisten“ vorverurteilte.⁴⁸²

Das Urteil des KBW über dieses Vorgehen von Landesregierung und Medien und die Wirkung dieser Warnungen fiel klar aus: „Das hat keineswegs die Massen eingeschüchtert, sondern ganz im Gegenteil die Empörung und Wut und den Kampfeswillen gegen die Reaktion geschürt.“⁴⁸³ Der KBW fühlte sich entsprechend vom medial verbreiteten Antikommunismus direkt angegriffen und zeigte das Bedürfnis, darauf zu reagieren. Damit nutzte er das von Politik und Medien angekündigte Vorgehen, um den verstärkten Einsatz eigener Gewalt zu begründen. Dies hat laut seiner Argumentation zu einer Aggressionssteigerung geführt, die sich im Verlauf der Demonstration in einer Zunahme expressiver Gewalt ausgewirkt habe. Während diese Aussage

⁴⁷⁷ Vgl. K und K, in: Der Spiegel 46 vom 08.11.1976, S. 48.

⁴⁷⁸ Vgl. ebd., S. 49.

⁴⁷⁹ Vgl. ebd.

⁴⁸⁰ Vgl. Volksgewalt gegen Staatsgewalt – kein Kernkraftwerk in Brokdorf!, in: KVZ Bezirksbeilage Hamburg-Untereelbe 46 vom 18.11.76, S. 1.

⁴⁸¹ Vgl. ebd. S. 2.

⁴⁸² Vgl. Brokdorf Chronik, in: Atom Express 23 (1981), S. 6.

⁴⁸³ Die Einheit festigt sich im langandauernden Kampf, in: KVZ 46 vom 18.11.1976, S. 1.

vom KBW vermutlich vorrangig propagandistischen Gründen dienen sollte, ist es dennoch nicht unwahrscheinlich, dass eine solche Wirkung tatsächlich eingetreten ist. Damit wurde, was Rucht als großes Problem von Großdemonstrationen zu der Zeit herausstellt, durch die Medien in der Öffentlichkeit eine Art „Kriegsstimmung“⁴⁸⁴ erzeugt. Eine derart aufgeladene Atmosphäre begünstigte die Eskalation. Sie vermittelte der Polizei den Eindruck, dass hartes Durchgreifen von Nöten sei und sie ließ die gewaltbereiten Demonstranten sich auf eine noch härtere Auseinandersetzung vorbereiten.⁴⁸⁵ Entsprechend dieser Annahme geht Rucht davon aus, dass der deutlich spätere signifikante Wandel der Berichterstattung, der durch die voranschreitende gesellschaftliche Liberalisierung eintrat, letztlich zu einer Abnahme von Gewalt in Demonstrationen geführt habe.⁴⁸⁶

Das Vorgehen der Presse im Vorfeld der Novemberdemonstration 1976 war allerdings im Vergleich zu dem, was noch kommen sollte, nahezu harmlos ausgefallen. Nachdem sich die Warnungen vor einer gewaltsamen Eskalation bewahrheitet hatten, erfuhr der Konflikt eine zunehmende Dramatisierung in der Öffentlichkeit.⁴⁸⁷ Der Atom-Express, eine Zeitung, die dem militanten Teil der Bewegung nahe stand, sprach rückblickend von einer „Kampagne von Regierungsstellen, das Gespenst einer von ‚Gewalttätern‘ inszenierten ‚Schlacht um Brokdorf‘ aufzubauen.“⁴⁸⁸ Diese Kampagne sei durch die „bürgerliche Presse“ verbreitet worden.⁴⁸⁹ Eine ähnliche Einschätzung vertrat Verlagslektor und Publizist Freimut Duve, der in diesem Zusammenhang von einer „psychologischen Kriegsführung“ sprach, die sogar „besonnene Publizisten in Staatsuntergangsstimmung versetzt hat.“⁴⁹⁰ Selbst in der Forschung wird der Umgang von Politik und Medien mit den Brokdorfer Demonstrationen spätestens ab diesem Zeitpunkt als regelrechte „Hetzkampagne“⁴⁹¹ gegen die militanten Bewegungsakteure bezeichnet. Politiker und Journalisten sprachen öffentlich von Bürgerkrieg, wie auch von Todesopfern, die von den militanten Demonstranten sogar gewünscht seien.⁴⁹² Dabei bediente man sich vorrangig zweier zeitgenössisch gesellschaftlich vorherrschender Angstbereiche. Einerseits der Angst vor dem Kommunismus und andererseits der Terrorismusangst. Ministerpräsident Stoltenberg bediente sich in seiner Argumentation gleich beider Aspekte. In der Frankfurter Rundschau erklärte er, „es müsse jeden angehen, wenn Kinder [...] zum Teil bewaffnet von Kommunisten

⁴⁸⁴ Rucht, *Gewalt und neue soziale Bewegungen*, S. 472.

⁴⁸⁵ Vgl. ebd.

⁴⁸⁶ Vgl. ebd., S. 475.

⁴⁸⁷ Vgl. Renner, S. 94.

⁴⁸⁸ Brokdorf Chronik, in: Atom Express 23 (1981), S. 7.

⁴⁸⁹ Vgl. ebd.

⁴⁹⁰ Freimut Duve: Editorial, in: ders. (Hrsg.), *Atomenergie/Brokdorf/Untere Elbe* (Technologie und Politik Bd. 7), Reinbek bei Hamburg 1977, S. 3-5, S. 3.

⁴⁹¹ Renner, S. 94; vgl. dazu auch: Steffen S. 183.

⁴⁹² Vgl. Peter Boenisch: *Meine Meinung. Die Jungfrau von Brokdorf*, in: BILD-Zeitung (Berlin) vom 21.02.1977, S. 6.

nach Brokdorf gefahren würden, um dort die Polizei anzugreifen.“⁴⁹³ Weiterhin merkte er gegenüber der BILD-Zeitung an: „Der harte Kern besteht aus reinen Terroristen.“⁴⁹⁴ Am Abend des 18. Februar rief sogar Bundeskanzler Helmut Schmidt dazu auf, sich von Brokdorf als Demonstrationsort fernzuhalten.⁴⁹⁵ Damit wurde die vermeintliche Bedrohung durch die nicht erlaubte Demonstration in Brokdorf auf die höchste politische Ebene gehoben und zur „Chefsache“ erklärt.

Der KBW bezeichnete die Akteure, die den öffentlichen Diskurs maßgeblich beeinflussten, als „Bourgeoispolitiker und Bourgeoisjournalisten“⁴⁹⁶, die „Sachverständige in Sachen Volksbetrug und Spaltung“⁴⁹⁷ seien. Der Vorwurf gegenüber der Regierung, dass diese als „Spalter“ fungiere, war im KBW verbreitet und spielte nicht nur im Kampf gegen die Kernkraft eine große Rolle. Dennoch trat er im Vorfeld der Februardemonstration besonders in den Vordergrund. Dies mag auch daran gelegen haben, dass die Landesregierung tatsächlich eine Taktik der Spaltung der Bewegung verfolgte.⁴⁹⁸ Selbst den vorläufigen Baustopp, der dem bürgerlichen Teil der Bewegung als Erfolg gegen den Staat erschien, sah der KBW als reine Maßnahme auf politischer Ebene zum Zweck des Zeitgewinns für die angestrebte Spaltung der Bewegung und Zersetzung der BUU.⁴⁹⁹ „Gespalten muß werden und Spaltung braucht Zeit. Deswegen der Baustopp.“⁵⁰⁰

Der KBW reagierte auf die negative mediale Berichterstattung, indem er noch stärker als zuvor für eine Einheit der Bewegung eintrat. Die Mobilisierung zur Februardemonstration lief unter dem Motto der Herstellung der Aktionseinheit wie auch einer Kampfansage an die vom KBW als Spalter identifizierten politischen Kräfte.⁵⁰¹

Die Einheitsaufrufe des KBW zeigten aber keine Wirkung. Der hohe öffentliche Druck, der von Bundesregierung, Landesregierung und Teilen der Medien auf die Bewegung ausgeübt wurde, leistete letztlich den entscheidenden Beitrag zur Spaltung der BUU Ende Januar 1977 und den zwei getrennt stattfindenden Demonstrationen in Brokdorf und Itzehoe.⁵⁰² Für den KBW stellte die Demonstration in Itzehoe die staatlich befürwortete Demonstration dar, die entsprechend

⁴⁹³ Bremer Bürgerinitiative setzt sich gegen CDU-Angriffe energisch zur Wehr, in: FR vom 21.01.1977, S. 4.

⁴⁹⁴ Sie sagen Brokdorf und meinen den Staat, in: BILD-Zeitung (Hamburg) vom 16.02.1977, S. 2.

⁴⁹⁵ Vgl. Reimar, S. 19; *Enno Brand*: Die Antwort des Staates, in: Redaktion des Atom Express (Hrsg.), ... und auch nicht anderswo! Die Geschichte der Anti-AKW-Bewegung, Göttingen 1997, S. 230-233, S. 230.

⁴⁹⁶ Am 19.02. wird in Brokdorf demonstriert, in: KVZ Extrablatt vom 12.02.1977, S. 2.

⁴⁹⁷ Ebd.

⁴⁹⁸ Vgl. Landtag Schleswig-Holstein: Plenarprotokoll der 32. Sitzung am 15.02.1977, Kiel 1977, S. 2180. Uwe Ronneburger, der Landesvorsitzende der FDP Schleswig-Holstein, fordert hier, die bisher verfolgte Strategie der Aufspaltung zwischen „friedlichen Demonstranten“ und den „Terroristengruppen“ zu hinterfragen.

⁴⁹⁹ Vgl. Plakat des KBW, Aufruf: Kundgebung 19.02. Brokdorf, Wilster 12.02.1977, HIS, SBe 731, P1 Atomkraftwerke A-Z 01.

⁵⁰⁰ Am 19.02. wird in Brokdorf demonstriert, in: KVZ Extrablatt vom 12.02.1977, S. 2.

⁵⁰¹ Vgl. beispielsweise: Am 19. Februar wird in Brokdorf demonstriert, in: KVZ 6 vom 10.02.1977, S. 1; Die Aktionseinheit zum 19.02. herstellen!, in: KVZ Bezirksbeilage Hamburg-Untereelbe Extra vom 07.02.1977, S. 1; Brokdorf: Gegen Spaltung und parlamentarische Manöver am 19.2. den Willen des Volkes durchsetzen, in: KVZ Extra Bezirksbeilage Hamburg-Untereelbe, 04.02.1977, S. 1.

⁵⁰² Vgl. Steffen, S. 183.

abzulehnen war. Die Kräfte, die für Itzehoe plädierten, wie die SPD und auch die DKP, verurteilte der KBW als „Kräfte, die offen für Unterwerfung unter den bürgerlichen Staat“⁵⁰³ einträten.

Letztlich kann davon ausgegangen werden, dass die öffentliche Darstellung des Protestgeschehens sich auf den KBW und dessen Proteststrategie auswirkte. Die öffentlich erzeugte „Kriegsstimmung“ unter Verweis auf die militanten Demonstranten und die damit einhergehende Strategie der Spaltung der Bewegung in ein friedliches und ein gewaltbereites Lager zeigten Wirkung. Der KBW forderte in seiner Reaktion darauf eine gemeinsame Kampffront. Die medial verbreiteten Angriffe auf den KBW verstärkten nach seiner eigenen Aussage das Aggressionspotential in der Demonstration erheblich.

6. Die individuelle Ebene der Gewalt

6.1 Gruppensolidarität und „Legitimitätsglaube“

Zur Anwendung von Gewalt innerhalb der Brokdorfer Demonstrationen und dem damit einhergehenden Übertritt vom Bereich des Legalen in den Bereich illegaler, strafbarer Handlungen sind die sozio-politischen Umfeldbedingungen, die gewaltfördernde Ideologie des KBW wie auch die Dynamiken zwischen den Akteursgruppen im Protest selbst von großer Bedeutung. Es darf dabei nicht vergessen werden, dass die gewaltsamen Aktionen in Brokdorf von einzelnen Aktivisten ausgeführt wurden. Ohne die jeweilige Bereitschaft des Individuums gewaltsam zu handeln, hätte die militante Proteststrategie des KBW nicht durchgesetzt werden können. Mangels persönlicher Erfahrungsberichte von KBW Mitgliedern aus Brokdorf können hier lediglich einige Überlegungen grundsätzlicher Natur angestellt werden, welche Aspekte die individuelle Bereitschaft zur Gewaltanwendung für den KBW in Brokdorf beeinflusst haben.

Della Porta zufolge ist das persönliche Netzwerk, in das eine Person involviert ist, die sogenannte Peergroup, von entscheidender Bedeutung für die politischen Entscheidungen, die das Individuum trifft.⁵⁰⁴ Dies gilt auch im Hinblick auf eine mögliche Gewaltanwendung. Die Peergroup der KBW Mitglieder war oft gänzlich auf andere Mitglieder der Organisation beschränkt. Der KBW bildete

⁵⁰³ Die Aktionseinheit zum 19.02. herstellen!, in: KVZ Bezirksbeilage Hamburg-Untereibe Extra vom 07.02.1977, S. 1.

⁵⁰⁴ Vgl. della Porta, Politische Gewalt und Terrorismus, S. 51. Hiermit wendet sich della Porta gezielt von den lange in der Forschung vorherrschenden pathologischen Erklärungsansätzen für die Bereitschaft zur Gewaltanwendung des Individuums ab. Vgl. *Donatella della Porta*: Klandestine politische Gewalt, in: Axel T. Paul, Benjamin Schwalb (Hrsg.), *Gewaltmassen. Über Eigendynamik und Selbstorganisation kollektiver Gewalt*, Hamburg 2015, S. 359-382, S. 359. Bezüglich des KBW erscheint eine pathologische Erklärung nicht sinnvoll, da hier von vielen Mitgliedern einer größeren Gruppe Gewalt angewendet wurde. Die Gewaltanwendung mag bei einzelnen Personen auch eine pathologische Grundlage gehabt haben, dies lässt sich aber nicht auf die Gesamtgruppe übertragen. In diesem Kapitel stehen daher die Dynamiken im Vordergrund, die insgesamt gruppenintern im KBW herrschten sowie die Bedingungen in der konkreten Protestsituation.

vielfach das einzige soziale Netzwerk seiner Mitglieder oder substituierte gar vormalig vorhanden gewesene soziale Netzwerke. Dies lag teilweise an dem extrem hohen Arbeitspensum, das von Mitgliedern im KBW für die Organisation und die angestrebte Revolution verlangt wurde, so dass kaum Zeit für die Pflege von Kontakten außerhalb des KBW blieb.⁵⁰⁵ Teilweise erwarteten leitende Kader auch, dass Mitglieder in entfernte Regionen zogen, um dort neue Zellen aufzubauen, was einen zusätzlichen Verlust von Beziehungen und Bindungen bei einer reinen Fokussierung auf die Gruppe zur Folge hatte.⁵⁰⁶

Dabei herrschten im KBW Dynamiken vor, die bei längerfristigem Engagement in der Gruppe persönliche Einstellungen und Überzeugungen unterminierten. Ein ehemaliges Mitglied berichtet, im KBW habe es „zwangsläufig wirkende Tendenzen“⁵⁰⁷ gegeben, „unser praktisches Handeln wie unser politisches Denken mehr und mehr [...] zu vereinnahmen und zu deformieren.“⁵⁰⁸ Zudem sei die Wirklichkeit generell „durch die Brille und nach dem Interpretationsmuster der von der KBW-Führung legalisierten ML-Glaubenssätze zu betrachten“⁵⁰⁹ gewesen. Gerd Held, ein Gründungsmitglied der Organisation, fasst die Situation im KBW prägnant zusammen: „Wir waren in gewisser Weise wie Maschinen, die sehr stramm in einem ideologischen Mechanismus gedacht haben. Da waren alle Fäden zur Realität und zu dieser Welt abgerissen.“⁵¹⁰ Die Aktivität in der Kaderorganisation habe Held zufolge durch die ausschließliche Beschäftigung mit deren Inhalten zu einer geistigen Verarmung geführt.⁵¹¹ Eine völlige Vereinnahmung des Individuums⁵¹² sowie die „Kontrolle der Beziehungen der Mitglieder“⁵¹³ sieht auch Kühn als besonders charakteristisch für die sektiererischen ML-Organisationen an.

Die Arbeit im KBW führte damit besonders für langjährige Mitglieder zu einer Entfremdung nicht nur von engen Bezugspersonen, sondern auch von der gesellschaftlichen Realität. Della Porta beschreibt, dass eine derartige Isolierung bei einer gleichzeitigen Konstruktion einer eigenen Wahrnehmung der Wirklichkeit zu einem Realitätsverlust führt.⁵¹⁴ Im KBW geschah dies durch regelmäßige verpflichtende ideologische Schulungen der Mitglieder sowie das Erschaffen einer eigenen Gegenöffentlichkeit, in der ein ideologisch gefiltertes Weltbild vermittelt wurde. Eine so

⁵⁰⁵ Vgl. „Vom KBW aus kannst du verrecken, Hauptsache es wird Politik gemacht“, in FAZ vom 25.11.1978, S. 2. Hier berichtet ein Aussteiger, ihm sei zur Vorbereitung von Aktionen zentral gesteuert und ohne die Möglichkeit einer Verweigerung ein 15-Stunden-Tag abverlangt worden.

⁵⁰⁶ Vgl. Hinck, S. 48; Apter, S. 2. Apter setzt sich mit solchen Entfremdungsvorgängen auf theoretischer Basis auseinander.

⁵⁰⁷ Wir warn die stärkste der Parteien, S. 52.

⁵⁰⁸ Ebd.

⁵⁰⁹ Ebd., S. 56.

⁵¹⁰ Gerd Held, zitiert nach: Hinck, S. 49.

⁵¹¹ Vgl. ebd.

⁵¹² Kühn, S. 52.

⁵¹³ Ebd.

⁵¹⁴ Vgl. della Porta, Politische Gewalt und Terrorismus, S. 48.

entstehende „affektive und kognitive Dynamik von Gruppensolidarität“⁵¹⁵ konnte laut della Porta zu einer Reduktion der Wahrnehmung individueller Wahlmöglichkeiten und persönlicher Verantwortung führen.⁵¹⁶ Die Reflexion des eigenen Verhaltens wurde zudem durch eine Abnahme von Einflüssen und Erfahrungswerten von außen erschwert.⁵¹⁷ Dadurch wurde es auch schwieriger für das Individuum, die Erfolgchancen militanter Aktionen realitätsgetreu abzuschätzen. Unter den Aktivisten wurde der Glaube vermittelt, in Brokdorf tatsächlich siegreich aus einer gewaltsamen Konfrontation mit der Polizei hervorgehen zu können.

Die Vermittlung von Rechtfertigungsstrategien für die Anwendung politischer Gewalt in Brokdorf war im KBW Teil der Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung der Demonstrationen. Wie die Sozialwissenschaftlerin Birgit Enzmann herausstellt, besteht in solchen Konstellationen beim individuellen Aktivistens kaum ein Unrechtsbewusstsein.

Das Individuum legitimiert sich in seinem Handeln nicht als einzelne Person, sondern sieht sich als Verfechter einer übergeordneten, durch die Ideologie der Organisation vermittelten Wahrheit. Laut Enzmann entsteht dabei ein sogenannter „Legitimitätsglaube“⁵¹⁸. Das Individuum glaubt selbst an die Legitimität seiner eigentlich rechtswidrigen Aktionen, da es sich in der eigenen Legitimitätsfindung nicht auf universelle gesamtgesellschaftlich geltende Werte bezieht. Stattdessen bewegt sich der Einzelne in einem Vergleichsrahmen von akzeptierten Normen und Rollenbildern gleich- und ähnlichgesinnter Gruppenmitglieder.⁵¹⁹ Gerade die Mitglieder des KBW zeichneten sich laut Verfassungsschutz durch „eiserne Disziplin und größte Opferbereitschaft“⁵²⁰ für die Organisation aus. Entsprechend orientierte sich das Individuum bei seiner jeweiligen Selbstlegitimierung an einer Bezugsgruppe, die das organisationsintern vermittelte Weltbild auch im Verhältnis zu anderen Gruppen besonders stark verinnerlicht hatte.

Da individuelle Einstellungen im KBW stark durch die indoktrinierten Anschauungen der Organisation geprägt waren, musste eine wie in Brokdorf aus dem ZK vorgegebene und klar ideologisch begründete militante Demonstrationsstrategie schnell von den Mitgliedern selbst als legitime Vorgehensweise übernommen werden.

Aber auch beim Ablauf der Demonstrationen wurde vom KBW die kollektive Identität seiner Mitglieder weiter unterstützt und auf die Festigung des Gemeinsamkeitsgefühls gesetzt. Bereits

⁵¹⁵ Della Porta, *Gewalt und die Neue Linke*, S. 490.

⁵¹⁶ Vgl. ebd.

⁵¹⁷ Vgl. Kühn, S. 54.

⁵¹⁸ *Birgit Enzmann: Politische Gewalt. Formen, Hintergründe, Überwindbarkeit*, in: dies. (Hrsg.), *Handbuch Politische Gewalt. Formen – Ursachen – Legitimation – Begrenzung*, Wiesbaden 2013, S. 43-66, S. 51.

⁵¹⁹ Vgl. ebd.

⁵²⁰ Bundesamt für Verfassungsschutz, zitiert nach: K und K, in: *Der Spiegel* 46 vom 08.11.1976, S. 49.

die Hinfahrt erfolgte zusammen in KBW-Bussen.⁵²¹ Auch die Taktik des Kampfes in KBW-Stoßtrupps spätestens in den Demonstrationen im November und Februar hatte eine Auswirkung auf den Gewalteininsatz. Davon lässt sich ausgehen, da auch die Polizei diese Taktik, die sie als „Aktivgruppen“ bezeichnet, in einen direkten Zusammenhang mit einer bisher unbekanntem „Verbissenheit und Brutalität“ stellt, mit der die „Gewalttäter“ gegen das Baugelände vorgegangen seien.⁵²² Derartige Kleingruppen, in denen sich der Einzelne als dazugehörig begreift, gelten in der Gewaltforschung als förderlich für individuelle Gewaltbereitschaft und Durchhaltevermögen, da das Individuum in dieser Konstellation Verantwortung für die Gesamtgruppe empfindet.⁵²³

Das Gemeinsamkeitsgefühl galt auch für die Brokdorfer Demonstrationsteilnehmer insgesamt. Pettenkofer analysiert, dass gerade durch die optische Wahrnehmung des Brokdorfer Demonstrationzugs eine grundsätzliche kollektive Euphorie entstanden sei. Diese beruhte auf dem Bild der Menge, die den Teilnehmern die Demonstration tatsächlich als eine einheitliche Bewegung der Volksmassen präsentierte und den Militanten damit einen Gegenstand bot, für den sich der Kampf lohnte.⁵²⁴ Dabei hatte Pettenkofer zufolge das gemeinsame Durchleiden der Gewalterfahrungen durch das staatliche Eingreifen auch integrierend gewirkt. Das Atomkraftwerk habe für die Militanten eine doppelte Sinnstruktur erhalten. Neben der Funktion als Symbol des gewaltbereiten Staats galt das AKW nun auch als Ort der Gemeinsamkeit und ließ damit den weiteren Einsatz im Protest attraktiver erscheinen.⁵²⁵

Bezüglich spezifischer von individuellen KBW Mitgliedern in Brokdorf verübter Gewalttaten lässt sich keine Aussage treffen. Es wurden zahlreiche staatsanwaltschaftliche Ermittlungsverfahren gegen militante Aktivisten unter anderem wegen Nötigung, Körperverletzung, Sachbeschädigung und Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte eröffnet.⁵²⁶ Diese basierten zumeist auf Fotobeweisen, auf denen nur schemenhaft Personen zu erkennen waren. Die meisten Verfahren wurden ergebnislos eingestellt. Dies lag auch am vermummten Auftreten der Mitglieder des KBW, das eine Feststellung der Identität durch Polizei und Ermittlungsbehörden nahezu unmöglich machte. Die Vermummung hatte über ihren instrumentellen Zweck hinausgehend eine weitere

⁵²¹ Vgl. Flugblatt des KBW: Die Bewegung gegen das KKW in Brokdorf ist stärker als die Staatsgewalt. Sofortige Einstellung der Bauarbeiten. Aufruf zur Demonstration am 13.11. am Bauplatz in Brokdorf, o. O. o. J. [1976], FU Berlin, APO-Archiv, 1.69, 707. Hier werden Abfahrten des KBW von Hamburg, Kiel, Eckernförde, Lübeck, Norderstedt, Quickborn und Pinneberg erwähnt.

⁵²² Vgl. Dokumentation der Landespolizei SH, Teil 2, Erfahrungsbericht, Oktober 1976 - Februar 1977, VS-NfD, Kiel o. J. [1977], S. 57, LASH, Abt. 621 Nr. 535.

⁵²³ Vgl. Alf Lüdtkke: Akteure: Täter, Opfer, Zuschauer, in: Christian Gudehus, Michaela Christ (Hrsg.), Gewalt. Ein interdisziplinäres Handbuch, Stuttgart 2013, S. 177-183, S. 180.

⁵²⁴ Vgl. Pettenkofer, S. 200.

⁵²⁵ Vgl. ebd., S. 205 f.

⁵²⁶ Vgl. Bestand Landgerichte und Staatsanwaltschaften - Landgericht und Staatsanwaltschaft Itzehoe, LASH, Abt. 352.2.

gemeinsamkeitsstiftende und entindividualisierende Wirkung. Wie Paris beschreibt, tritt durch die Vermummung an die Stelle der biografischen Identität des Individuums eine „illegale“ oder auch „heroische“ Identität.⁵²⁷ Die Vermummung ist ihm zufolge immer auch als ein „offensiver Akt symbolischer Selbstermächtigung“⁵²⁸ zu werten, durch den das Individuum sich zwingt, in eine andere Rolle zu schlüpfen und dieser entsprechend zu agieren. Unentschiedenheit, Unsicherheit und Selbstzweifel des Individuums werden dadurch von einer Identität überlagert, die gewaltsames Handeln voraussetzt.⁵²⁹ Neben dem Aspekt der Vermummung wurde die individuelle Gewaltbereitschaft auch durch die Beschaffenheit des Protestraumes gefördert. Laut Polizei hatte es bei der eskalierenden Novemberdemonstration rund um das Baugelände „über mehrere Stunden einen ‚rechtsfreien Raum‘“⁵³⁰ gegeben, in dem „für jedermann erkennbar keine staatliche Strafverfolgung möglich war und die militanten Kämpfer fortwährend strafbare Handlungen begehen konnten, ohne eine Strafverfolgung befürchten zu müssen.“⁵³¹ Die Beschaffenheit des klar abgegrenzten Aktionsraumes, in dem auf illegale Handlungen keine Konsequenzen folgen würden, setzte ein wichtiges handlungsregulierendes Instrument außer Kraft, das sicherlich einige Demonstranten, auch des KBW, vom Einsatz von Gewalt abgehalten hätte.

6.2 Revolutionäre Helden und die Männlichkeit der Gewalt

Auf der individuellen Ebene war in der Auseinandersetzung in Brokdorf auch die eigene Funktion und Rollenwahrnehmung der KBWler von Bedeutung. Der KBW stellte sich selbst als eine Gruppe von Revolutionären dar und propagierte damit seinen Mitgliedern gegenüber das Bild des Revolutionärs als anzustrebendes Ideal. In Bezug auf die Demonstrationen präsentierte der KBW sich selbst als „Revolutionäre auf die sich die Massenbewegung stützte.“⁵³² Der Revolutionär nahm dabei die Funktion eines Helden ein, der sich durch Furchtlosigkeit und die Bereitschaft dazu, sich selbst zum Wohle der unterdrückten Massen zu opfern, auszeichnete.⁵³³ Dabei nahm er selbst in Bezug auf eine erstrebte Überwindung der Furcht der Massen vor dem „Staatsapparat und seinem Repressionsapparat“ eine Vorbildfunktion ein. „Soweit die Massen diese Furcht überwinden, geht es ihnen genauso wie jedem Revolutionär auch: sie überwinden sie, weil das Ziel wichtiger ist als die Tatsache, daß man auf dem Weg zum Ziel Gefahr läuft niedergeschlagen

⁵²⁷ Vgl. *Rainer Paris: Vermummung*, in: *Leviathan* 19 (1991) 1, S. 117-129, S. 125 f.

⁵²⁸ Ebd., S. 118.

⁵²⁹ Vgl. ebd., S. 126.

⁵³⁰ Verfügung von Staatsanwalt Triskatis bezgl. Strafanzeige wegen Landfriedensbruchs, Itzehoe 15.04.1977, 17 Js 11/77, Bl. 32, LASH, Abt. 352.2 Nr. 2480.

⁵³¹ Ebd.

⁵³² Das KKW Brokdorf wird dort verhindert, wo es verhindert werden kann: IN BROKDORF!, in: KVZ Extrablatt vom 18.02.1977, S. 1.

⁵³³ Vgl. Schröder, S. 17.

zu werden.“⁵³⁴ Entsprechend wurde im KBW der Einzelne als Revolutionär und damit als kämpferische Avantgarde im Kampf gegen das Brokdorfer Kernkraftwerk gesehen.

Die Darstellung der eigenen Mitglieder als Revolutionäre setzte diese in einen direkten Bezug zu den im KBW verehrten revolutionären Helden der Befreiungsbewegungen. Auch in der KVZ wurde intensiv über die „Befreiungskämpfe der unterdrückten Völker“ auf der Welt berichtet. Neben der Verehrung Mao Tse-tungs als großem revolutionären Vorbild, pflegte der KBW besonders engen Kontakt zur „Zimbabwe African National Union“ (ZANU) unter Robert Mugabe.⁵³⁵ Sogar das Demokratische Kampuchea⁵³⁶ unter Pol Pot wurde vom KBW als vorbildlich angesehen und die dortigen Massaker schlichtweg geleugnet oder als imperialistische Propaganda abgetan.⁵³⁷ Die Helden des KBW zeichneten sich durch ihren als gerecht empfundenen Einsatz revolutionärer Gegengewalt aus. Zudem waren sie allesamt männlich. Damit vermittelte sich den Mitgliedern ein anzustrebendes gewaltbereites Idealbild des männlichen Revolutionärs.⁵³⁸

Trotz eines im Verhältnis zu anderen Organisationen besonders hohen Frauenanteils - Mitte 1977 war der Frauenanteil im KBW auf 38 % gestiegen⁵³⁹ - spielten Frauen im KBW keine entscheidende Rolle. Ein Drittel der Zellen wurden von Frauen geleitet und auch auf der bezirklichen Leitungsebene war der Anteil wohl ähnlich. Damit bildeten Frauen, wie Koenen explizit hervorhebt, nur einen „stabilen Mittelbau“ des KBW.⁵⁴⁰ In diesen Positionen waren sie besonders mit organisatorischen Aufgaben und der Arbeitsverteilung betraut. Die Führungsstrukturen waren hingegen durchweg klar männlich-patriarchal geprägt.⁵⁴¹ Die richtunggebenden Entscheidungen wurden von Männern getroffen.

Dies wird auch speziell im Engagement in der Anti-AKW-Bewegung deutlich, in der Frauen grundsätzlich bereits seit den Anfängen der Bewegung in Wyhl eine bedeutende Rolle spielten. In Brokdorf gestand der KBW „Frauen und Mädchen“ zwar zu, „an den Operationen gegen den Staatsapparat uneingeschränkt teilnehmen“ zu können. Die Funktion der Frauen wurde im Protest allerdings keineswegs auf kämpferischer Ebene, sondern im moralischen Bereich verortet. Die Teilnahme von Frauen habe „der Aktion zum moralischen Übergewicht verholfen, das sie an jedem Punkt hatte.“⁵⁴² Abgesehen davon wurde den Frauen lediglich attestiert, dass ihre

⁵³⁴ Brokdorf und die Linke, in: KVZ 9 vom 03.03.1977, S. 15.

⁵³⁵ Vgl. beispielsweise: Während der Verhandlungen wird der Befreiungskrieg fortgesetzt, in: KVZ 43 vom 28.10.1976, S. 1; „Botschaft an die Nation, in: KVZ 13 vom 31.03.1977, S.1. Zur Beziehung des KBW zur ZANU vgl. auch: Koenen, S. 46; Kühn, S. 51, 116 f.

⁵³⁶ Demokratisches Kampuchea war der offizielle Name Kambodschas von 1975 bis 1979 unter Pol Pot und den Roten Khmer.

⁵³⁷ Vgl. Kühn, S. 117.

⁵³⁸ Vgl. Pilzweger, S. 296.

⁵³⁹ Vgl. Koenen, S. 425.

⁵⁴⁰ Vgl. ebd.

⁵⁴¹ Vgl. Pilzweger, S. 334; Koenen, S. 424.

⁵⁴² Die Operation gegen den Kernkraftwerksbau Brokdorf, in: KVZ 8 vom 24.02.1977, S. 11.

Teilnahme an den Aktionen zu keinem Zeitpunkt „irgendwelche Schwächung bedeutet“⁵⁴³ habe. Den Frauen wurde entsprechend kein aktiver Nutzen in den Protestaktionen zugestanden. Anders als ihre männlichen Genossen wurden sie nicht in der Rolle von Revolutionärinnen gesehen. Die Rollenverteilung im KBW war klar. Dem Mann kam die revolutionäre Arbeit zu, während die Frau ihn dabei unterstützen sollte.⁵⁴⁴ Damit wurde das Gewalthandeln im KBW im Rahmen einer Geschlechterordnung begriffen, in der Gewalt als eindeutig männliche Ressource angesehen wurde. Diese Auffassung entspricht auch Meusers Feststellung, dass Gewalthandeln in Bezug auf Geschlechterrollen in unserer Kultur als „Jedermann-Ressource“, keineswegs aber als „Jederfrau-Ressource“ gesehen wird.⁵⁴⁵ Der Psychologe Steven Pinker hebt zudem hervor, dass männlich dominierte Gruppierungen oft stark von Gewalt geprägt sind, während frauenfreundliche Werte einer Gemeinschaft deren Bereitschaft zum Gewalteininsatz vermindern.⁵⁴⁶

Der KBW hielt auch nichts von einer Selbstorganisation der Frauen in der Anti-AKW-Bewegung. Als der KB nach den Brokdorfdemonstrationen im Hinblick auf die anstehende Demonstration gegen das Kernkraftwerk im niedersächsischen Grohnde forderte, dass auch Frauen zur Sprache kommen müssten und einen eigenen Demonstrationsblock bilden sollten, wurde diese Forderung vom KBW als gezielter Versuch, Verwirrung stiften und die Bewegung spalten zu wollen, abgetan.⁵⁴⁷ Auch traten Vertreter des KBW vehement gegen den Antrag der Initiative „Frauen gegen AKW's“ auf, als diese Gruppierung bei der Bürgerinitiative Kiel „Kein KKW an der Eckernförder Bucht...“ als eigenständige Bürgerinitiative anerkannt werden wollte.⁵⁴⁸

Vom KBW hieß es, die Frauen sollten sich den Stadtteilgruppen unterordnen.⁵⁴⁹ Als Begründung wird vom KB diesbezüglich angeführt, dass für den KBW nur Klassen von Bedeutung waren, Frauen aber keine eigene Klasse bildeten.⁵⁵⁰ Letztlich kann es dem KBW hier aber weder um eine Stärkung der Stadtteilgruppen noch um die Klassenfrage gegangen sein. Der KBW unterstützte die Eigenständigkeit sowohl von Schüler- als auch von Studenteninitiativen, die genauso wenig als Klassen angesehen werden konnten.

⁵⁴³ Ebd.

⁵⁴⁴ Vgl. Kühn, S.264; Wir warn die stärkste der Partein, S. 26.

⁵⁴⁵ Vgl. *Michael Meuser: Geschlecht*, in: Christian Gudehus, Michaela Christ (Hrsg.), *Gewalt. Ein interdisziplinäres Handbuch*, Stuttgart 2013, S. 209-214, S. 213.

⁵⁴⁶ Vgl. *Steven Pinker: Gewalt. Eine neue Geschichte der Menschheit*, Frankfurt am Main 2011, S. 1017.

⁵⁴⁷ Vgl. *Demonstration gegen das Kernkraftwerk Grohnde am 19.3.*, in: KVZ 11 vom 17.03.1977, S. 9. Ganz in diesem Sinne lässt sich auch eine Karikatur auf einem Plakat des KBW verstehen, das zum 1. Mai 1977 unter dem Motto „Kein kkw in Brokdorf“ mobilisieren sollte. Hier wird der KB ins Lächerliche gezogen. Dabei ist eine Frau zu sehen, die sagt „Ich bin wieder ganz betroffen“. Vgl. Plakat des KBW: Aufruf zum 1. Mai. Kein KKW in Brokdorf, o. O. [Hamburg] o. J. [1977], HIS, SBe 731, P2 Atomkraftwerke A-E 04.

⁵⁴⁸ Vgl. „KBW: „Frauen? Unterordnen!“, in: Flugschrift des KB: Aufruf an alle AKW-Gegner. Kämpferischen 1. Mai vorbereiten, o. O. o. J. [1977], LASH, Abt. 621 Nr. 587.

⁵⁴⁹ Vgl. „KBW: „Frauen? Unterordnen!“, in: Flugschrift des KB: Aufruf an alle AKW-Gegner. Kämpferischen 1. Mai vorbereiten, o. O. o. J. [1977], LASH, Abt. 621 Nr. 587.

⁵⁵⁰ Vgl. ebd.

Sowohl die Idealisierung männlicher Revolutionäre als Helden als auch die Probleme der Akzeptanz eines Engagements von Frauen in wichtigen, mitgestaltenden Positionen zeigt, wie stark die Organisation intern von einem Männlichkeitsdenken geprägt war. Der Protest in Brokdorf gab den KBWlern die Möglichkeit, entsprechend ihrer Vorbilder zu handeln und sich selbst in der idealisierten Rolle der Revolutionäre im Kampf gegen die als unterdrückend empfundene Staatsmacht zu profilieren.

7. Von Brokdorf nach Grohnde - Gefühlte „Niederlage“ und noch radikalerer Protest

„Der steckengebliebene Marsch nach Brokdorf. Eine Niederlage, aus der die Massenbewegung lernen muß“⁵⁵¹ titelte die KVZ am 24. Februar 1977 in ihrer ersten regulären Ausgabe nach der dritten Brokdorfer Demonstration.

Wie bereits aufgezeigt, hatte sich der KB in maßgeblicher Weise einem Besetzungsversuch entgegengestellt. KB und KPD hatten sich als Ordner im Protest engagiert und durch die Bildung von Ketten noch vor der Polizeisperre den KBW aktiv von einem Sturm auf den Bauplatz abgehalten.⁵⁵²

Für den KBW stellte der weitestgehend friedliche Verlauf der Demonstration eine deutliche Niederlage gegen den Staat dar. In seiner Ansicht, dass eine militantere Proteststrategie in dieser Demonstration der einzig mögliche Weg hinsichtlich eines erfolgreichen Protests gewesen wäre, wurde der KBW indirekt sogar durch die Landesregierung bestätigt. Der schleswig-holsteinische Ministerpräsident Gerhard Stoltenberg formulierte in einem viel zitierten Interview in der ZEIT explizit: „In Brokdorf hat der Staat gewonnen“⁵⁵³. Damit zeigte er deutlich auf, dass er die Demonstration im Sinne eines Kampfes Staat gegen Extremisten und Kommunisten interpretiert hatte. Den „staatlichen Sieg“ begründete er mit dem gewaltfreien Verlauf der Demonstration, was die Argumentation des KBW bestärkte, dass der Einsatz von Gewalt notwendig war, um gegen den Staat zu siegen.

Der KBW zeigte sich der festen Überzeugung, eine Besetzung des Bauplatzes sei am 19. Februar möglich gewesen. Hierfür brachte er vorrangig zwei Gründe an, die in der Stärke der Bewegung sowie der Schwäche des Staates zu verorten gewesen seien. Einerseits sei der Rückhalt der

⁵⁵¹ Der steckengebliebene Marsch nach Brokdorf, in: KVZ 8 vom 24.02.1977, S. 2.

⁵⁵² Vertieft zum Agieren des KBW in dieser Demonstration siehe Kapitel 4.1.

⁵⁵³ ZEIT-Gespräch: „In Brokdorf hat der Staat gewonnen“ in: DIE ZEIT 10 vom 02.03.1977. Zitiert auch bei: Pettenkofer, S. 193; Joppke, S. 105.

Massen und deren Einheit gesichert gewesen. Diese seien bereit gewesen, die „Festung zu erobern und zu schleifen“⁵⁵⁴. Zum anderen sah der KBW die Zersetzung des Polizeiapparats als so weit fortgeschritten an, dass dieser keinen ernstzunehmenden Gegner mehr dargestellt habe.⁵⁵⁵ Dabei ließ der KBW in seiner offiziellen Linie nach außen keinen Zweifel an seiner gewählten militanten Strategie und deren Erfolgsaussichten aufkommen. Seiner Ansicht zufolge hätte in Brokdorf der Sieg erreicht werden können, sofern sich die anderen Organisationen nicht dagegengestellt hätten. Diese Vorstellung der KBW-Spitze, sie „könnten in der militärischen Auseinandersetzung mit der Polizei siegen“⁵⁵⁶ wird in der Forschung als deutliche Selbstüberschätzung beurteilt.⁵⁵⁷ Als Grund für diese wird auch in den Quellen immer wieder auf eine vollkommen unrealistische, „verrückte Einschätzung der politischen Lage“⁵⁵⁸ im KBW hingewiesen. Auch der KB behauptete: „Der KBW gehe nicht von einer konkreten Einschätzung der Lage aus, sondern von allgemeinen „Wahrheiten“, wie z.B. dem „Programm“, die dann nur über die Wirklichkeit übergestülpt werden.“⁵⁵⁹ Entsprechend müsse „die Wirklichkeit ständig umgelogen werden [...] um die Widersprüche nicht zu offensichtlich werden zu lassen.“⁵⁶⁰ In diesem Sinne lässt sich die Tatsache, dass ein großer Teil der Mitglieder diese propagierte Einschätzung der politischen Lage mittrugen und in dieser Überzeugung in Brokdorf agierten nur mit dem Verlust des Sinns für die Außenrealität durch eine organisationsintern konstruierte eigene alternative Realität erklären. Der Verlust der Fähigkeit, die Konsequenzen der eigenen Handlungen realitätsgetreu einzuschätzen, führte zu einer Überbewertung des tatsächlichen Machtpotentials des KBW.

Während der Großteil der am Protest Beteiligten, auch aus den Reihen der ML-Organisationen, die Demonstration als großen Erfolg wertete,⁵⁶¹ allein schon da es gelungen war, eine große Anzahl von Menschen zu einer verbotenen Demonstration zu mobilisieren,⁵⁶² verarbeitete der KBW die „Niederlage“ in Folge dieser Lagebewertung in einer Art „Dolchstoßlegende“⁵⁶³ als Resultat eines Verrats aus dem Inneren der Bewegung heraus. Als Hauptverursacher identifizierte der KBW den KB sowie die KPD. Der KBW warf KB und KPD nachträglich vor, eine Besetzung des

⁵⁵⁴ Wird die Einheit der Massenbewegung erkämpft, dann wird das Kernenergieprogramm der Kapitalisten und der Bundesregierung fallen! Das Kernkraftwerk in Brokdorf wird nicht gebaut werden!, in: KVZ Extrablatt vom 21.02.1977, S. 2.

⁵⁵⁵ Vgl. Die Operation gegen den Kernkraftwerksbau Brokdorf, in: KVZ 8 vom 24.02.1977, S. 11. Vertieft zur Annahme der Zersetzung der Polizei siehe Kapitel 5.1.2.

⁵⁵⁶ „Irgendwann mal Riesen-Putz mit Toten“, in: Der Spiegel 48 vom 21.11.1977, S. 115.

⁵⁵⁷ Vgl. Lindner, S. 276.

⁵⁵⁸ „Irgendwann mal Riesen-Putz mit Toten“, in: Der Spiegel 48 vom 21.11.1977, S. 115.

⁵⁵⁹ Austritte aus dem KBW, in: AK 90 vom 04.10.1976, S. 43.

⁵⁶⁰ Ebd. S. 43.

⁵⁶¹ Vgl. Renner, S. 93. Laut Renner wurde auf der Bundeskonferenz der Bürgerinitiativen gegen Atomanlagen Mitte Mai 1977 die Demonstrationsleitung der dritten Brokdorfer Demonstration entlastet und der 19. Februar offiziell als Erfolg gewertet. (130 zu 23, 20 Enthaltungen).

⁵⁶² Vgl. *Josef Horchem*: Die Predigt der Gewalt, in: DIE ZEIT 21 vom 13.05.1977.

⁵⁶³ „Und dann noch die Scheiße mit dem KB“..., in: AK 100 vom 07.03.1977, S. 8.

Bauplatzes nie wirklich gewollt zu haben. Sie hätten sich lediglich nicht getraut, dies auf den Vorbereitungssitzungen zu sagen. Letztlich sei ihr ganzes Vorgehen in Bezug auf die Demonstration darauf gerichtet gewesen, eine Besetzung zu verhindern.⁵⁶⁴ KB und KPD hätten einen Orden der Bourgeoisie verdient, da sie deren Sieg unterstützt hätten.⁵⁶⁵ Die Massenbewegung sei in der Wilstermarsch lediglich deshalb gegen die Staatsmacht unterlegen gewesen, weil der Sieg durch "falsche Führer in der Bewegung"⁵⁶⁶ verraten worden sei.

Bei seiner Suche nach Schuldigen nannte der KBW sogar explizit einzelne Namen aus den beiden Organisationen. Zwei Mitglieder der KPD, Kaiser und Oellerer, sowie Günter Hopfenmüller⁵⁶⁷ aus dem KB, bezeichnete der KBW als „Kettenhunde der Polizei“⁵⁶⁸, die von den Massen „zum passenden Zeitpunkt“⁵⁶⁹ aufgehängt werden müssten. Damit förderte der KBW die in der linken Szene insgesamt sehr negativ bewertete Assoziation, KB und KPD hätten durch ihre Ordner Tätigkeit mit der Polizei kollaboriert.⁵⁷⁰

Renner zufolge wurde der KBW aufgrund derart aggressiver Äußerungen in diesem Zusammenhang von der Mitarbeit in diversen Bürgerinitiativen ausgeschlossen, was zu einer teilweisen Entsolidarisierung und Vertiefung der Spaltung in der Bewegung zwischen dem Lager des gewaltfreien Bürgerprotests auf der einen und den militanten linken Gruppen auf der anderen Seite führte.⁵⁷¹ Das Plenum der Hamburger Bürgerinitiativen beschloss am 24. Februar 1977 eine Resolution, in die explizit besagte: „Diese Methode der Denunziation und der Aufforderung zur Liquidation von fortschrittlichen AKW-Gegnern [...] zerstört jede Möglichkeit einer weiteren Zusammenarbeit.“⁵⁷² Das Plenum forderte mit einer 2/3 Mehrheit die Mitglieder des KBW auf, sich zu distanzieren oder die Bürgerinitiativen zu verlassen.⁵⁷³ Damit wurde in der Folge eine Kooperation mit den Nicht-Militanten in der Anti-AKW-Bewegung weiter erschwert. Aber auch innerhalb des militanten Lagers erlitt der KBW durch diesen Aufruf und seine gescheiterte solitäre

⁵⁶⁴ Vgl. Der steckengebliebene Marsch nach Brokdorf, in: KVZ 8 vom 24.02.1977, S. 2.

⁵⁶⁵ Vgl. Wird die Einheit der Massenbewegung erkämpft, dann wird das Kernenergieprogramm der Kapitalisten und der Bundesregierung fallen! Das Kernkraftwerk in Brokdorf wird nicht gebaut werden!, in: KVZ Extrablatt vom 21.02.1977, S. 1.

⁵⁶⁶ Vorschlag des KBW zur Zusammenfassung der Aktion am 19. Februar in Brokdorf und zur Feststellung der nächsten Aufgaben, in: KVZ Extrablatt vom 21.03.1977, S. 2; ebenso: Beilage: Brokdorf, in: KuK 3 (1977), S. 1.

⁵⁶⁷ Günter Hopfenmüller war maßgeblich an der Organisation der Anti-AKW-Politik des KBW beteiligt. Er gehörte auch den Demonstrationsleitungen in den zentralen Aktivitäten des KB in der Bewegung im Jahre 1977 an. Hopfenmüller bekleidete allerdings kein offizielles Amt, wie der KBW fälschlicherweise behauptete. Vgl. Steffen, S. 185.

⁵⁶⁸ Wird die Einheit der Massenbewegung erkämpft, dann wird das Kernenergieprogramm der Kapitalisten und der Bundesregierung fallen! Das Kernkraftwerk in Brokdorf wird nicht gebaut werden!, in: KVZ Extrablatt vom 21.02.1977, S. 1. Die Bildung von Ordnerketten durch KB und KPD wird auch von Seiten der undogmatischen Linken bestätigt. Vgl. Eine Frau berichtet, in: Pflasterstrand 5 vom 02.03.1977, S. 9.

⁵⁶⁹ Wird die Einheit der Massenbewegung erkämpft, dann wird das Kernenergieprogramm der Kapitalisten und der Bundesregierung fallen! Das Kernkraftwerk in Brokdorf wird nicht gebaut werden!, in: KVZ Extrablatt vom 21.02.1977, S. 1.

⁵⁷⁰ Vgl. Pettenkofer, S. 193.

⁵⁷¹ Vgl. Renner, S. 100.

⁵⁷² Resolution des Plenums der Hamburger Bürgerinitiativen zum KVZ-Extrablatt, abgedruckt in: RF 10 vom 09.03.1977, S. 10.

⁵⁷³ Vgl. ebd.

Proteststrategie einen Reputationsverlust.⁵⁷⁴ Steffen geht sogar so weit, diesen Aufruf zum Aufhängen als vorrangigen Grund anzuführen, warum der KBW sich langfristig letztlich doch keinen bedeutenden Platz in der Anti-AKW-Bewegung sichern konnte.⁵⁷⁵

Um zu beweisen, dass die in Brokdorf verfolgte Strategie der Militanz durchaus nicht verfehlt war, konzentrierte der KBW seine organisatorischen Kräfte auf eine intensiviertere Vorbereitung für die am 19. März 1977 anstehende Demonstration gegen das Kernkraftwerk im niedersächsischen Grohnde. Hier sollte die Brokdorfer Niederlage kompensiert werden. Hinzu kamen aber auch organisationsinterne Gründe, die dazu führten, dass der KBW auf Brokdorf mit einer weiteren Steigerung der Militanz reagierte. Um interne Streitigkeiten beizulegen und einen stärkeren inneren Zusammenhalt zu generieren adaptierte das ZK das noch militantere Konzept des Bremer KBW, um wieder eine gemeinsame Linie zu fahren.⁵⁷⁶

Laut Koenen stellte Grohnde dann auch die militanteste Demonstration des KBW im Laufe seiner Existenz dar.⁵⁷⁷ Die Aktion in Grohnde überstieg Brokdorf sowohl an Organisationsleistung als auch an praktischem Gewalteininsatz.⁵⁷⁸ Aber auch der KB trat in Grohnde erstmalig wirklich militant in Erscheinung. Auch das Image des KB hatte sich durch den Vorwurf der Kollaboration mit der Polizei in der linken Szene stark verschlechtert. Um sein Image wieder aufzuwerten, musste der KB in Grohnde beweisen, dass er im Stande war, in den Bereichen Gewalt und Militanz mit dem KBW mitzuhalten.⁵⁷⁹

Einem Sprecher des niedersächsischen Innenministeriums zufolge seien in Grohnde die militanten Demonstranten, die überwiegend dem KBW angehörten, mit „Feldzeichen“, Orientierungsschildern mit Nummern, und gelbem Ölzeug als Uniformen ausgestattet gewesen. Zudem hätten sie systematisch per Megaphon miteinander kommuniziert.⁵⁸⁰ Von staatlicher Seite wurde auf Verlangen des niedersächsischen Ministerpräsidenten Albrecht in Folge dieser Demonstration sogar ein Verfahren eingeleitet, um zu prüfen, ob der KBW als kriminelle Vereinigung verboten werden sollte.⁵⁸¹ Dass die Aktion in Grohnde als direkte Reaktion auf Brokdorf zu verstehen ist, zeigt sich besonders daran, dass sich der KBW anders als bei Brokdorf im Vorfeld kaum mit diesem Standort befasst hatte. Die Proteste hier machten keinen inhaltlich wichtigen Punkt für den KBW aus. Tatsächlich hatte der Bau in Grohnde bereits zehn Monate zuvor

⁵⁷⁴ Vgl. Pettenkofer, S. 194.

⁵⁷⁵ Vgl. Steffen, S. 185.

⁵⁷⁶ Vgl. Koenen, S. 417; Pettenkofer, S. 149.

⁵⁷⁷ Vgl. Koenen, S. 417.

⁵⁷⁸ Vgl. Pettenkofer, S. 180; Die Demonstration von Grohnde endet in Gewalt, in: FAZ vom 21.03.1977, S. 1. Hier in der FAZ wird der niedersächsische Ministerpräsident Albrecht zitiert. Er spricht von einer „gewollten Brutalität“ der Demonstranten, die „offenbar sorgfältiger vorbereitet waren als bei vergangenen Protesten“.

⁵⁷⁹ Vgl. Pettenkofer, S. 194.

⁵⁸⁰ Vgl. Die Demonstration von Grohnde endet in Gewalt, in: FAZ vom 21.03.1977, S. 1.

⁵⁸¹ Vgl. ebd.

im Juni 1976 begonnen. Größere Protestaktionen hatte es hier bisher nicht gegeben.⁵⁸² Das besonders militante Vorgehen des KBW in Grohnde diente folglich vorrangig der Tilgung der „Schmach von Brokdorf“⁵⁸³. Wie Koenen formuliert: „In Grohnde sollten es die Unseren besser ausfechten und endgültig die ‚Führung‘ übernehmen.“⁵⁸⁴ Diese Führungsrolle in der Bewegung, zumindest des militanten Teils, für den sich die Polizei interessierte, konnte der KBW durch seine Aktionen in Grohnde letztlich auch tatsächlich beweisen. Entsprechend urteilte die Polizei nachträglich, die Auseinandersetzungen in Grohnde hätten dazu beigetragen, die Erfahrungen aus Brokdorf zu bestätigen. Es habe sich in der Auseinandersetzung um den Bau von Kernkraftwerken eine zuvor unbekannte gewalttätige Form von Demonstrationen entwickelt, „bei denen – unter straffer Führung – besonders der KBW [...] die offene Auseinandersetzung mit der Polizei bewußt suchte.“⁵⁸⁵ Aus dieser Einschätzung zog die Polizei auch Schlüsse für die Zukunft: „Es besteht die begründete Vermutung, daß in Zukunft auch Demonstrationen aus anderen Anlässen, wenn sie unter Beteiligung des KBW durchgeführt werden, zu ähnlichen gewalttätigen Auseinandersetzungen führen werden.“⁵⁸⁶ Damit hatte sich die von der Polizei bereits vor Brokdorf eingenommene Positionierung gegenüber dem KBW durch sein Vorgehen in den Anti-AKW-Demonstrationen von Brokdorf und auch Grohnde nicht etwa relativiert, sondern klar bestätigt.

Das durchweg militante Agieren des KBW hatte einen entscheidenden Beitrag zur Stabilisierung der Spaltung der Anti-AKW-Bewegung und der Etablierung zweier Flügel geleistet. Pettenkofer bewertet Grohnde als „Wendepunkt“ im Anti-AKW-Protest. Grohnde habe den „bisherigen Höhepunkt der gewaltsamen Konfrontation“⁵⁸⁷ gebildet und dadurch den Bruch zwischen gewaltfreien und militanten Demonstranten besiegelt. Ein Bruch der eigentlich aufgrund des weitestgehend friedlichen Verlaufs der dritten Demonstration in Brokdorf nicht notwendig gewesen wäre, da die BUU diesen Verlauf positiv aufnahm und sogar ihre Solidarität bekundete.⁵⁸⁸ Ohne den KBW wäre es zu einer derart gewaltsamen „Schlacht um Grohnde“ und einem klaren Bruch in der Bewegung zu diesem Zeitpunkt nicht gekommen. Trotz seiner Relevanz in diesen Aktionen sollte die Zukunft zeigen, dass der KBW tatsächlich den Rückhalt in der Anti-AKW-Bewegung verloren hatte und langfristig in der Auseinandersetzung um die Kernkraft keine bedeutende Rolle mehr spielte.

⁵⁸² Vgl. Joppke, S. 105.

⁵⁸³ Koenen, S. 317.

⁵⁸⁴ Ebd., S. 417.

⁵⁸⁵ Dokumentation der Landespolizei SH, Teil 2, Erfahrungsbericht, Oktober 1976 - Februar 1977, VS-NfD, Kiel o. J. [1977], S. 18, LASH, Abt. 621 Nr. 535.

⁵⁸⁶ Ebd.

⁵⁸⁷ Pettenkofer, S. 180.

⁵⁸⁸ Vgl. ebd., S. 180.

8. Abschließende Betrachtung

1986 ging Brokdorf als erstes neues Kraftwerk nach dem GAU in Tschernobyl ans Netz und gehört bis heute zu den produktivsten Kernkraftwerken der Welt.⁵⁸⁹ Trotz des immensen Protests konnte der Bau nicht verhindert werden. Dennoch haben die Demonstrationen eine öffentliche Aufmerksamkeit erfahren, die zu einem intensivierten politischen und gesellschaftlichen Nachdenken über die Gefahren der Kernenergie und die Möglichkeiten demokratischer Bürgerbeteiligung anregten. Die starke Wahrnehmung der Proteste in der Öffentlichkeit lag nicht zuletzt an ihrer gewaltsamen Eskalation, an der der KBW maßgeblich beteiligt war.

Die Gründe für das gewaltbereite Auftreten des KBW in Brokdorf sind vielfältig. Die Gewaltbereitschaft basierte auf Voraussetzungen, die sich seit den späten 1960er Jahren entwickelt hatten. Eine zunehmende Frustration mit der Begrenztheit der Demokratie, einem Mangel an Mitbestimmungsrechten und der Zweifel am staatlichen Willen zu Reformen erfüllte viele junge Menschen in dieser Phase. Als es ab 1967 zunehmend zu gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen den Studenten und der Polizei kam, sahen sie ihre Ressentiments dem politischen System gegenüber bestätigt. Dem gewaltanwendenden Staat war ihrer Ansicht nach nur noch durch Gewalt zu begegnen. Ein großer Teil der Mitglieder des KBW hatte sich in der Studentenbewegung politisiert und radikalisiert. Sie trugen diese Einstellung wie auch gewaltsame Protesterfahrungen in die Organisation hinein. Dadurch war eine Gewaltbereitschaft gegenüber dem Staat bereits von seiner Gründung an im KBW latent angelegt. Verstärkt wurde sie durch die vertikale Struktur der Organisation, die auf dem Prinzip von Befehl und Gehorsam basierte und bei vielen Mitgliedern Frustration, Aggression und Verunsicherung hervorrief und Gewaltbereitschaft förderte. Ideologisch vertrat der KBW die Ansicht, dass dem imperialistischen Streben der Bundesrepublik, die ihre Macht auf Gewalt stützte, lediglich im bewaffneten Kampf zu begegnen sei, der zum revolutionären Sturz des Systems führen müsse. Der KBW bekannte sich eindeutig zur Gewalt, wobei er auf die proletarischen Massen als revolutionäres Subjekt setzte. Die Gewalt wurde allerdings vorrangig als Mittel in der konkreten Situation der Revolution angesehen. Obwohl der KBW sie teilweise auch als Hilfsmittel auf dem Weg dorthin begriff, wurde Gewalt vom KBW nur selten in größerem Ausmaß angewendet.

Die Mitglieder des KBW rekrutierten sich zunächst entgegen ihren eigenen Grundsätzen vorrangig aus dem linksintellektuell-studentisch geprägten Milieu. Als die studentische Basis zu Beginn der Brokdorfer Proteste 1976 wegzubrechen begann, musste der KBW sich umorientieren und auf die

⁵⁸⁹ Vgl. Brokdorf war 2013 auf dem weltweit dritten Platz der produktivsten Kernkraftwerke. Vgl. *Nicolas Wendler*, Pressemitteilung des Deutschen Atomforums vom 05.05.2014, unter: <http://www.kernenergie.de/kernenergie-wAssets/docs/presse/PM-2014-05-05-Top-Ten-KKW.pdf> (Zugriff: 01.03.2017).

Gewinnung neuer Zielgruppen setzen. Die Anti-AKW-Bewegung bildete aufgrund ihrer hohen Mobilisierungsfähigkeit und ihrer gesellschaftlich breit aufgestellten Basis ein ideales Rekrutierungsfeld. Ein Engagement in diesem Bereich war durch eine zunehmende Öffnung des Themas Umwelt für linke Politik seit Anfang der 1970er Jahre ermöglicht worden.

Erfahrungen mit der Bewegung hatte der KBW bereits 1975 in den ersten großen Anti-AKW-Protesten in Wyhl sammeln können. Obwohl er zahlenmäßig nur gering vertreten war, konnte der KBW hier Protestformen wie auch mögliche ideologische Deutungsmuster der Bewegung verinnerlichen. Die Platzbesetzung, die er als wirksame Aktionsform gegen den Staat erlebte, stellte für den KBW ein Schlüsselerlebnis dar. Bundesweit wurde in der KVZ über die Proteste in Wyhl, die sich als Kampf der Winzer und Bauern gegen das Kartell aus Staat und Finanzbourgeoisie leicht in Kategorien des Klassenkampfes interpretieren ließen, berichtet. Die Erfahrungen aus Wyhl brachte der KBW direkt in die Vorbereitungen für Brokdorf mit ein und entwickelte einen auf den Kampf gegen Kernkraftwerke anwendbaren ideologischen Deutungsrahmen, für den auch der Gewalteinsatz gegen Sachen und gegen Personen im Brokdorfer Protest gerechtfertigt erschien. Dabei legitimierte sich der KBW als Kämpfer für die Arbeiter und Bauern der Region. Den Gewalteinsatz stellte er als Gegengewalt dar, durch die er auf den als illegitim angesehenen staatlichen Einsatz von Gewalt reagierte. Der KBW interpretierte den Protest in Brokdorf als Teil des revolutionären Kampfes gegen den bourgeoisen Staat. Diese Interpretation ließ sich auf die Protestsituation anwenden, da sich der festungsartig abgesicherte und polizeilich verteidigte Bauplatz leicht als Symbol des hermetisch abgeriegelten Staates begreifen ließ, in dem die Interessen des Volkes keine Rolle spielten. Eine erfolgreiche Besetzung des Bauplatzes wäre so einer partiellen Revolution gleichgekommen. In der Interpretation des Protests als Teil des revolutionären Kampfes war ein Gewalteinsatz ideologisch legitimiert.

Dass der KBW tatsächlich in relevantem Umfang gewaltbereit agierte und dass dies in einer strategischen, als Militanz zu bezeichnenden Weise geschah, konnte bewiesen werden. Bereits zu einem sehr frühen Zeitpunkt, vor den anderen ML-Organisationen, begann der KBW mit der Mobilisierungsarbeit für Brokdorf und forderte als erste Organisation, sogar vor der BUU, eine illegale Bauplatzbesetzung. Als im Oktober 1976 mit dem Bau begonnen wurde, war der KBW die einzige ML-Organisation, die sich an der ersten Großdemonstration am 30. Oktober 1976 am Bauplatz nennenswert beteiligte. Dabei zeigte sich, dass der KBW schon zu diesem frühen Zeitpunkt des Brokdorfkonflikts sehr gezielte Planungen angestellt hatte, wie er strategisch im Protest vorgehen wollte und dass er auch auf eine gewaltsame Auseinandersetzung mit der Polizei vorbereitet war. Gleichzeitig versuchte er aktiv seine Ideologie unter den Demonstrationsteilnehmern zu verbreiten. Während es dem KBW in dieser Demonstration noch

nicht um einen gezielten Kampf gegen die Polizei gegangen war, sondern dieser lediglich als logische Konsequenz eines Besetzungsversuchs antizipiert wurde, änderte sich dies in Bezug auf die zweite Demonstration am 13. November 1976 grundlegend. Ausschlaggebend für diesen Intentionswandel erwies sich die als höchst brutal erlebte Auflösung des Besetzungsversuchs bei der ersten Demonstration durch die Polizei. Der Staat hatte sich als Staatsmacht präsentiert, die aktiv von ihrem Gewaltmonopol gegen die eigenen Bürger Gebrauch machte und dadurch Aggressionen geschürt, die der instrumentellen, strategischen Gewaltanwendung des KBW eine starke emotionale Ebene hinzufügte.

Der Brokdorfer Protest erfuhr durch den Polizeieinsatz eine politische Aufladung und Transformation. Andere linksradikale Gruppen besonders des ML-Spektrums traten aufgrund dieses polizeilichen Vorgehens in den Protest ein, der von ihnen anti-etatistisch interpretiert wurde. Hierdurch wandelte sich die Positionierung des KBW in den Bewegungsstrukturen und seine Aktionen waren nun stark durch die Interaktion mit den anderen ML-Organisationen geprägt. Das grundsätzlich zwischen den ML-Organisationen bestehende Konkurrenzverhältnis wurde in den Brokdorfer Protest hineingetragen. Die Gewaltbereitschaft des KBW steigerte sich, da dieser seine angestrebte Führungsposition im Verhältnis zu den anderen ML-Gruppen beweisen musste. Der KBW trat in der Demonstration am 13. November 1976 klar militant in Erscheinung. Der Gewalteinsatz beruhte auf vorherigen strategischen Planungen. Aus dem ZK wurde wahrscheinlich bereits zu diesem Zeitpunkt durch den Strategen Martin Fochler ein regelrechter ‚Schlachtplan‘ erarbeitet. Davon lässt sich ausgehen, da der KBW bei der Demonstration in organisierten ‚Stoßtrupps‘ – einem Konzept, das auf Fochler zurückgeführt wurde – auftrat, um gegen Bauzaun und Polizei vorzugehen. Der KBW nahm in der Demonstration die führende Position im militanten Protestspektrum ein. Er war über die gesamte Demonstration maßgeblich an den schwersten Ausschreitungen beteiligt. Zudem folgten die anderen Organisationen dem KBW nachdem dieser sich zum Rückzug entschieden hatte, da sie einen weiteren Kampf ohne den KBW nicht für erfolgversprechend erachteten.

Abgesehen von den Dynamiken, die sich innerhalb des militanten Protestspektrums entwickelten, trug auch die intensive Bündnispolitik des KBW zum effektiven Einsatz seiner militanten Proteststrategie bei. Der KBW war die einzige Gruppe, die explizit den Einsatz von Gewalt forderte und dennoch in der BUU stark vertreten war. Obwohl sich das Verhältnis zwischen BUU und KBW sehr ambivalent gestaltete, sahen die Bürgerinitiativen im KBW auch einen starken Partner. Während der KBW versuchte, die BUU zu gewaltsameren Proteststrategien zu bringen, konnte auch er auf Unterstützung aus den Bürgerinitiativen setzen. Die emotionale und praktische Unterstützung durch Anfeuern und die Zulieferung von Wurfgegenständen von sonst friedlichen

Protestteilnehmern half den militanten Demonstranten, eine höhere Qualität der Gewalt zu erreichen.

Neben den in der Anti-AKW-Bewegung engagierten Organisationen und ihrem Verhältnis zueinander spielten auch diejenigen Akteure eine wichtige Rolle für die Gewaltbereitschaft des KBW, die auf der Gegenseite außerhalb der Bewegung standen, besonders Polizei, Medien und Politik. Die Polizei als direkter Gegenspieler im Protest war von Anfang an darauf vorbereitet, dass es in Brokdorf zu gewaltsamen Auseinandersetzungen mit linksextremen Gruppen kommen würde. Der KBW nahm hier eine besondere Position ein, da die Polizei ihr ‚protest policing‘ mit dem erwarteten gewaltsamen Vorgehen speziell des KBW begründete. Die in Brokdorf eingesetzten Polizisten waren konkret darauf vorbereitet worden, dass der KBW, sogar unter Inkaufnahme der Gefährdung von Frauen und Kindern, brutal agieren würde. Damit polarisierte sich der Konflikt und der KBW wurde als moralisch besonders zu verachtender Gegner für die Polizei dargestellt. Die eingesetzten Polizisten waren auf die Bekämpfung des KBW besonders fokussiert und vieles spricht dafür, dass sie härter gegen ihn vorgingen als gegen andere ML-Organisationen. Aber auch der KBW hatte seine ganz eigene Sichtweise auf die Polizei. Anders als im linksradikalen Spektrum gängig, setzte der KBW strategisch nicht auf eine verbale Entmenschlichung der Polizisten, sondern stellte im Gegenteil eine Nähe zur Polizei her. Im klassenkämpferischen Denken des KBW waren die eingesetzten Polizeibeamten dem Proletariat zuzuordnen. Entsprechend wären diese im Kampf schnell zu verunsichern und zum Seitenwechsel zu motivieren, da sie sich mit dem Ziel der proletarischen Revolution identifizieren könnten. Der KBW ging davon aus, dass sich die Polizei im Laufe der Demonstrationen zunehmend zersetzte. Damit sah er die Polizei zwar als Repräsentant des Staates und entsprechend als Gegner, er nahm ihr aber durch diese Auslegung auch an Bedrohlichkeit. Die Annahme, die Polizisten würden im Kampf die Seite wechseln, ließ die Erfolgsaussichten des eigenen Einsatzes scheinbar steigen und das Engagement der Teilnehmer sich verstärken.

Aus den Reihen der Medien und Politik wurde eine regelrechte ‚Kriegsstimmung‘ bezüglich der Demonstrationen kreiert. Journalisten und Politiker setzten auf Antikommunismus und Terrorismusangst, um die ML-Organisationen bereits vorzuverurteilen. Laut KBW habe dies Wut hervorgerufen, die seine Aktivisten zu einem noch höheren Einsatz von Gewalt bewegte. Gleichzeitig ist davon auszugehen, dass die im Vorfeld der Demonstrationen erzeugte Kriegsstimmung ein gegenseitiges Hochrüsten bei Polizei und militanten Demonstranten provoziert hat.

Von seinen Mitgliedern forderte der KBW absoluten Gehorsam und eine Unterwerfung unter die Vorgaben der Organisation. Dabei kam es bei vielen Mitgliedern zu einer Entfremdung von der

Realität. Ideologie und Lebenswelt des KBW bildeten eine neue, eigene Realität. Die Revolution war, wie viele KBWler annahmen, nah. Es galt, konsequent weiter darauf hinzuarbeiten. Dabei wurde im KBW das Bild der Mitglieder als männliche Revolutionäre und damit als Avantgarde der proletarischen Massen gezeichnet. In der stark von männlichem Denken geprägten Organisation orientierte man sich an den revolutionären Helden der Befreiungsbewegungen, einem grundsätzlich oft sehr gewaltbereiten Männlichkeitsideal. Gleichzeitig wirkten im Protest Dynamiken, wie eine gemeinsame Euphorisierung beim Protestieren in der Gruppe und die Existenz eines ‚rechtsfreien Raumes‘, der eine spätere Strafverfolgung nahezu unmöglich erscheinen ließ. Diese Dynamiken senkten die natürlichen Hemmungen zur Ausübung von Gewalt. In der dritten Demonstration im Februar 1977 hielt allein der KBW an seiner militanten Proteststrategie fest, da er, im Glauben an die Zersetzung der Polizei und einer Überbewertung des eigenen Machtpotentials, davon ausging, gegen den Staat siegen zu können. Der KBW konnte sich mit seiner militanten Strategie nicht durchsetzen, da sogar die anderen sonst ebenfalls militanten Gruppen sich gegen eine Auseinandersetzung mit der Polizei entschieden hatten. Seine Bewertung des friedlichen Verlaufs der dritten Demonstration als Niederlage führte nicht nur zu einem eigenen Bedürfnis, diese kompensieren zu müssen, sondern zog auch den KB mit. Auf die harten Vorwürfe des KBW dem KB gegenüber, mit der Polizei kollaboriert und damit einen Sieg gegen den Staat verhindert zu haben, reagierte der KB, indem nun auch er im folgenden Protest in Grohnde sehr gewaltbereit auftrat. Damit hatte das Engagement des KBW in Brokdorf insgesamt eine Steigerung der Gewaltbereitschaft in der Bewegung gefördert und maßgeblich zu einer Festigung der Spaltung in zwei Lager beigetragen.

Mit der Untersuchung des KBW in den Brokdorfer Anti-AKW-Protesten wurde in ein bisher historisch nahezu unerforschtes Terrain vorgedrungen. In Ermangelung bisheriger wissenschaftlicher Vorarbeiten und aufgrund der stark subjektiven Färbung der Quellen, konnten verwertbare Ergebnisse nur durch einen breiten Ansatz und unter Hinzuziehung eines sehr großen Spektrums an Quellenmaterial erlangt werden. Die Geschichte der ML-Organisationen eröffnet ein weites Feld an Forschungsnotwendigkeiten. Gerade für die Untersuchung des übergeordneten strategischen Vorgehens des KBW wären vertiefte Informationen über interne Vorgänge und Entscheidungsprozesse von Interesse gewesen. Derartige Erkenntnisse, die auch in Bezug auf andere ML-Organisationen nicht vorliegen, bedürfen weiterer Untersuchungen. Hierzu sind die Erschließung interner Dokumente, die sich zu einem großen Teil noch im Privatbesitz der ehemaligen Mitglieder befinden und breit angelegte Zeitzeugengespräche notwendig.

Abschließend lässt sich festhalten, dass die Gewaltbereitschaft des KBW auf verschiedenen Ebenen begründet war, die in sich verschränkt zu der in Brokdorf praktizierten eklatanten

Gewaltausübung führten. Unter den an den Protesten beteiligten radikalen linken Gruppen nahm der KBW im Hinblick auf ihren Gewalteininsatz eindeutig die Vorreiterrolle ein. Dennoch brachte ihm das Engagement in der Anti-AKW-Bewegung nicht den gewünschten Erfolg. Der KBW konnte die Abwanderung der Studenten nicht durch die Mobilisierung neuer Mitglieder innerhalb der Anti-AKW-Bewegung kompensieren und sich auch keine längerfristig relevante Position in der Bewegung sichern. Allerdings trug er dazu bei, die Möglichkeiten aufzuzeigen, die die Anti-AKW-Bewegung auch zukünftig für militante Protestformen bot. Nur wenige Jahre nach den Brokdorfer Demonstrationen verschwand der KBW zunächst in der Bedeutungslosigkeit und löste sich dann auf.

9. Abkürzungsverzeichnis

AK	Arbeiterkampf
AKW	Atomkraftwerk
APO	Außerparlamentarische Opposition
BBU	Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz
BI	Bürgerinitiative
BRD	Bundesrepublik Deutschland
BUU	Bürgerinitiativen Umweltschutz Unterelbe
BWK	Bund Westdeutscher Kommunisten
CDU	Christlich Demokratische Union
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DKP	Deutsche Kommunistische Partei
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
FDP	Freie Demokratische Partei
FR	Frankfurter Rundschau
FU-Berlin	Freie Universität Berlin
GAU	Größter anzunehmender Unfall
GEL	Gesamteinsatzleitung
GUV	Gesellschaft zur Unterstützung der Volkskämpfe
GWR	Graswurzelrevolution
HAZ	Hannoversche Allgemeine Zeitung
HIS	Hamburger Institut für Sozialforschung
KB	Kommunistischer Bund
KBW	Kommunistischer Bund Westdeutschland
K-Gruppen	Kommunistische Gruppen

KHG	Kommunistische Hochschulgruppe
KKW	Kernkraftwerk
KPD	Kommunistische Partei Deutschland
KPD/AO	Kommunistische Partei Deutschland/Aufbauorganisation
KPD/ML	Kommunistische Partei Deutschland/Marxisten-Leninisten
KSG	Kommunistische Schülergruppe
KuK	Kommunismus und Klassenkampf
KVZ	Kommunistischer Volkszeitung
LASH	Landesarchiv Schleswig-Holstein
MIT	Massachusetts Institute of Technology
ML	Marxismus-Leninismus bzw. Marxisten-Leninisten bzw. marxistisch-leninistisch
NDR	Norddeutscher Rundfunk
NRF	Neues Rotes Forum
NWK	Nordwestdeutsche Kraftwerke AG
OAG	Ortsaufbaugruppe
OG	Ortsgruppe
PM	Polizeimeister
RAF	Rote-Armee-Fraktion
RF	Rote Fahne
RM	Roter Morgen
SDS	Sozialistischer Deutscher Studentenbund
SH	Schleswig-Holstein
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
StGB	Strafgesetzbuch

SZ	Süddeutsche Zeitung
vds	Verband Deutscher Studentenschaften
VfZ	Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte
VS-NfD	Verschlusssache - Nur für den Dienstgebrauch
ZDF	Zweites Deutsches Fernsehen
ZANU	Zimbabwe African National Union
ZK	Zentralkomitee
z. N.	zum Nachteil

10. Quellenverzeichnis

Unveröffentlichte Quellen:

Archiv im Hamburger Institut für Sozialforschung (HIS), Hamburg:

- Bestand Plakate Anti-AKW-Bewegung (SBe 731):
P1 Atomkraftwerke A-Z 01, P2 Atomkraftwerke A-E 03, P2 Atomkraftwerke A-E 04,
- Bestand Plakate ML-Bewegung (SBe 680):
P0 06

Landesarchiv Schleswig-Holstein (LASH), Schleswig:

- Bestand Landgerichte und Staatsanwaltschaften - Landgericht und Staatsanwaltschaft Itzehoe (Abt. 352.2):
2163, 2174, 2240, 2242, 2255, 2275, 2280, 2302, 2312, 2320, 2478, 2480
- Bestand Polizeiverwaltungsamt (Abt. 621):
532, 534, 535, 536, 544, 556, 587, 642

Papiertiger, Archiv und Bibliothek der sozialen Bewegungen (Papiertiger), Berlin:

- Bestand Anti-AKW-Bewegung:
Ordner Brokdorf Bewegung 76/77

Universitätsarchiv der Freien Universität Berlin, Archiv „APO und soziale Bewegungen“ (APO-Archiv), Berlin:

- Bestand Kommunistischer Bund Westdeutschland (1.69):
705, 707, 773

Periodika und Zeitungen:

Arbeiterkampf (AK), Zentralorgan des KB

- Jg. 1976-1977

Atom Express

- Jg. 1981

BILD am Sonntag (Hamburg)

- Jg. 1977

BILD-Zeitung (Ausgaben: Berlin und Hamburg)

- Jg. 1977

Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ)

- Jg. 1977-1978

Frankfurter Rundschau (FR)

- Jg. 1977

Graswurzelrevolution (GWR)

- Jg. 1976-1977

Hannoversche Allgemeine Zeitung (HAZ)

- Jg. 1976

Kommunismus und Klassenkampf (KuK), Theorieorgan des KBW

- Jg. 1976-1977
- Jg. 1981

Kommunistische Volkszeitung (KVZ), Zentralorgan des KBW (incl. diverser Orts- und Bezirksbeilagen/Extras und Extrablätter)

- Jg. 1973-1977

Pflasterstrand

- Jg. 1977

Rote Fahne (RF), Zentralorgan der KPD

- Jg. 1977

Roter Morgen (RM), Zentralorgan der KPD/ML

- Jg. 1976

Der Spiegel

- Jg. 1976-1977

Süddeutsche Zeitung (SZ)

- Jg. 1976

DIE ZEIT

- Jg. 1976-1977
- Jg. 1981

Gedruckte Quellen:

- Bundesinnenminister Prof. Dr. Werner Maihofer vor dem Deutschen Bundestag im Juni 1975, in: Die Polizei 1 (1977), S. 16.
- Bundesminister des Inneren (Hrsg.): Betrifft: Verfassungsschutz 1976, Bonn 1977.
- Bundesminister des Inneren (Hrsg.): Betrifft: Verfassungsschutz 1977, Bonn 1978.
- Bürgerinitiative Umweltschutz Unterelbe: Brokdorf: Der Bauplatz muß wieder zur Wiese werden! Hamburg 1977.
- Enzensberger, Hans Magnus: Zur Kritik der politischen Ökologie, in: Kursbuch 33 (1973), S. 1-42.
- Erklärung des SDS-Bundesvorstands vom 6. Juni, in: Nevermann, Knut (Hrsg.), Der 2. Juni 1976. Studenten zwischen Notstand und Demokratie. Dokumente zu den Ereignissen anlässlich des Schah-Besuchs, hrsg. v. Verband Deutscher Studentenschaften (vds), Köln 1967, S. 97-100.
- Jungk, Robert: Der Atom-Staat. Vom Fortschritt in die Unmenschlichkeit, München 1977.
- Kommunistischer Bund: Brokdorf ein Exempel. Zur Strategie und Taktik des Polizeieinsatzes, Hamburg 1977.
- Landtag Schleswig-Holstein: Plenarprotokoll der 32. Sitzung am 15.02.1977, Kiel 1977.
- Meadows, Dennis L. / u.a.: The Limits to Growth. A Report for the Club of Rome's Project on the Predicament of Mankind, New York 1971.
- Ortsaufbaugruppe Emmendingen des Kommunistischen Bundes Westdeutschland: Kein Kernkraftwerk in besiedelten Gebieten. Kein Kernkraftwerk in Wyhl, Emmendingen o. J. [1974].
- Ortsgruppe Freiburg und Ortsaufbaugruppe Emmendingen des Kommunistischen Bundes Westdeutschland: Kein Kernkraftwerk in Wyhl, Freiburg o. J. [1975].
- Regionalleitung für Norddeutschland und Westberlin des Kommunistischen Bundes Westdeutschland: Nieder mit Imperialismus und Reaktion, Hannover Dezember 1976.
- Schillinger, Ernst: Was mir alli wänn, des will ich gern sage, in: Bernd Nössler, Margret de Witt (Hrsg.), Wyhl. Kein Kernkraftwerk in Wyhl und auch sonst nirgends. Betroffene Bürger berichten, Freiburg 1976, S. 236-249.
- Sympathisantengruppen des KBW Elmshorn und Itzehoe: Kein Kernkraftwerk in Brokdorf!, o. O. [Elmshorn/Itzehoe] April 1976.
- Verschriftlichung des ZDF-Magazin Beitrags: Brokdorf. Extremisten gegen Kernkraft von Ernst Martin, 24.11.1976.

Wir warn die stärkste der Parteien... Erfahrungsberichte aus der Welt der K-Gruppen, Autorenkollektiv, Berlin 1977.

Wolf, Winfried: Das Kommunistische Programm und das Programm des KBW, in: Winfried Wolf, Kurt Beiersdorf, Kritik des westdeutschen Maoismus (Rote Hefte, Bd. 7), Frankfurt am Main 1975, S. 42-77.

Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland: Programm und Statut des Kommunistischen Bundes Westdeutschland, 4. Aufl. Mannheim 1974.

Quellen aus dem Internet:

Link, Rainer: Der Brokdorf-Komplex. Kampfhandlungen in der Wilster Marsch, [Manuskript zur Radiosendung], in: Deutschlandfunk, Hintergrund Kultur, Redaktion: Hermann Theißen, Sendung: 29.01.2013, 19:15-20:00 Uhr, unter: <http://www.deutschlandfunk.de/der-brokdorf-komplex-kampfhandlungen-in-der-wilster-marsch.media.eff51ca73c52ecc8cf25848762da380d.pdf> (Zugriff: 18.02.2017).

Wendler, Nicolas: Pressemitteilung des Deutschen Atomforums vom 05.05.2014, unter: <http://www.kernenergie.de/kernenergie-wAssets/docs/presse/PM-2014-05-05-Top-Ten-KKW.pdf> (Zugriff: 01.03.2017).

11. Literaturverzeichnis

Abu Zaid, Nasr Hamid: Die Legitimation von Gewalt, in: Jochen Hippler, Krieg, Repression, Terrorismus. Politische Gewalt und Zivilisation in westlichen und muslimischen Gesellschaften, Regensburg 2006, S. 139-154.

Apter, David E.: Political Violence in Analytical Perspective, in: ders. (Hrsg.), The Legitimization of Violence, London 1997.

Assmann, Aleida: Soziales und kollektives Gedächtnis vom 02.05.2006, unter: <http://www.bpb.de/system/files/pdf/OFW1JZ.pdf> (Zugriff: 03.01.2017).

Aust, Stefan: Der Baader-Meinhof-Komplex, 5. Aufl. München 2008.

Baberowski, Jörg: Gewalt verstehen, in: Zeithistorische Forschungen 1 (2008), S. 5-17.

Bacia, Jürgen: Der Kommunistische Bund Westdeutschland, in: Richard Stöss (Hrsg.), Parteien-Handbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945-1980, Bd. 2, Opladen 1983. S. 1648-1662.

- Backes, Uwe/Jesse, Eckhard, Neue Linke und Neue Rechte – Ein Vergleich, in: Extremismus und Demokratie 5 (1993), S. 7-28.
- Balistier, Thomas: Straßenprotest. Formen oppositioneller Politik in der Bundesrepublik Deutschland, Münster 1996.
- Bilstein, Helmut/u.a.: Organisierter Kommunismus in der Bundesrepublik Deutschland. DKP – SDAJ - MSB Spartakus. KPD/KPD (ML)/KBW/KB (Analysen, Bd. 15), 4. überarb. u. erw. Aufl. Opladen 1977.
- Böcher, Michael/ Töller, Annette Elisabeth: Umweltpolitik in Deutschland. Eine politikfeldanalytische Einführung, Wiesbaden 2012.
- Bösch, Frank: Kommunikative Netzwerke. Zur globalen Formierung sozialer Bewegungen am Beispiel der Anti-Atomkraftproteste, in: Jürgen Mittag, Helke Stadtland (Hrsg.), Theoretische Ansätze und Konzepte der Forschung über soziale Bewegungen in der Geschichtswissenschaft, Essen 2014, S. 149-166.
- Brand, Enno: Die Antwort des Staates, in: Redaktion des Atom Express (Hrsg.), ... und auch nicht anderswo! Die Geschichte der Anti-AKW-Bewegung, Göttingen 1997, S. 230-233, S. 230.
- Brand, Karl-Werner: Neue soziale Bewegungen. Entstehung, Funktion und Perspektive neuer Protestpotentiale. Eine Zwischenbilanz, Opladen 1982.
- Büchse, Nicolas: Von Staatsbürgern und Protestbürgern. Der Deutsche Herbst und die Veränderung der politischen Kultur in der Bundesrepublik, in: Habbo Knoch (Hrsg.), Bürgersinn mit Weltgefühl. Politische Moral und solidarischer Protest in den sechziger und siebziger Jahren, Göttingen 2007, S. 311-332.
- Dams, Carsten: Polizei, in: Christian Gudehus, Michaela Christ (Hrsg.), Gewalt. Ein interdisziplinäres Handbuch, Stuttgart 2013, S. 50-57.
- Dannenbaum, Thomas: „Atom-Staat“ oder „Unregierbarkeit“? Wahrnehmungsmuster im westdeutschen Atomkonflikt der siebziger Jahre, in: Franz-Josef Brüggemeier, Jens Ivo Engels (Hrsg.), Natur- und Umweltschutz nach 1945. Konzepte, Konflikte, Kompetenzen, Frankfurt am Main 2005, S. 268-286.
- Dannenbaum, Thomas: Rezension zu: Kühn, Andreas: Stalins Enkel, Maos Söhne. Die Lebenswelt der K-Gruppen in der Bundesrepublik der 70er Jahre, Frankfurt am Main 2005, in: H-Soz-Kult, 04.01.2006, unter: www.hsozkult.de/publicationreview/id/rezbuecher-6750 (Zugriff: 19.02.2017).
- Della Porta, Donatella: Gewalt und die Neue Linke, in: Wilhelm Heitmeyer, John Hagan (Hrsg.), Internationales Handbuch der Gewaltforschung, Wiesbaden 2002, S. 479-500.
- Della Porta, Donatella: Klandestine politische Gewalt, in: Axel T. Paul, Benjamin Schwalb (Hrsg.), Gewaltmassen. Über Eigendynamik und Selbstorganisation kollektiver Gewalt, Hamburg 2015, S. 359-382.

- Della Porta, Donatella: Politische Gewalt und Terrorismus. Eine vergleichende und soziologische Perspektive, in: Klaus Weinbauer, Jörg Requate, Heinz-Gerhard Haupt (Hrsg.), Terrorismus in der Bundesrepublik. Medien, Staat und Subkulturen in den 1970er Jahren, Frankfurt am Main 2006, S. 33-58.
- Della Porta, Donatella: Social Movements and the State: Thoughts on the Policing of Protest, in: Doug McAdam, John D. McCarthy, Mayer N. Zald (Hrsg.), Comparative Perspectives on Social Movements. Political Opportunities, Mobilizing Structures, and Cultural Framings, Cambridge 1996, S. 62-92.
- Ditfurth, Jutta: Das waren die Grünen. Abschied von einer Hoffnung, München 2000.
- Doering-Manteuffel, Anselm: Fortschrittsglaube und sozialer Wandel. Die Entstehung der Anti-Atom-Bewegung, in: ders., Bernd Greiner, Oliver Lepsius (Hrsg.), Der Brokdorf-Beschluss, Mainz 2015, S. 83-112.
- Duve, Freimut: Editorial, in: ders. (Hrsg.), Atomenergie/Brokdorf/Untere Elbe (Technologie und Politik Bd. 7), Reinbek bei Hamburg 1977, S. 3-5.
- Engels, Jens Ivo: Geschichte und Heimat. Der Widerstand gegen das Kernkraftwerk Wyhl, in: Kerstin Kretschmer (Hrsg.), Wahrnehmung, Bewusstsein, Identifikation. Umweltprobleme und Umweltschutz als Triebfedern regionaler Entwicklung, Freiburg 2003, S. 103-130.
- Engels, Jens Ivo: Naturpolitik in der Bundesrepublik. Ideenwelt und politische Verhaltensstile in Naturschutz und Umweltbewegung 1950-1980, Paderborn 2006.
- Enzmann, Birgit: Politische Gewalt. Formen, Hintergründe, Überwindbarkeit, in: dies. (Hrsg.), Handbuch Politische Gewalt. Formen – Ursachen – Legitimation – Begrenzung, Wiesbaden 2013, S. 43-66.
- Fetscher, Iring/Münkler, Herfried/Ludwig, Hannelore: Ideologien der Terroristen in der Bundesrepublik Deutschland, in: Iring Fetscher, Günter Rohrmoser, Ideologien und Strategien (Analysen zum Terrorismus, Bd. 1, hrsg. v. Bundesministerium des Inneren), Opladen 1981, S. 16-273.
- Gilcher-Holtey, Ingrid: Transformation durch Subversion? Die neue Linke und die Gewaltfrage, in: Freia Anders, Ingrid Gilcher-Holtey (Hrsg.), Herausforderungen des staatlichen Gewaltmonopols. Recht und politisch motivierte Gewalt am Ende des 20. Jahrhunderts (Historische Politikforschung, Bd. 3), Frankfurt am Main 2006, S. 198-220.
- Glabus, Wolfgang: Karrieresprungbrett KBW, in: Cicero vom 30.03.2006, unter: <http://www.cicero.de/berliner-republik/karrieresprungbrett-kbw/36900> (Zugriff: 16.12.2016).
- Hanshaw, Karrin: Terror and Democracy in West Germany, Cambridge 2012.
- Haumann, Sebastian: Hausbesetzungen 1980-1982 in Hilden: Möglichkeiten der Mikroforschung für die Protestgeschichte, in: Mitteilungsblatt des Instituts für soziale Bewegungen 34 (2005), S. 155-171.

- Heise, Ursula K.: Ökokosmopolitismus, in: Gabriele Dürbeck, Urte Stobbe (Hrsg.), *Ecocriticism. Eine Einführung*, Köln/Weimar/Wien 2015, S. 21-31.
- Heitmeyer, Wilhelm/u.a.: *Gewalt. Schattenseiten der Individualisierung bei Jugendlichen aus unterschiedlichen Milieus*, München 1995.
- Hillengaß, Christian: *Atomkraft und Protest. Die politische Wirkung der Anti-AKW-Bewegung in Deutschland, Frankreich und Schweden*, München 2011.
- Hinck, Gunnar: *Wir waren wie Maschinen. Die bundesdeutsche Linke der siebziger Jahre*, Berlin 2012.
- Hughes, Michael L.: *Civil Disobedience in Transnational Perspective: American and West German Anti-Nuclear-Power-Protesters, 1975-1982*, in: *Historical Social Research* 39 (2014) 1, S. 236-253.
- van Hüllen, Rudolf: *Ideologie und Machtkampf bei den Grünen. Untersuchung zur programmatischen und innerorganisatorischen Entwicklung einer deutschen „Bewegungspartei“*, Bonn 1990.
- Hünemörder, Kai F.: *1972 – Epochenschwelle der Umweltgeschichte?*, in: Franz-Josef Brüggemeier, Jens Ivo Engels (Hrsg.), *Natur- und Umweltschutz nach 1945. Konzepte, Konflikte, Kompetenzen*, Frankfurt am Main 2005, S. 124-144.
- Hünemörder, Kai F.: *Die Frühgeschichte der globalen Umweltkrise und die Formierung der deutschen Umweltpolitik (1950-1973)* (Historische Mitteilungen, Beiheft 53), Stuttgart 2004.
- Hünemörder, Kai F.: *Zwischen Bewegungsforschung und Historisierungsversuch. Anmerkungen zum Anti-Atomkraft-Protest aus umwelthistorischer Perspektive*, in: Robert Kretschmar, Clemens Rehm, Andreas Pilger (Hrsg.), *1968 und die Anti-Atomkraftbewegung der 1970er-Jahre. Überlieferungsbildung und Forschung im Dialog*, Stuttgart 2008, S. 151-168.
- Jaeger, Friedrich: *Der Mensch und die Gewalt. Perspektiven der historischen Forschung*, in: ders., Jürgen Straub (Hrsg.), *Was ist der Mensch, was Geschichte? Annäherungen an eine kulturwissenschaftliche Anthropologie. Jörn Rösen zum 65. Geburtstag*, Bielefeld 2005, S. 301-323.
- Jaschke, Hans-Gerd: *Auswirkungen der Anwendung scientologischer Gedankengüter auf eine pluralistische Gesellschaft oder Teile von ihr in einem freiheitlich demokratisch verfaßten Rechtsstaat*, in: Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen. Abteilung Verfassungsschutz (Hrsg.), *Scientology – eine Gefahr für die Demokratie. Eine Aufgabe für den Verfassungsschutz?*, Düsseldorf 1996, S. 5-66.
- Jesse, Eckhard: *Funktionen und Strukturen von Feindbildern im politischen Extremismus*, in: Bundesministerium des Inneren (Hrsg.), *Feindbilder und Radikalisierungsprozesse. Elemente und Instrumente im politischen Extremismus*, Berlin 2006, S. 5-22.

- Joppke, Christian: Mobilizing Against Nuclear Energy. A Comparison of Germany and the United States, Berkeley/Los Angeles/Oxford 1993.
- Jung, Matthias: Öffentlichkeit und Sprachwandel. Zur Geschichte des Diskurses um die Atomenergie, Opladen 1994.
- Kailitz, Steffen: Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Einführung, Wiesbaden 2004.
- Karapin, Roger: Protest Politics in Germany. Movements on the Left and Right since the 1960s, University Park 2007.
- Karl, Frank D.: Die K-Gruppen. Entwicklung – Ideologie – Programme, Bonn 1976.
- Karuscheit, Heiner: Zur Geschichte der westdeutschen ml-Bewegung, 2. gekürzte Aufl. Frankfurt am Main 1983.
- Kielmansegg, Peter Graf: Nach der Katastrophe. Eine Geschichte des geteilten Deutschland (Die Deutschen und ihre Nation, Bd. 7), Berlin 2000.
- Kitschelt, Herbert: Kernenergiepolitik. Arena eines gesellschaftlichen Konflikts, Frankfurt am Main 1980.
- Kleinert, Hubert: Geschichte des linken Radikalismus 1945-1990, in: Ulrich Dovermann (Hrsg.), Linksextremismus in der Bundesrepublik Deutschland, Bonn 2011, S. 49-94.
- Kocka, Jürgen: Sozialgeschichte. Begriff – Entwicklung – Probleme, 2. Aufl. Göttingen 1986.
- Koenen, Gerd: Das rote Jahrzehnt. Unsere kleine deutsche Kulturrevolution 1967-1977, 5. Aufl. Frankfurt am Main 2011.
- Koloma Beck, Teresa/Schlichte, Klaus: Theorien der Gewalt zur Einführung, Hamburg 2014.
- Kretschmer, Winfried: Wackersdorf: Wiederaufbereitung im Widerstreit, in: Ulrich Linse, Reinhard Falter, Dieter Rucht, Winfried Kretschmer (Hrsg.), Von der Bittschrift zur Platzbesetzung. Konflikte um technische Großprojekte, Berlin/Bonn 1988, S. 165-218.
- Kühn, Andreas: Stalins Enkel, Maos Söhne. Die Lebenswelt der K-Gruppen in der Bundesrepublik der 70er Jahre, Frankfurt am Main 2005.
- Kupper, Patrick: Die „1970er Diagnose“. Grundsätzliche Überlegungen zu einem Wendepunkt der Umweltgeschichte, in: Archiv für Sozialgeschichte 43 (2003), S. 325-348.
- Langguth, Gerd: Protestbewegung. Entwicklung – Niedergang – Renaissance. Die Neue Linke seit 1968 (Bibliothek Wissenschaft und Politik, Bd. 30), Köln 1983.
- Lewin, Kurt: Action Research and Minority Problems, in: Journal of Social Issues 2 (1946), S. 34-46.

- Lindner, Werner: Jugendprotest seit den fünfziger Jahren. Dissens und kultureller Eigensinn, Opladen 1996.
- Lüdtke, Alf: Akteure: Täter, Opfer, Zuschauer, in: Christian Gudehus, Michaela Christ (Hrsg.), Gewalt. Ein interdisziplinäres Handbuch, Stuttgart 2013, S. 177-183.
- Marcuse, Herbert: Repressive Toleranz, in: Robert Paul Wolff, Barrington Moore, Herbert Marcuse, Kritik der reinen Toleranz, Frankfurt am Main 1966, S. 91-128.
- Markovits, Andrei S./Gorski, Philip S.: Grün schlägt Rot. Die deutsche Linke nach 1945, Hamburg 1997.
- Maya, Georgia: Die Gewalt der RAF. Motive für die Gewaltentstehung und -entwicklung – eine Analyse, Bremen 2013.
- Mende, Silke: „Nicht rechts, nicht links, sondern vorn“. Eine Geschichte der Gründungsgrünen (Ordnungssysteme. Studien zur Ideengeschichte der Neuzeit, Bd. 33), München 2011.
- Metzler, Gabriele: Konfrontation und Kommunikation. Demokratischer Staat und linke Gewalt in der Bundesrepublik und den USA in den 1970er Jahren, in: VfZ 60 (2012), S. 249-277.
- Meuser, Michael: Geschlecht, in: Christian Gudehus, Michaela Christ (Hrsg.), Gewalt. Ein interdisziplinäres Handbuch, Stuttgart 2013, S. 209-214.
- Mittag, Jürgen/Stadtland Helke: Soziale Bewegungsforschung im Spannungsfeld von Theorie und Empirie, in: dies. (Hrsg.), Theoretische Ansätze und Konzepte der Forschung über soziale Bewegungen in der Geschichtswissenschaft, Essen 2014, S. 13-60.
- Mohr, Markus: Rezension zu: Steffen, Michael: Geschichten vom Trüffelschwein. Politik und Organisation des Kommunistischen Bundes 1971-1991, Berlin 2002, in: H-Soz-Kult, 24.04.2003, unter: www.hsozkult.de/publicationreview/id/rezbuecher-2628 (Zugriff: 10.02.2017).
- Nehring, Holger: The Era of Non-Violence. „Terrorism“ and the Emergence of Conceptions of Non-Violent Statehood in Western Europe, 1967-1983, in: European Review of History 14 (2007), S. 343-371.
- Olles, Werner: Radikalisierung, Studentenprotest, K-Gruppen und „Deutscher Herbst“. Die siebziger Jahre der radikalen Linken in Deutschland, in: Hans-Helmuth Knütter, Stefan Winckler (Hrsg.), Handbuch des Linksextremismus. Die unterschätzte Gefahr, Graz 2002, S. 26-36.
- Paris, Rainer: Vermummung, in: Leviathan 19 (1991) 1, S. 117-129.
- Pettenkofer, Andreas: Die Entstehung der grünen Politik. Kulturosoziologie der westdeutschen Umweltbewegung, Frankfurt am Main 2014.

- Pfister, Christian: Das „1950er Syndrom“. Die umweltgeschichtliche Epochenschwelle zwischen Industriegesellschaft und Konsumgesellschaft, in: ders. (Hrsg.), Das 1950er Syndrom. Der Weg in die Konsumgesellschaft, Bern 1995, S. 51-96.
- Pilz, Michael: Rekrut Regener – „Der Fluchtreflex war sofort da“, in: welt.de vom 09.01.2011, unter: <https://www.welt.de/politik/deutschland/article12057590/Rekrut-Regener-Der-Fluchtreflex-war-sofort-da.html> (Zugriff: 16.02.2017).
- Pilzweger, Stefanie: Männlichkeit zwischen Gefühl und Revolution. Eine Emotionsgeschichte der bundesdeutschen 68er-Bewegung, Bielefeld 2015.
- Pinker, Steven: Gewalt. Eine neue Geschichte der Menschheit, Frankfurt am Main 2011.
- Radkau, Joachim: Die Ära der Ökologie: Eine Weltgeschichte, München 2011.
- Radkau, Joachim: Eine kurze Geschichte der deutschen Antiatomkraftbewegung, in: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.), Ende des Atomzeitalters? Von Fukushima in die Energiewende, Bonn 2012, S. 109-126.
- Raschke, Joachim: Zum Begriff der sozialen Bewegung, in: Roland Roth, Dieter Rucht (Hrsg.), Neue soziale Bewegungen in der Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt am Main 1987, S. 19-29.
- Reimar, Paul: Die Anti-AKW-Bewegung. Wie sie wurde was sie ist, in: Redaktion des Atom Express (Hrsg.), ... und auch nicht anderswo! Die Geschichte der Anti-AKW-Bewegung, Göttingen 1997, S. 11-32.
- Renner, Jens: Der Bauplatz muss wieder zur Wiese werden. 1976-1986: Zehn Jahre Kampf gegen das AKW Brokdorf, in: Willi Baer, Karl-Heinz Dellwo (Hrsg.), Lieber heute aktiv als morgen radioaktiv I. Die AKW-Protestbewegung von Wyhl bis Brokdorf (Bibliothek des Widerstands, Bd. 18), Hamburg 2011, S. 87-118.
- Roose, Jochen: Der endlose Streit um die Atomenergie. Konfliktsoziologische Untersuchung einer dauerhaften Auseinandersetzung, in: Peter H. Feindt, Thomas Saretzki (Hrsg.), Umwelt- und Technikkonflikte, Wiesbaden 2010, S. 79-103.
- Roth, Roland/Rucht, Dieter: Einleitung, in: dies. (Hrsg.), Die sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945. Ein Handbuch, Frankfurt am Main 2008, S. 9-36.
- Rucht, Dieter: Gewalt und neue soziale Bewegungen, in: Wilhelm Heitmeyer, John Hagan (Hrsg.), Internationales Handbuch der Gewaltforschung, Wiesbaden 2002, S. 461-478.
- Rucht, Dieter: Die medienorientierte Inszenierung von Protest. Das Beispiel 1. Mai in Berlin, in: APuZ 53 (2003), S. 30-38.
- Rucht, Dieter: Modernisierung und neue soziale Bewegungen. Deutschland, Frankreich und USA im Vergleich (Theorie und Gesellschaft, Bd. 32), Frankfurt am Main 1994.
- Rucht, Dieter: Von Wyhl nach Gorleben. Bürger gegen Atomprogramm und nukleare Entsorgung, München 1980.

- Rusinek, Bernd A.: Wyhl, in: Hagen Schulze, Etienne François (Hrsg.), Deutsche Erinnerungsorte (Erinnerungsorte, Bd. 2), München 2003, S. 652-666.
- Schmierer, Joscha: „K-Gruppen“ oder: Die kurze Blüte des westdeutschen Maoismus, in: Christiane Landgrebe, Jörg Plath (Hrsg.), '68 und die Folgen. Ein unvollständiges Lexikon, Berlin 1998, S. 49-54.
- Schröder, Jürgen: Ideologischer Kampf vs. regionale Hegemonie. Ein Beitrag zur Untersuchung der „K-Gruppen“ (Berliner Arbeitshefte und Berichte zur sozialwissenschaftlichen Forschung, Nr. 40), Berlin 1990.
- Schulte, Bettina: Die Kommunisten im Wyhler Wald, in: Badische Zeitung vom 13.02.2015, unter: <http://www.badische-zeitung.de/kino-11/die-kommunisten-im-wyhler-wald--100413098.html> (Zugriff: 14.02.2017).
- Schulze, Andreas: Kleinparteien in Deutschland. Aufstieg und Fall nicht-etablierter politischer Vereinigungen, Wiesbaden 2004.
- Schüring, Michael: „Bekennen gegen den Atomstaat“. Die evangelischen Kirchen in der Bundesrepublik Deutschland und die Konflikte um die Atomenergie 1970-1990, Göttingen 2015.
- Schwind, Hans-Dieter/u.a.: Endgutachten, in: ders., u.a. (Hrsg.), Ursachen, Prävention und Kontrolle von Gewalt. Analysen und Vorschläge der Unabhängigen Regierungskommission zur Verhinderung und Bekämpfung von Gewalt (Gewaltkommission), Bd. 1, Endgutachten und Zwischengutachten der Arbeitsgruppen, Berlin 1990, S. 1-237.
- Seidock, Ella: Die Träume der Technokraten. Fortschrittseuphorie im Atomzeitalter, in: Tresantis (Hrsg.), Die anti-Atom-Bewegung. Geschichte und Perspektiven, Berlin/Hamburg 2015, S. 15-24.
- Soukup, Uwe: Wie starb Benno Ohnesorg? Der 2. Juni 1967, Berlin 2007.
- Specht, Harry: Disruptive Taktiken in der Gemeinwesenarbeit, in: C. Wolfgang Müller, Peter Nimmermann (Hrsg.), Stadtplanung und Gemeinwesenarbeit. Texte und Dokumente, München 1971, S. 208-227.
- Staad, Jochen: Der Versuch, sich an der Glatze aus dem Sumpf zu ziehen. Die K-Gruppen, in: Gabriele Dietz, Maruta Schmidt, Kristine von Soden (Hrsg.), wild + zahm. Die siebziger Jahre, Berlin 1997, S. 74-77.
- Steffen, Michael: Geschichten vom Trüffelschwein – Politik und Organisation des Kommunistischen Bundes 1971 bis 1991, Diss. phil. Marburg 2002, unter: <http://archiv.ub.uni-marburg.de/diss/z2002/0060/pdf/dsm.pdf> (Zugriff: 08.12.2016).
- Stengl, Anton: Zur Geschichte der K-Gruppen. Marxisten-Leninisten in der BRD der Siebziger Jahre, Frankfurt am Main 2011.

- Sternstein, Wolfgang: Der Alltag des Widerstands. Probleme einer langandauernden Platzbesetzung, in: Theodor Ebert, Wolfgang Sternstein, Roland Vogt (Hrsg.), Ökologiebewegung und ziviler Widerstand. Wyhler Erfahrungen. Aktionsforscher berichten, Stuttgart 1978, S. 34-50.
- Sternstein, Wolfgang: „Atomkraft – nein danke!“. Der lange Weg zum Ausstieg, Frankfurt am Main 2013.
- Strauß, Gerhard: s.v. militant, in: Gerhard Strauß, Ulrike Haß, Gisela Harras (Hrsg.), Brisante Wörter von Agitation bis Zeitgeist. Ein Lexikon zum öffentlichen Sprachgebrauch (Schriften des Instituts für deutsche Sprache, Bd. 2), Berlin 1989, S. 243-247.
- Thränhardt, Dietrich: Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt am Main 1996.
- Traube, Klaus: Brokdorf einst und jetzt, in: Stefan Aust (Hrsg.), Brokdorf. Symbol einer politischen Wende, Hamburg 1981, S. 9-18.
- Trautmann, Günter: Defizitärer Planungsstaat und politische Legitimität. Der Fall Brokdorf, in: Bernd Guggenberger, Udo Kempf (Hrsg.), Bürgerinitiativen und repräsentatives System, Opladen 1978, S. 309-336.
- Vollmer, Johann: Vom „Denkmal des mündigen Bürgers“ zur Besetzungsromantik. Die Grenzen symbolischer Politik in der frühen Anti-AKW-Bewegung, in: Habbo Knoch (Hrsg.), Bürgersinn mit Weltgefühl. Politische Moral und solidarischer Protest in den sechziger und siebziger Jahren, Göttingen 2007, S. 271-293.
- Wehler, Hans-Ulrich: Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Bd. 5: Bundesrepublik und DDR, 1949-1990, München 2008.
- Weinhauer, Klaus: Staatsmacht ohne Grenzen? Innere Sicherheit, „Terrorismus“-Bekämpfung und die bundesdeutsche Gesellschaft der 1970er Jahre, in: Susanne Krasmann, Jürgen Martschukat (Hrsg.), Rationalitäten der Gewalt. Staatliche Neuordnungen vom 19. Bis zum 21. Jahrhundert, Bielefeld 2007, S. 215-238.
- Wesel, Uwe: Die verspielte Revolution. 1968 und die Folgen, München 2002.
- Winter, Martin: Police Philosophy and Protest Policing in the Federal Republic of Germany 1960-1990, in: Donatella della Porta, Herbert Reiter (Hrsg.), Policing Protest. The Control of Mass Demonstrations in Western Democracies (Social Movements, Protest, and Contention, Bd. 6), Minneapolis/London 1998, S. 188-212.
- Winter, Martin: Politikum Polizei. Macht und Funktion der Polizei in der Bundesrepublik Deutschland, Münster 1998.
- Winter, Martin: Protest policing und das Problem der Gewalt, Halle 1998, unter: <http://www2.sozioologie.uni-halle.de/publikationen/pdf/9805.pdf> (Zugriff: 08.02.2017).